

Das Parlament

Berlin, 16. Mai 2022

www.das-parlament.de

72. Jahrgang | Nr. 20 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Das Ende einer langen Debatte

Marco Buschmann Einen „Anachronismus“ nannte der Justizminister den Paragraphen 219a Strafgesetzbuch, der die Werbung für Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellt. Eine „Ungerechtigkeit“, die die Regierung nun abschaffen werde. Der Liberale wurde vergangene Woche qua Amt zum Gesicht eines rechtspolitischen Meilensteins: Mit der Streichung will die Bundesregierung eine lange und heftig geführte Debatte um den Umgang mit Informationen über Schwangerschaftsabbrüche beenden. Mit der Gesetzesreform soll zugleich eine Rehabilitation der nach 219a verurteilten Medizinerinnen und Mediziner einhergehen, die auf den Webseiten ihrer Arztpraxen über die Möglichkeiten und Methoden eines Schwangerschaftsabbruches informiert hatten (siehe Seite 9). emu

ZAHL DER WOCHE

94.956

gemeldete Schwangerschaftsabbrüche gab es in Deutschland im Jahr 2021. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ging die Zahl im Vergleich zum Vorjahr um 5,4 Prozent zurück. 96 Prozent aller gemeldeten Abbrüche wurden nach der sogenannten Beratungsregelung vorgenommen.

ZITAT DER WOCHE

»Werbung ist mit der Würde des Ungeborenen nicht vereinbar.«

Nina Warken (CDU) in der Debatte über die Streichung des Paragraphen 219a

IN DIESER WOCHE

WIRTSCHAFT
Inflation Union fordert Unterstützung für Bürgerinnen und Bürger Seite 4

INNENPOLITIK
Renten Der Dämpfungsfaktor wird früher wieder eingeführt als geplant Seite 6

EUROPA UND DIE WELT
Mali Bundeswehr soll im Krisenland künftig nicht mehr ausbilden Seite 10

KEHRSEITE
Bundestag Junge Erwachsene diskutieren mit der Bundestagspräsidentin Seite 12

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



Habecks Erneuerungspaket

ENERGIEWENDE Der Bundestag berät über das Bündel an Gesetzentwürfen des Klimaschutzministers

Als Klimaschutzminister Robert Habeck (Grüne) am Donnerstagmorgen ans Rednerpult trat, um im Bundestag für sein „Osterpaket“ und den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien zu werben, war es gerade erst einige Stunden her, dass Russlands Präsident Wladimir Putin europäische Gasversorger auf eine Sanktionsliste gesetzt hatte. In Deutschland betrifft das Gazprom und ihre Töchter. Deutschland habe sich auf die Situation vorbereitet, der Markt biete Alternativen. Es zeige sich hier aber auch, „dass die Auseinandersetzung um Energie eine Waffe ist“, sagte Habeck. Und dass es „eine direkte Linie von dem Abschied von fossilen Energien aus Russland hin zum Abschied von fossilen Energien insgesamt“ gebe: Die Lösung seien die Erneuerbaren. Darum ging es an diesem Morgen - um nicht mehr und nicht weniger als die, so Habeck, „größte Energiemarktreform seit Jahren; ich würde sagen: seit Jahrzehnten“. Mit den geplanten Gesetzentwürfen - Klimaschutz-Sofortprogramm, Windenergie-auf-See, Energiewirtschaftsrecht und andere - will Deutschland seine gesamte Klima-, Energie- und Wirtschaftspolitik auf den 1,5-Grad-Klimaschutz-Pfad ausrichten und bis 2045 Klimaneutralität erlangt haben. Die Stromversorgung soll bereits 2035 nahezu vollständig auf Erneuerbaren beruhen. Um das zu erreichen, sollen Ausbaupfade und Ausschreibungsmengen deutlich angehoben werden. Zentrales Mittel der Beschleunigung soll die Verankerung des Grundsatzes in allen Rechtsbereichen sein, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient, also bei der Güterabwägung im Zweifel vorrangig zu behandeln ist.

„Großer Kraftakt“ Der schnellstmögliche Ausbau der Erneuerbaren sei eine zwingende und schlüssige Konsequenz aus dem menschengemachten Klimawandel und dem Krieg in der Ukraine, in dessen Folge Deutschland sich seiner Abhängigkeit von russischen Energielieferungen erinnert habe, sagte Nina Scheer (SPD). Um sich eine Vorstellung von den Dimensionen des „großen Kraftakts“ machen zu können, den die Energiewende darstelle, rechnete Scheer vor: Wenn es 2030, wie prognostiziert wird, einen Strombedarf von 750 Terawattstunden gebe - und wenn davon 80 Prozent, wie jetzt geplant, aus erneuerbaren Quellen kommen sollen, „dann ist

Das Ziel: 100 Prozent klimaneutraler Strom bis 2035

ENERGIEWENDE Mit dem Osterpaket soll der Ausbau von Wind- und Solaranlagen massiv beschleunigt werden

Das sogenannte Osterpaket ist die größte energiepolitische Novelle seit Jahrzehnten. Mit ihm soll der Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigt werden, zu Wasser, zu Land und auf dem Dach. Dazu sollen eine ganze Reihe von Gesetzen angepasst werden: das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das Windenergie-auf-See-Gesetz (WindSeeG), das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), das Bundesbedarfsplanggesetz (BBPlG), schließlich das Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) sowie weitere Gesetze und Verordnungen im Energierecht.

Überragendes Interesse Als Herzstück des Pakets wird der Grundsatz verankert, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient. Der Ausbau der erneuerbaren Energien an Land und auf See soll auf ein neues Niveau gehoben werden, damit die Stromversorgung in Deutschland bereits 2035 nahezu vollständig auf erneuerbaren Energien beruht: 2021 waren es 42 Prozent. Um das neue Ausbauziel von 80 Prozent für 2030 zu erreichen, werden die Ausbaupfade



Und jetzt an die Arbeit: Klimaschutzminister Robert Habeck warb im Bundestag für die „größte Energiemarktreform seit Jahren“.

© picture-alliance/Flashpic/Jens Krick

de so viel, wie wir heute insgesamt verbrauchen“, sagte Scheer - nämlich 560 Terawattstunden. Für die Union erklärte CDU-Politiker Andreas Jung, man befürworte aus Überzeugung und mit Nachdruck das Ziel des Ausbaus von erneuerbaren Energien. Dabei gehe es CDU/CSU darum, „das, was wir hier tun, in einen europäischen Kontext zu bringen, es auch durch globale Energie- und Klimapartnerschaften voranzubringen“. Jung kündigte zugleich an, dass es der Anspruch von CDU und CSU in den Beratungen sein werde, darauf zu drängen, dass die Potentiale aller Energien ausgeschöpft werden: Es sei unverständlich, dass Wasserkraft, Biomasse, Geothermie gegenüber Wind und Sonne nachrangig behandelt würden. Michael Kruse von der FDP, die dem Gesetzentwurf zur Novellierung des EEG im Kabinett nur unter Vorbehalt zugestimmt hatte, weil man Zweifel an der Erreichbarkeit der Ziele hat, machte auch im Parla-

»Das, was wir hier machen, muss innovativ sein, muss weltfähig sein.«

Andreas Jung (CDU)

ment keinen Hohl daraus, dass es, abgestimmterweise, „an der einen oder anderen Stelle noch Gesprächsbedarf“ gebe. Die Verantwortung für den Erfolg dieses Gesetzes liege jetzt aber beim Bundestag, bei den Abgeordneten. Ausdrücklich in Richtung der Union erinnerte Kruse daran, dass die Koalitionsfraktionen in der Vergangenheit bereits gezeigt hätten, dass man gewillt sei, konstruktive Hinweise aufzunehmen und gute Ideen in die eigenen Gesetze einzuspeisen. Julia Verlinden (Bündnis 90 / Die Grünen) begrüßte das Osterpaket als Startsignal für den Turboausbau der Erneuerbaren, hielt aber kritisch fest: Was heute im Bundestag beraten werde, hätte schon vor Jahren passieren müssen. Verlinden appellierte an die Abgeordneten: „Machen Sie im Wahlkreis Werbung für die erneuerbaren Energien. Setzen Sie sich ein für die Freiheitsenergien vor Ort“. Im Parlament würden die Grundlagen geschaffen, aber gebaut werde vor Ort.

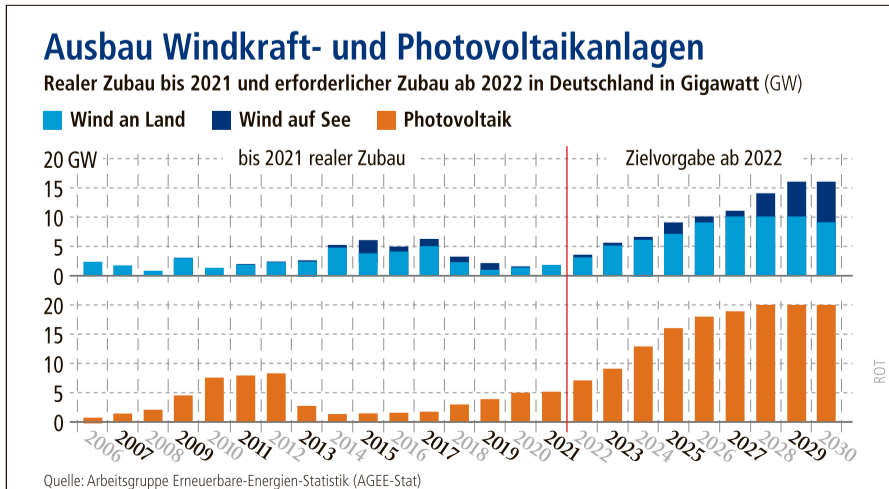
„Alle müssen mithelfen, damit wir schneller sind als die Klimakrise.“ Klaus Ernst (Die Linke) wandte sich direkt an den Minister und kam auf die Ereignisse der Nacht, die Sanktionen Russlands, zurück: Er frage sich, angesichts ständiger Sanktions- und Embargodrohungen gegenüber Putin, ob Deutschlands Politik wirklich zielführend sei. Wenn man Russland, das bis jetzt zuverlässig geliefert habe, daumnd sage, „wir nehmen euch euren Kram nicht mehr ab“, dann müsse man sich irgendwann überlegen: „Was machen dann eigentlich die anderen?“ Es wäre doch „jetzt auch Ihre Aufgabe als Bundesregierung“, appellierte er an Habeck, zu schauen, wie man einen Gaslieferstopp verhindern könne, statt über immer neue Sanktionen nachzudenken, sagte Ernst. In die gleiche Kerbe schlug der AfD-Abgeordnete Steffen Kotré: „Wenn die Russen jetzt Gegenanktionen machen, dann ist das doch nur eine Reaktion auf den Umstand, dass Sie angefangen haben, Energie als Waffe einzusetzen“, warf Kotré dem Minister vor. „Sie haben doch vom Ölembargo gesprochen.“ Wenn der Bumerang zurückkomme, müsse man sich nicht wundern. Michael Schmidt

EDITORIAL

Spuren der Macht

VON CHRISTIAN ZENTNER

Der Hilferuf kam Mitte der Woche. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klima erbitte bei allen Behörden aus Bund, Ländern und Kommunen personelle Unterstützung. Von Bürokräften bis zu Referentinnen und Referenten sollen sich Beschäftigte melden. Grund ist der Ukraine-Krieg. Es geht darum, die Wirtschaft zu schützen und die Energiesicherheit jederzeit zu gewährleisten, also um Aufgaben, die nun erheblich komplexer geworden sind. Fast täglich müssen neue Wege gesucht werden. Man ahnt, dass in diesem Ministerium derzeit viele Beschäftigte von den vergangenen Monaten so gezeichnet sind, wie ihr Minister an der Spitze. Kaum ein Haus ist aktuell so gefordert. Als Robert Habeck in der Debatte zu seinem Osterpaket ans Rednerpult im Bundestag trat, zeugten Augenringe davon, dass die vergangenen Monate Spuren hinterlassen haben. Habeck legte 500 Seiten Gesetzestext vor. Mit der Änderung von rund 50 Gesetzen und Verordnungen soll Deutschland in einer Geschwindigkeit unabhängig von Energieimporten und fossilen Rohstoffen werden, die man für die viertgrößte Industrialisierung der Welt atemberaubend finden kann. Auch deshalb hat das Paket noch keine Mehrheit im Bundestag. Die FDP hat im Kabinett zwar zugestimmt, aber nur unter Vorbehalt. Man habe Zweifel an der Erreichbarkeit der Ziele und wolle auch auf Anregungen der Opposition eingehen. Betrachtet man, dass Habeck für den Ausbau der Windkraft auch noch einen jahrelangen Streit mit dem Umwelt- und dem Verkehrsministerium in den Bereichen Artenschutz und Flugsicherung lösen musste, scheinen alle anderen Herausforderungen fast nebenbei erledigt zu sein. Sei es die Einkaufstour für LNG-Gas als Ersatz russischer Gaslieferungen oder die historische einmalige Entscheidung zur staatlichen Verwaltung der Gazprom Germania. So ganz nebenbei zwingen der Krieg in der Ukraine und die Auswirkungen auf Deutschland den Wirtschafts- und Klimaminister auch in der Debatte zum Osterpaket zu einer Anpassung seiner Rede. Bevor er über die Pläne für seine Klimaschutznovelle sprechen konnte, musste er den Bundestag zunächst darüber informieren, dass Russland Gazprom Germania künftig nicht mehr mit Gas beliefern. Man sei aber auf sowas vorbereitet und finde andere Wege. Die Mitteilung hatte sein Ministerium am Vortag der Debatte erreicht. Um 22:30 Uhr.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

ENERGIESICHERHEIT VOR NATURSCHUTZ?

Völlig überzeichnet

PRO



Daniel Wetzel, »Welt am Sonntag«, Berlin

Umweltschützer treibt die Sorge um, dass in der Energiekrise das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird. Kohlekraftwerke werden reanimiert, im Watten- und Küstenmeer soll wieder Öl und Gas gefördert werden. Der Klageverein Deutsche Umwelthilfe torpediert die Vorhaben, wo er nur kann. Und ein grüner Wirtschaftsminister bittet die Umweltschützer, das doch bitte bleiben zu lassen. Habeck hat seine Gründe, und sie wiegen schwer. Seit dem 12. Mai liegt eine Sanktionsliste aus dem Kreml gegen die wichtigsten Gasimporteure auf dem Tisch. Macht Moskau ernst, droht eine akute Gas-Mangellage mit katastrophalen Folgen. Denn wenn die deutschen Versorger und Industriebetriebe den Brennstoff zu aktuellen Spotmarktpreisen nachkaufen müssen, wird ihnen nun das Fünffache berechnet. Ganze Branche stünden vor dem Aus. Es könnte sich eine nach Millionen zählende Massenarbeitslosigkeit ausbreiten. Kraft für Umweltprojekte oder für die Ukrainehilfe hätte Deutschland dann nicht mehr. Angesichts dieses Damoklesschwertes müssen wir alle verfügbaren Energie-Ressourcen zusammenkratzen, derer wir habhaft werden können. Die von Umweltschützern behaupteten Schäden der Beschaffung wirken neben dieser Notwendigkeit völlig überzeichnet. In der Nordsee produziert Deutschlands einzige Ölplattform Mittelplate seit 30 Jahren Erdöl, während sich die Seehund-Population dort „prächtig entwickelt“, wie Umweltschützer bestätigen. Weitere unterirdische Horizontaltalbohrungen wären oben gar nicht sichtbar. Schlägt die Energiekrise zu, sind die sozialen Folgen desaströs, real und dauerhaft, während Umweltschäden der Rohstoffbeschaffung nur vorübergehender Natur und leicht zu minimieren sind.

Es gibt andere Wege

CONTRA



Michael Bauchmüller, »Süddeutsche Zeitung«, München

Es gibt Tierarten, die lernen die Deutschen nur kennen, wenn irgendwo gebaut wird. Der Wachtelkönig war den meisten Hamburgern unbekannt, bis er eine Wohnsiedlung verhinderte. Ohne das Bahnhofsprojekt Stuttgart 21 hätte sich die Republik nie für den Juchtenkäfer interessiert. Und die Hufeisennase, eine Fledermaus-Art, erlangte erst durch die Dresdner Waldschlößchenbrücke Berühmtheit. Für die einen sind sie Störenfriede auf dem Weg zum Fortschritt, für die anderen der letzte Strohalm, um ein ungeliebtes Projekt doch noch zu verhindern. Und Sichtweise eins hat sich leider durchgesetzt: Zu viel Naturschutz hält nur auf. Ein Fehler. Stimmt schon, es gibt viel zu lamentieren über lahme Genehmigungsverfahren. Behörden sind überlastet, verunsicherte Beamte verlangen Gutachten über Gutachten, und dann kommen im Zweifel noch Klagen. Der Impuls, diese Verfahren zu entschlacken, ist allzu nachvollziehbar – zumal, wenn das Ziel mehr Klimaschutz ist, etwa durch den Bau von Windrädern und Solarparks. Nur zielt ein Genehmigungsverfahren eben auch auf den Ausgleich von Interessen. Es wäre gefährlich, fielen dabei die Interessen von Natur und Umwelt der Beschleunigung wegen unter den Tisch. Künftige Generationen haben nicht nur ein Recht auf Klimaschutz, sondern auch auf Artenvielfalt. So wichtig schnelle Verfahren für die Energiewende sind, es gibt noch andere Wege: Klare Rechtsnormen und Leitlinien etwa, die den Behörden Sicherheit geben. Runde Tische zum Austausch aller beteiligten Behörden über den Status von Projekten. Mehr Personal. Aber am Ende auch die Offenheit, sich mit Belangen der Natur auseinanderzusetzen. Denn sie hat einen Wert für dieses Land.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Stockmeier, Deutschland will seine Energieabhängigkeit von Russland möglichst schnell verringern und gleichzeitig den Klimaschutz voranbringen. Bis 2030 sollen 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien erzeugt werden, gegenüber jetzt gut 40 Prozent. Gleichzeitig brauchen aber Elektromobilität, Wärmepumpenheizung und elektrifizierte Prozesse in der Industrie mehr Strom. Die Kapazitäten müssen also vervielfacht werden. Kann das denn gelingen?

Wir Freien Demokraten stehen klar zur Energiewende, zur Dekarbonisierung unserer Wirtschaft und damit auch unserer Energieerzeugung. Wir sind der festen Überzeugung, dass das marktgängig gelingen kann. Es ist eine große Herausforderung, die unser Land verändern wird und sich da und dort auch ganz konkret auf unsere Lebensweise auswirken wird. Sie ist durch zwei ganz starke Motive getrieben: Zum einen durch die Notwendigkeit, auf den Klimawandel adäquat zu reagieren und ihn einzudämmen. Zum anderen durch die Notwendigkeit, in der Energieversorgung unabhängig zu werden von autoritären Systemen, die uns und unserem freiheitlichen Gesellschaftsmodell gegenüber ein gewisses Erpressungspotenzial in der Hand haben. In dem Zusammenhang möchte ich an die Formulierung von Christian Lindner erinnern, dass es sich bei den regenerativen Energien um Freiheitsenergien handelt. Dabei ist uns Freien Demokraten auch ganz wichtig, dass wir diese Energiewende nicht nur in einem deutschen, sondern mindestens in einem europäischen Kontext denken.

Was ist darunter zu verstehen?

Dass wir bei der Energiewende eng mit unseren Partnern in der EU zusammenarbeiten. Und selbstverständlich muss da an den Grenzen der EU keineswegs Schluss sein. Es ist ein Projekt, das Potenziale birgt, zu deren Realisierung wir auch Partner in anderen Regionen der Erde mit einbinden können und sollten.

Ein wesentlicher Bestandteil des Vorhabens ist der beschleunigte Ausbau der Windenergie. Aber selbst wenn wie geplant die Abstandsregeln gelockert werden, gibt es in unserem dichtbesiedelten Land überhaupt genügend Standorte für die erforderlichen Windstromanlagen?

Auch diese Frage will ich nicht alleine im deutschen Kontext beantworten. Für Deutschland ist festzuhalten, dass bei der Energiewende die Bevölkerung mitgenommen werden muss. Das bedeutet auch, dass man Windkraftanlagen nicht beliebig nahe beispielsweise an Wohnbebauung errichtet. Es gehört übrigens auch dazu, dass wir die Errichtung von Onshore-Windanlagen nicht an Standorten übersubventionieren, an denen unter Effizienzgesichtspunkten einfach nicht genügend Wind weht. Wenn man sich mit Akteuren am Markt unterhält, werden ganz andere vielversprechende Möglichkeiten aufgezeigt, wie Offshore-Kapazitäten in der Ostsee in den Gewässern von EU-Partnerstaaten.

Sie denken also nicht nur an deutsche Küsten?

Es hört sich an wie Zukunftsmusik, aber es ist sehr viel Dynamik im ganzen energiepolitischen Geschehen. Unter dem Gesichtspunkt, die Partnerschaft mit anderen EU-Ländern zu stärken, unter dem Gesichtspunkt, auch die Integration des EU-Strommarktes weiter voranzutreiben, sollten wir wirklich diese europäischen Kontexte ins Visier nehmen, auch um die Energiewende so kosteneffizient wie möglich zu realisieren. Das birgt auch ganz neue Exportmöglichkeiten für EU-Partnerstaaten, an deren Realisierung diese wirklich interessiert sein könnten. Und ich verweise gerne darauf und bin auch dankbar da-

»Nicht deutsch denken«

KONRAD STOCKMEIER Wird der Ausbau erneuerbarer Energien im europäischen Kontext gedacht, dann kann er eine Erfolgsstory werden, meint der FDP-Politiker



© konradstockmeier.de

für, dass Robert Habeck als der verantwortliche Minister selbst gesagt hat, es könne nicht darum gehen, dass die Bundesrepublik energieautark wird, sondern dass die Energiewende auch in Kooperation mit unseren Partnern in der EU zu realisieren ist.

Ein Problem bei der Energiewende sind die Kapazitäten. Derzeit ist es kaum möglich, kurzfristig Photovoltaik-Anlagen, Wärmepumpen und Ladestatio-

nen zu bekommen sowie Handwerker, die sie installieren. Wie soll da eine noch beschleunigte Energiewende auf die Rampe kommen?

In der kurzen Frist sind diese Knappheiten tatsächlich vorhanden. Genau deswegen sollte man das ganze Projekt auch nicht überstürzt angehen. Man kann die Produktionskapazitäten und auch die Men-and-Women-Power, um die Anlagen zu installieren, in der kurzen Zeit nicht beliebig erhöhen. In der mittleren und längeren Frist

sind Unternehmen und Handwerker aber durchaus so flexibel, auf eine sich ändernde Nachfrage zu reagieren. Wenn wir es nicht überstürzen, nehmen wir vor allem auch Preisdruck aus dem Markt. Wenn sich jetzt zu viel Nachfrage zu schnell entfaltet, wird das gar nicht dazu führen, dass mehr Anlagen installiert werden, sondern nur die Preise für die Anlagen in die Höhe treiben.

Ursprünglich sollte ja vermehrt Gas zur Stromerzeugung eingesetzt werden als Brücke zwischen Atom- und Kohleausstieg und vollständigem Ausbau der Erneuerbaren. Sollten jetzt, nach Putins Großangriff auf die Ukraine, Atom und Kohle doch länger genutzt werden, als Brücke für den Gasausstieg?

Bei der Kohleverstromung werden wir einen Anstieg sehen, da hat die Bundesregierung ja bereits erste Maßnahmen in die Wege geleitet. Beim Atomstrom muss man sich unter anderem sehr genau die Beschaffungssituation für Uranerz und auch für Brennelemente ansehen. Die bedeutendsten Anbieter auf diesem Markt sind Russland, Belarus und Kasachstan. Es kann ja niemand ernsthaft beabsichtigen, sich von russischem Gas unabhängig zu machen, nur um dann abhängig zu werden von Uran und Brennelementen aus Russland und einigen seiner engen Partnerstaaten. Frankreich bezieht erhebliche Anteile seines Urans aus Minen in Afrika, von denen sich etliche in chinesischem Besitz befinden. Da würde man sich auch in neue fragwürdige Abhängigkeiten begeben. Des Weiteren werden als Anbieterländer oft auch Australien und Kanada ins Feld geführt. Da bliebe abzuklären, ob die überhaupt bereit sind, nach Europa zu liefern. Zudem besteht die Aufgabe darin, die Versorgung mit Energie so sicherzustellen und von Russland unabhängig zu werden, dass das in der Ampelkoalition zustimmungsfähig ist. Da sehe ich auf Seiten der Grünen kaum eine Bereitschaft, die Laufzeit der Kernkraftwerke zu verlängern. Insofern ist es aus staatspolitischer Verantwortung geboten, sich auf die Maßnahmen zu fokussieren, die wir auch wirklich gemeinsam realisieren können.

Noch eine sehr grundsätzliche Frage: Im Erneuerbare Energien Gesetz heißt es, Energiesicherheit sei zu einer Frage der nationalen und europäischen Sicherheit geworden. War sie das nicht eigentlich schon immer, man wollte nur nichts davon wissen?

Man wollte auch schon immer was davon wissen. Aber unterschiedliche politische Akteure haben die Frage, wie die Sicherheit der Versorgung Deutschlands mit Energie zu gewährleisten ist, unterschiedlich beantwortet. Ich will mich als Neuling im Parlament nicht so sehr damit beschäftigen, verschiedenen Akteuren Schuld zuzuweisen. Ich denke, für alle, die sich ernsthaft damit befassen, ist jetzt noch einmal schlagartig klar geworden, dass in Zukunft starke Abhängigkeiten von einzelnen Energielieferanten unbedingt zu vermeiden sind. Erneuerbare Energien sind in der Tat Freiheitsenergien. Und wenn wir deren Ausbau nicht deutsch denken, sondern auf Ebene der Europäischen Union vorantreiben und das zusammen mit Partnern auch außerhalb der EU tun, die unsere Werte teilen, kann er eine Erfolgsstory werden. Das bedarf einiger Anstrengungen, aber es ist diese Anstrengungen wert.

Das Gespräch führte Peter Stützle. ||

Konrad Stockmeier (FDP) ist seit Oktober 2021 Abgeordneter im Deutschen Bundestag und Mitglied des Ausschusses für Klimaschutz und Energie.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Nordische: Stefan Seidler

Vielleicht regte sich Stefan Seidlers Interesse für Politik, als er dafür länger aufbleiben durfte. Um acht Uhr die Tagesschau – und eine Stunde später die dänischen Fernsehnachrichten, so wuchs der Flensburg auf. Die Mutter, eine dänische Lehrerin, die schon den Südschleswigschen Wählerverband (SSW) im Stadtrat vertrat, und der Vater, ein Kaufmann aus Flensburg; das politische Engagement im Milieu der dänischen Minderheit im hohen Norden Deutschlands schien ihm in die Wiege gelegt, das Seidler nun nach Berlin geführt hat. Als Botschafter? Oder als Kulturbeauftragter? Nein, Seidler ist gewählter Abgeordneter des SSW im Bundestag und nimmt eine Sonderstellung im Parlament ein: Er ist allein. Aber das nicht wirklich, dazu später mehr. „Unsere Kampagne hieß ‚Damit das Leben bezahlbar bleibt‘“, sagt er über den SSW-Bundestagswahlkampf, „und das haute voll rein“. Nur im Norden wählbar, erzielte der SSW ein Bundesgesamtergebnis von 0,12 Prozent der Stimmen und konnte 2021 nach einigen Jahrzehnten wieder einen Vertreter nach Berlin entsenden. Als Partei einer nationalen Minderheit entfällt für den SSW die Fünf-Prozent-Hürde. Es habe schon gewurmt, dass zum Beispiel die CSU im aktuellen Verkehrswegeplan 325 Vorhaben für Bayern etabliert habe, während nach Schleswig-Holstein nur 22 gegangen seien. „Ich gönne es den Bayern“, sagt Seidler, „aber innerlich könnte man kotzen“. Hinter ihm hängt ein Plakat mit dem Comic-Helden Werner Brösel: „Gekotzt wird später“ steht darauf. Seidler sieht sich als frischen Geist für den Bundestag. „Mit Min-

derheitenpolitik treffen wir einen gewissen Zeitgeist. Ich bin gern Vertreter für alle Minderheiten, nicht nur für nationale.“ Der SSW jedenfalls hat immer mehr Erfolg. Bei der jüngsten Landtagswahl in Schleswig-Holstein verdoppelte er seinen Stimmenanteil auf 5,7 Prozent der abgegebenen Stimmen. „Wir sind pragmatisch orientiert und bieten skandinavische Lösungen an“, sagt er. Welche? „Digitalisierung etwa haben wir unter der Haut.“ In Deutschland werde zuweilen so getan, als handle es sich um komplizierte Ra-



»Die Fahrradplanung in Kopenhagen hat mehr Projektstrategie als die Energieplanung in Deutschland.«

ketentechnologie, dabei brauche man nur dreierlei: „Breitbandausbau, wenige Plattformen und lebenslanges Lernen.“ Für Schleswig-Holstein bedeutet dieser „skandinavistische“ Ansatz zum Beispiel, dass der SSW die vom Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) geplanten Terminals für Flüssiggas ablehnt. „Erst in 15 Jahren oder mehr würde dann Gas kommen, und dann auch noch gefrackt – das ist eine der größten Ökosünden, die es

gibt.“ Seidler setzt auf Gas aus Norwegen und auf den Ausbau von Wind- sowie Sonnenenergie. Warum Habeck so agiert? „Ich weiß es nicht, aber das ist Feuerlöschen ohne Strategie. Die Fahrradplanung in Kopenhagen hat mehr Projektstrategie als die Energieplanung in Deutschland.“ Im Plenarsaal sitzt Seidler, der Politikwissenschaft studierte, als Programmmanager und als Berater für grenzüberschreitende Kooperation unterwegs war, ganz hinten, „in der Tuschelücke“. Dort hin würden sich Abgeordnete gern mal verliehen, um einen Plausch zu halten. „Das ist nicht ungünstig, da lerne ich viele kennen.“ Doch wo ist der SSW politisch zu verorten? In der Politikersprache wird er meist als linksliberal beschrieben. Seidler formuliert es so: „Im Umweltbereich sind wir grün, im Sozialbereich gelten wir als links und bei Entwicklung, Verkehr und Infrastruktur sind wir nah bei CDU und FDP.“ Im Büro hat er zwei Mitarbeiter, bald kommt ein dritter hinzu. Im Innenausschuss sitzt Seidler ohne Stimmrecht. Seine Redezeit ist beschränkt, worin er einen Vorteil sieht: „Ich muss mich aufs Wesentliche konzentrieren und kann das Gesagte gleich in die Sozialen Medien schicken.“ Wunschlos jedoch ist er nicht: „Ich will den Bogen nicht überspannen. Aber ich würde schon gern mal eine Anfrage an die Bundesregierung stellen oder einen Tagesordnungspunkt setzen.“ Bisher ist das alles nicht vorgesehen für die Einmann-Vertretung. „Keiner müsste sich sorgen: Mit unseren Ressourcen würden wir keine 500 Anfragen im Jahr rausbauen.“

Jan Rübel ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Redaktionsschluss
13. Mai 2022

Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
Kurhessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Urheberrechtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Chefredakteur
Christian Zentner (cz) v.i.S.d.P.

Leserservice/Abonnement
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deseenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Verantwortliche Redakteure
Lisa Brüßler (lbr)
Claudia Heine (che)
Nina Jeglinski (njk)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Elena Müller (emu)
Sören Christian Reimer (scr) cvD
Sandra Schmidt (sas)
Michael Schmidt (ms)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deseenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail:
fazit-com-anzeigen@cover-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Wie viel Nähe darf, wie viel Abstand muss sein? Vorschriften variieren von Bundesland zu Bundesland. Geeignete Flächen für Windräder zu finden, bleibt schwierig.

picture alliance/SvenSimon/FrankHoernern

Jetzt geht's los - oder nicht?

ERNEUERBARE Der Ausbau von Wind- und Sonnenenergie soll beschleunigt werden, doch es gibt viele Hürden

Mehr als 500 Seiten, zahlreiche Gesetzesänderungen, Dutzende Verordnungen, eine Einigung zum Artenschutz mit dem Umweltministerium und eine zu Dreh-, Funk-, Feuer und Wetterradaren mit dem Verkehrsministerium – Robert Habecks „Osterpaket“, in rekordverdächtigem Eiltempo aufs Gleis gesetzt, ist ein großer Aufschlag – und doch nur ein Anfang. Das weiß niemand besser als der Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister selbst, der deshalb schon am nächsten, dem „Sommerpaket“, arbeitet. Die radikale Energiewende weg von Öl, Gas, Kohle, hin zu Wind, Sonne, Biomasse, ist ein Jahrhundertprojekt – allerdings eines, dem die Zeit davonläuft. Bis 2030 sollen 80 Prozent der Stromerzeugung erneuerbar sein. Die deutschen CO₂-Emissionen sollen bis 2030 gegenüber dem Jahr 1990 um mindestens 65 Prozent sinken. Dafür hat Deutschland noch acht Jahre und sieben Monate Zeit. Das ambitioniert zu nennen, wäre eine Untertreibung. Mit dem Zeitdruck ist eines der Probleme auf dem Weg in eine klimaneutrale Zukunft benannt: In den vergangenen Jahren wurde zu wenig getan, um sich von fossilen Energien unabhängig zu machen. Der Ausbau von Wind- und Solarenergie in Deutschland kam unter der alten Bundesregierung kaum voran, 2021 sank der Anteil erneuerbarer Energien sogar. Unabhängig von Versäumnissen der Vergangenheit, stehen die Ampelkoalitionäre aber auch im Hier und Jetzt vor immensen Herausforderungen.

»Man muss energiebewusstes Verhalten stärken.«
Manfred Fischedick, Energieexperte

Anhaltender Zubau von Fossilen Vielen gehen die Maßnahmen nicht weit genug, vielen gefällt nicht, dass man (vorerst) weiter auf fossile Energieträger zurückgreifen muss. Das Osterpaket schaffe es nicht, „den zentralen Widerspruch der deutschen Klima- und Energiepolitik dieser Tage aufzulösen“, meint zum Beispiel Brick Medak, Klimaexperte der Denkfabrik E3G: Die Bundesregierung setze weiterhin auf „fragwürdige Alternativen wie LNG“ – Flüssiggasimporte, etwa aus den USA. Der größte Engpass für die Energiewende allerdings sind die fehlenden Flächen. Der Plan, dass die Länder zwei Prozent ihrer Fläche für Windenergie bereitstellen sollen, ist weiterhin umstritten. Da gibt es viel Diskussionsbedarf in den Bundesländern. In Bayern etwa ist der Knackpunkt die so-

genannte 10H-Regel. Ein Windrad muss demnach mindestens zehn Mal so weit vom nächsten Wohngebäude entfernt gebaut werden, wie es hoch ist. Diese Regel hat den Ausbau der Windkraft in Bayern in den letzten Jahren quasi gestoppt. Jetzt hat die CSU-Landtagsfraktion für eine Lockerung der bisherigen Regeln gestimmt. Neben Sonne und Wind an Land ist Wind auf See eine zentrale Säule beim Ausbau des Ökostroms. Aber auch auf See ist der Platz begrenzt. Bis 2045 soll die Windkraft in Nord- und Ostsee auf 70 Gigawatt ausgebaut werden. Eine „Herkulesaufgabe“, sagt die-Präsidentin des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie, Karin Kammann-Klippstein, denn auch andere wollen die Meeresflächen nutzen. Zehn Prozent sollen für Naturschutzgebiete reserviert sein. Außerdem werden Meeresflächen von Landwirtschaft und Militär genutzt und es gibt die völkerrechtliche Pflicht, internationalen Schifffahrtsstraßen offen zu halten. „Da gibt es Einschränkungen für die Bebauung durch Windparks.“ Der Bundesverband der Windparkbetreiber für die Offshore-Windparks beklagt zudem die neue Mechanik bei Ausschreibungsverfahren: Aus Sicht der Betreiber lägen die Hürden für einen Markteintritt zu hoch. Ähnliches gilt für die Solarenergie. Um die angestrebte Vervielfachung der jährlich installierten Photovoltaik-Leistung zu erreichen, seien sowohl für Gebäude als auch für Freiflächen verbesserte Investitionsbedingungen notwendig, die eine hinreichende Anzahl gewerblicher und privater PV-Investoren mobilisieren, argumentiert der Bundesverband Solarwirtschaft. Das Öko-Institut empfiehlt eine einmalige Anhebung der PV-Vergütungssätze um mindestens zwei Cent pro Kilowattstunde – und eine PV-Pflicht, die aber erst richtig wirksam sei, „wenn sie nicht nur im Neubau, sondern auch bei Dachsanierungen greift.“ Hinzu kommt: Photovoltaik boomt – doch was wie eine Positivnachricht klingt, hat eine Kehrseite: Die hohe Nachfrage verdankt sich explodierender Energiepreise und Unsicherheiten durch die Ukraine-Krise. Und sie ist ein Grund, warum die Preise für Solarmodule innerhalb eines Jahres um rund zehn Prozent gestiegen sind. Ein anderer zentraler Lieferengpass, ausgelöst durch die Corona-Pandemie, die internationale Lieferketten ins Wanken brachten. Beides

dürfte Habeck Sorgen bereiten, weil dadurch ein weiterer Bremsklotz beim Ausbau der erneuerbaren Energien droht. Einmal vorausgesetzt, es gäbe hinreichend Flächen und Investoren – die Frage ist: Wer soll es machen? Wer soll die Anlagen aufbauen? Schon jetzt sind Fachhandwerker, die die Solarmodule auf Dächern und Windräder an Land und auf See installieren, häufig über Monate ausgebucht. Schon jetzt fehlen Energieberater und Experten für Wärmepumpen und alternative Heizungssysteme. Es könnten Deutschland bis zum Jahr 2030 rund fünf Millionen Fachkräfte fehlen, weil Hunderttausende mehr in den Ruhestand gehen, als Arbeitskräfte nachrücken, vermeldete das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) im Januar. Der Fachkräftemangel könnte die Pläne des Wirtschaftsministers ernsthaft gefährden: **Es fehlt an Speichern** Die jährlich benötigte Energie hierzulande beläuft sich auf rund 3.400 Terawattstunden. Eine gewaltige Menge. Angesichts derer mancher Zweifel hegt, ob dieser Strom- und Wärmebedarf mit erneuerbaren Energien gedeckt werden kann, wenn doch Wind und Sonne nicht so verlässlich zur Verfügung stehen wie Kohle, Gas und Öl. „Es wird niemals möglich sein, eine zuverlässige Stromversorgung ausschließlich mit der unplanbaren Windenergie und Photovoltaik aufzubauen“, sagt der Energieexperte Harald Schwarz von der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg. Maximilian Fichtner vom Helmholtz-Institut Ulm hingegen ist sich sicher: „Das Problem der Leistungsschwankungen der Erneuerbaren ist lösbar“. Energiespeicher und eine neue Architektur des Stromnetzes seien dafür notwendig. Noch aber sind Speicher, ein zentraler Baustein der Energiewende, Mangelware. Es gibt zahlreiche technologische Ansätze, aber vieles ist noch im Entwicklungsstadium. Strom zu produzieren ist das eine, ihn zu transportieren ist das andere. Ökostrom ist zwar unbegrenzt verfügbar – aber nicht unbedingt zu den Zeiten und an den Orten, an denen grade viel Strom benötigt wird. Neue Stromtrassen müssen her. Beim Netzausbau aber haperte es in den vergangenen Jahren erheblich, der Widerstand betroffener Bürger war groß. Ein Ausbau der Erneuerbaren und die Abschaltung der Atom- und Kohlekraftwerke erfordern es allerdings, Strom über weite Strecken zu transportieren. Insbesondere der im Norden erzeugte Strom aus Windenergieanlagen muss zu den Verbrauchsschwerpunkten im Süden und Westen geleitet werden. Für Umweltorganisationen wie die Deut-

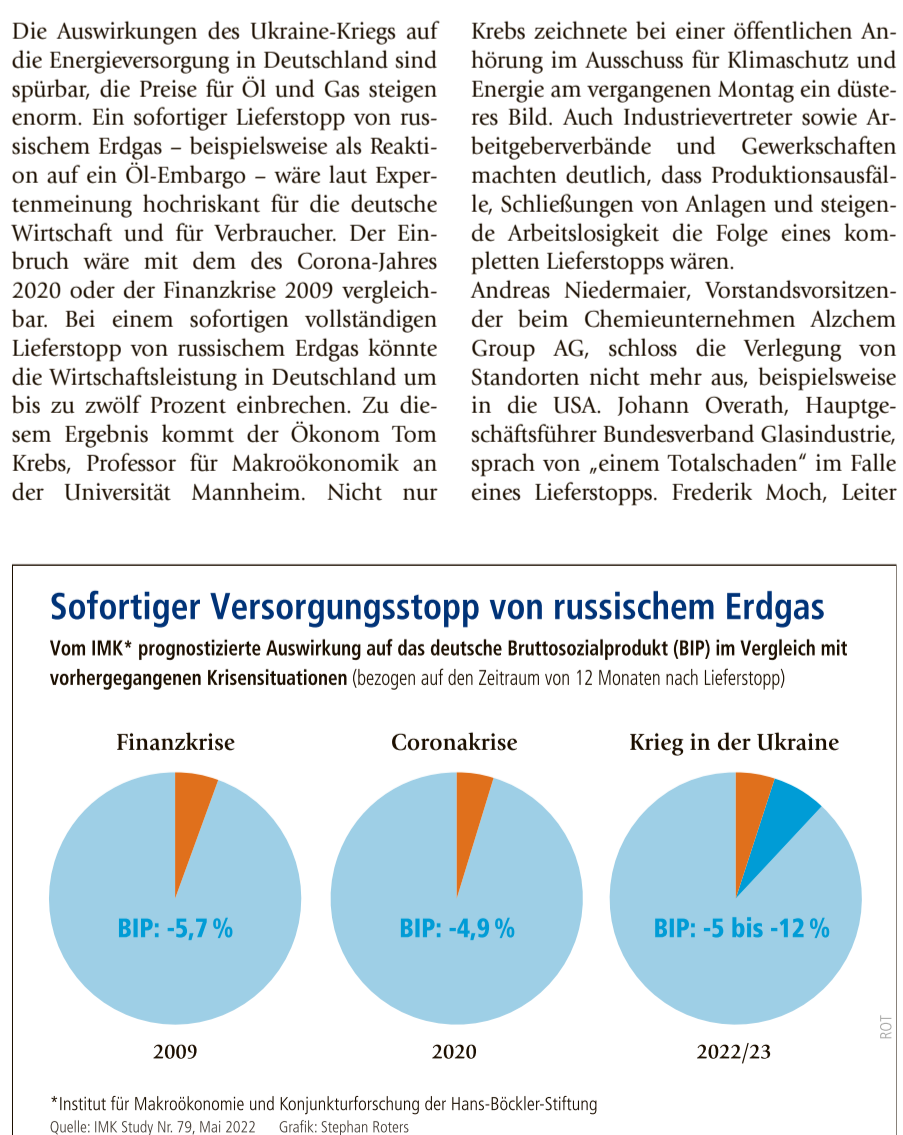
sche Umwelthilfe (DUH) ist es unverständlich, warum die Regierung bisher nur den Ökostromausbau angeht. Für die Klimaziele müsse alles mitgedacht werden: „Es ist eine klaffende Fehlstelle, dass weder für Gebäude noch für Verkehr Maßnahmen im Osterpaket enthalten sind – beide Sektoren haben im vergangenen Jahr ihre Klimaziele verfehlt“, sagt Barbara Metz, Bundesgeschäftsführerin der DUH. **Gebäude und Verkehr** Die Stromproduktion ist nur einer von fünf Sektoren, in denen bis 2030 eine Menge passieren muss: Bei der Industrie, dem Verkehrssektor, dem Gebäudebereich und der Landwirtschaft geschah bisher wenig. Dazu braucht es aber den schnellen Zubau der erneuerbaren Energien. Die Industrie benötigt Alternativen zu Gas – Wasserstoff zum Beispiel, Autos brauchen Alternativen zu Benzin und Diesel – synthetische Kraftstoffe zum Beispiel, Häuser Alternativen zu Öl- und Gasheizungen – Wärmepumpen zum Beispiel. **Energie sparen** Recht kurz gekommen ist bisher auch das Thema Effizienz, der Versuch, Energie zu sparen. Die Debatte darum, wo die Energie künftig herkommt, überlagert die Einsicht, dass der Kubikmeter Gas, der gar nicht verbraucht wird, der beste

Kubikmeter Gas ist. „Grundsätzlich muss eine Lehre für die Politik aus dem nicht hinreichenden Klimaschutztempo und der kritischen Versorgungssituation sein, nicht nur den Ausbau erneuerbarer Energien noch einmal deutlich zu forcieren“, meint zum Beispiel Manfred Fischedick. Der Energieexperte und Professor an der Universität Wuppertal sagt: „Man muss auch die Bemühungen im Bereich Energieeinsparung und Energieeffizienz, vor allem auch Stromeffizienz – dies schließt energiebewusstes Verhalten, das heißt nicht-technische Maßnahmen, mit ein –, stärken, die in den vergangenen Jahren eher stiefmütterlich betrachtet worden sind.“ **Ausnahmeregel** Die Fraktion Die Linke hatte zu geplanten Sanktionen gegen russische Erdölimporte am Donnerstag eine Aktuelle Stunde verlangt. Sören Pellmann (Die Linke) forderte Ausnahmeregelungen für die PCK Raffinerie; russisches Öl müsse trotz Embargos weiter nach Schwedt gelangen. Steffen Kotré (AfD) schloss sich dem an und warnte, im Fall eines Ölembargos würden „die Lichter in Schwedt ausgehen“. Dem widersprach Carsten Schneider (SPD), Ostbeauftragter der Bundesregierung. Er verteidigte ein Ölembargo, weil dadurch die Abhängigkeit von russischen Lieferungen beendet werde. Unterstützung bekam er von Michael Kellner (Bündnis 90/Die Grünen), Parlamentarischer Staatssekretär für Wirtschaft und Klimaschutz. Kellner unterstrich die Notwendigkeit, „ohne russisches Öl auszukommen“. Mit einer Ausnahmeregelung würde man Ungarn folgen, das sei „der falsche Weg“. Olaf in der Beek (FDP) gab zu bedenken, dass ein Zusammenbruch der Versorgung durch die PCK Raffinerie Lieferketten bundesweit lahmlegen würde, das gelte es zu verhindern. Sepp Müller (CDU) drängte auf den Erhalt von PCK, in Schwedt dürften nicht die gleichen Fehler wiederholt werden, wie sie in den 1990er Jahren in Ostdeutschland gemacht worden seien.

Sorge vor dem Einbruch **ENERGIE** Experten warnen vor Risiken von Ölembargo und Lieferstopp bei Gas Die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf die Energieversorgung in Deutschland sind spürbar, die Preise für Öl und Gas steigen enorm. Ein sofortiger Lieferstopp von russischem Erdgas – beispielsweise als Reaktion auf ein Öl-Embargo – wäre laut Expertenmeinung hochriskant für die deutsche Wirtschaft und für Verbraucher. Der Einbruch wäre mit dem des Corona-Jahres 2020 oder der Finanzkrise 2009 vergleichbar. Bei einem sofortigen vollständigen Lieferstopp von russischem Erdgas könnte die Wirtschaftsleistung in Deutschland um bis zu zwölf Prozent einbrechen. Zu diesem Ergebnis kommt der Ökonom Tom Krebs, Professor für Makroökonomik an der Universität Mannheim. Nicht nur Krebs zeichnete bei einer öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Klimaschutz und Energie am vergangenen Montag ein düsteres Bild. Auch Industrievertreter sowie Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften machten deutlich, dass Produktionsausfälle, Schließungen von Anlagen und steigende Arbeitslosigkeit die Folge eines kompletten Lieferstopps wären. Andreas Niedermaier, Vorstandsvorsitzender beim Chemieunternehmen Alzchem Group AG, schloss die Verlegung von Standorten nicht mehr aus, beispielsweise in die USA. Johann Overath, Hauptgeschäftsführer Bundesverband Glasindustrie, sprach von „einem Totalschaden“ im Falle eines Lieferstopps. Frederik Moch, Leiter der Abteilung Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik im Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB), warnte vor den Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Erstmals seit vielen Jahren wären auch hochqualifizierte Arbeitnehmer von Arbeitslosigkeit bedroht.

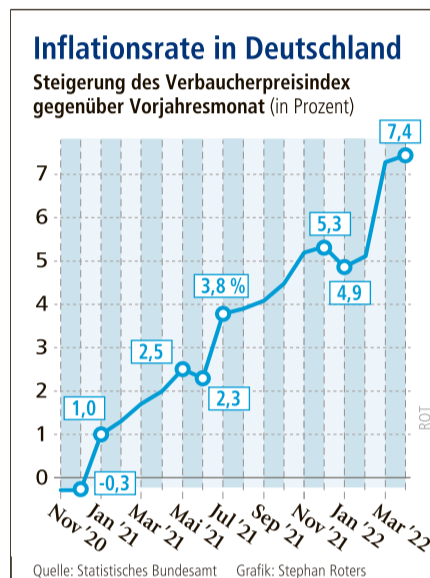
Sorge vor dem Einbruch

ENERGIE Experten warnen vor Risiken von Ölembargo und Lieferstopp bei Gas



Wenn Sebastian Brehm (CSU) über die massiven Preissteigerungen in Geschäften, Restaurants, an Tankstellen sowie bei Heizkosten und Strompreisen spricht, dann zitiert er gerne den früheren Bundesbankpräsidenten Karl-Otto Pöhl: „Mit der Inflation ist es wie mit Zahnpasta. Ist sie erst aus der Tube, bekommt man sie nur schwer wieder rein.“ Und genau diese Situation habe man jetzt.

Beschleunigung durch den Krieg Überall klettern die Preise im Eiltempo. Die Inflation begann zwar schon lange vor dem Ukraine-Krieg, „aber die Auswirkungen dieses Krieges beschleunigen diese Entwicklung“, erklärte Michael Meister (CDU) am Donnerstag im Bundestag. Tatsächlich wirkten Corona-Pandemie, Lieferkettenprobleme und jetzt der Ukraine-Krieg wie Schockwellen auf die Preisstabilität, die aber zuvor bereits durch die massive Geldmengenausweitung durch die Europäische Zentralbank (EZB) in Gefahr geraten war. Eine Geldmengenausweitung wurde früher durch das unkontrollierte Drucken von Geld erreicht; der heutige Ankauf von Staatsanleihen führt im Endergebnis



zum gleichen Effekt. So wuchs die Geldmenge „M3“ im Euroraum seit 2015 von rund zehn auf rund 13 Billionen Euro. „Ein gewaltiger Geldmengenüberhang trifft nun auf den negativen Preisschock und setzt einen Inflationsprozess in Gang“, heißt es im jüngsten „Degussa-Marktreport“. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lag die Inflationsrate im April bei 7,4 Prozent. Da die Zahl keine Immobilienpreise enthält, müssen etwa 0,5 Prozentpunkte hinzugerechnet werden. Aber auch ohne Immobilien ist dies der höchste Wert seit der Wiedervereinigung 1990. Man sehe noch nicht einmal die volle Wirkung der Inflation, weil viele Preise noch über Lieferverträge für bestimmte Zeiträume gebunden seien, sagte Meister. „Seit 40 Jahren haben wir keine solche Entwicklung in Deutschland erlebt, und deshalb müssen wir dringend dagegen arbeiten“, forderte Meister. Die CDU/CSU hatte dazu einen Antrag (201724) eingebracht, in dem ein Schutzschirm gegen die Inflation

Benzinpreise sollen sinken

ENERGIE Die Ampelkoalition will die Energiesteuer auf Kraftstoffe vom 1. Juni 2022 bis zum 31. August 2022 deutlich senken, da die mit dem völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine erheblich gestiegenen Kraftstoffpreise für viele Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft kurzfristig zu einer unvorhersehbaren Belastung geworden seien. Inzwischen sind die Kraftstoffpreise in Deutschland auch wegen der hohen Steuern die höchsten in Europa. Der für gewerbliche Transporte wichtige Dieseldieselförstoff war zeitweise sogar teurer als Ottokraftstoff. Nachbarländer wie Polen haben die Steuern gesenkt, so dass ein Liter Benzin in Polen etwa 60 Cent billiger ist als in Deutschland. Die Koalitionsfraktionen SPD, Grüne und FDP erwarten, dass es mit Verabschiedung des von ihnen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Energiesteuerrechts zur temporären Absenkung der Energiesteuer für Kraftstoffe (20/1741) auch in Deutschland zu einer erheblichen Senkung der Kraftstoffpreise kommen wird. Wie sich die Preise an den Tankstellen genau entwickeln werden, muss abgewartet werden, da die Mineralölkonzerne die Preise bestimmen. Der Entwurf wurde am Freitag vom Bundestag an den Finanzausschuss überwiesen. „Durch das Gesetz sollen die Endpreise für im Straßenverkehr verwendete Kraftstoffe an der Tankstelle signifikant sinken und die Belastung durch die zuletzt stark gestiegenen Energiepreise abgedeckt werden“, heißt es in dem Gesetzentwurf. Gesenkt werden die Steuern für die Kraftstoffe Diesel, Benzin, Erdgas und Flüssiggas sowie deren steuerlich gleichgestellte Äquivalente. Die Steuermindereinnahmen für den Bundeshaushalt werden auf 3,15 Milliarden Euro beziffert. hle



Ist die Zahnpasta erst einmal aus der Tube, kriegt man sie schwer wieder rein. Bei der Inflation ist es auch so. © picture-alliance/complize/Shotshop

verlangt wird. Der Antrag wurde an die Ausschüsse überwiesen. Meister sagte, die Union respektiere die Unabhängigkeit der EZB. Aber die EZB habe auch das Mandat der Preisstabilität, das sie jetzt „entschieden, kraftvoll und zeitnah“ wahrnehmen müsse. Und die Bundesregierung müsse die Schuldenbremse ab 2023 wieder einhalten. Auf europäischer Ebene müsse der Stabilitätspakt ab 2023 wieder in Kraft gesetzt werden. Verena Hubertz (SPD) erklärte, der Unionsantrag „atmet Angst“. Es gebe Angst vor Krieg, Angst vor Inflation, Angst vor Wohlstandsverlust. Offenbar habe die CDU/CSU nicht mitbekommen, was die Regierung unternehme, sagte Hubertz mit Blick auf die jüngsten Entlastungspakete. Wenn

die Union jetzt fordere, einerseits die Steuern zu senken und andererseits die Schuldenbremse einzuhalten, sei das ein Widerspruch „par excellence“. Für Kay Gottschalk (AfD) leidet die CDU/CSU an kollektiver Amnesie. „Euro-Rettung und Negativzinsen gehen auf Ihr Konto“, rief Gottschalk. Die aktuelle EZB-Geldpolitik müsse von Sparen, Rentnern und Menschen mit geringem Einkommen bezahlt werden. Besorgt über die Inflationsrate zeigte sich Katharina Beck (Grüne). Im Alltag der Menschen sei die Inflation „unfassbar hoch“. Aber die rein geldpolitische Analyse der CDU/CSU-Fraktion greife zu kurz. Auch Beck verwies auf die Entlastungspakete der Koalition.

Für Sahra Wagenknecht (Linke) ist die hohe Inflation nicht nur Ergebnis des Ukraine-Kriegs, „sondern Ergebnis eines eklatanten Politik-Versagens in diesem Land“. So sei der Diesel-Preis nirgendwo in der EU so stark gestiegen wie in Deutschland. Und die Regierung weite durch ein Öl embargo die Preise noch weiter nach oben treiben. Die Sanktionspolitik schade Deutschland mehr als Putin; der Euro verliere an Wert, während der russische Rubel steige. Markus Herbrand (FDP) bezeichnete den Antrag der Union als unseriös. Er wies darauf hin, dass die Ampelkoalition rund 67 Milliarden Euro „für nachhaltige, soziale und zukunftsweisende Entlastungsmaßnahmen einsetze, die natürlich die Inflation abfedern“. Hans-Jürgen Leersch

Bundestag spendiert 16,3 Milliarden

STEUERENTLASTUNGEN Grundfreibetrag steigt. Zuschuss für Energiekosten

Der Bundestag hat am Donnerstag den Weg für eine umfassende steuerliche Entlastung der Bürger in diesem Jahr freigemacht. Mit einem Gesamtvolumen von 16,3 Milliarden Euro für 2022 sollen Belastungen durch die Inflation und Auswirkungen des Ukraine-Krieges reduziert werden. Die wichtigsten Maßnahmen sind ein höherer Grundfreibetrag bei der Steuer, eine Energiepreispauschale von 300 Euro und ein Kindergeldzuschuss von 100 Euro. Der Bundestag stimmte mit Mehrheit der Koalitionsfraktionen SPD, Grüne und FDP dem von ihnen eingebrachten Entwurf eines Steuerentlastungsgesetzes 2022 (20/1333, 20/1765) zu, in den zuvor im Finanzausschuss mit zwei Änderungsanträgen der Koalition die Energiepreispauschale und das höhere Kindergeld eingefügt worden waren. Die CDU/CSU lehnte den Gesetzentwurf ab, AfD und Linksfraction enthielten sich.

Pauschale ab September Die per Änderungsantrag eingefügte Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro soll einmalig ab dem 1. September 2022 an Steuerpflichtige gezahlt werden. Arbeitnehmer erhalten die Pauschale über den Arbeitslohn. Bei Einkünften aus Landwirtschaft, Gewerbebetrieb und freiberuflicher Tätigkeit gibt es die Pauschale über eine Kürzung der Einkommensteuer-Vorauszahlungen. Empfänger von Versorgungsbezügen (Beamtenpensionäre) sowie Rentner (falls keine Einkünfte aus Landwirtschaft, Gewerbebetrieb, freiberuflicher Tätigkeit oder als Arbeitnehmer vorliegen) erhalten die Pauschale nicht. Auch für Steuerpflichtige ohne Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt in Deutschland gibt es ebenso keine Pauschale wie für beschränkt steuerpflichtige Grenzpendler. Bezieher von ausschließlich



Im September kommt der Geldsegen.

sonstigen Einkünften (zum Beispiel Abgeordnete) erhalten keine Pauschale. Die Energiepreispauschale ist steuerpflichtig, aber sozialabgabenfrei. Mit dem zweiten Änderungsantrag wurde zur Abfederung besonderer Härten für Familien aufgrund gestiegener Energiepreise eine Erhöhung des Kindergeldes um einen Einmalbetrag in Höhe von 100 Euro beschlossen. Der Bonus soll im Juli 2022 gezahlt und unabhängig von existenzsichernden Sozialleistungen gewährt werden. Damit werde sichergestellt, dass der Bonus bei Sozialleistungen, deren Zahlung von anderen Einkommen abhängig sei, nicht als Einkommen berücksichtigt werde, heißt es in der Begründung des Änderungsantrags. Der Gesetzentwurf sieht vor, den Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer von derzeit 9.984 Euro um 363 Euro auf

10.347 Euro anzuheben. Die Änderung soll rückwirkend zum 1. Januar 2022 in Kraft treten. Nach Angaben der Koalition werden dadurch alle Einkommensteuerpflichtigen entlastet, wobei die relative Entlastung für die Bezieher niedriger Einkommen höher sei. Dies sei auch aus sozialen Gesichtspunkten geboten.

Entfernungspauschale steigt Außerdem wird die bereits für die Jahre 2024 bis 2026 festgelegte Erhöhung der Entfernungspauschale ab dem 21. Entfernungskilometer um drei Cent auf 0,38 Euro je vollen Entfernungskilometer auf die Jahre 2022 und 2023 ausgedehnt. Die damit verbundene Entlastung werde somit vorgezogen. Ebenfalls rückwirkend zum 1. Januar 2022 erhöht wird der Arbeitnehmerpauschbetrag für Werbungskosten, der bisher 1.000 Euro betragen hat. Der zuletzt im Jahre 2011 erhöhte Pauschbetrag wird jetzt auf 1.200 Euro angehoben. Abgelehnt wurde ein Entschließungsantrag der CDU/CSU-Fraktion (20/1778), die unter anderem verlangt hatte, nicht nur den Grundfreibetrag anzuheben, sondern den gesamten Steuertarif anzupassen, um die kalte Progression „kurzfristig und vollständig“ auszugleichen. Die Energiepreispauschale sollten zudem auch Rentner, Studenten sowie junge Eltern und Bezieher von Lohnersatzleistungen erhalten. Die Pauschale an die bisher ausgenommenen Gruppen zu zahlen, war auch von der AfD-Fraktion in einem Entschließungsantrag verlangt worden (20/1779). Dieser wurde ebenfalls abgelehnt. Die AfD verlangte zudem eine Erhöhung der Pendlerpauschale auf 40 Cent. Da die durchschnittliche Entfernung für Pendler 23 Kilometer betrage, komme die Erhöhung bei den meisten Pendlern gar nicht an. hle

Neuer Name, neue Ziele

HAUSHALT Energie- und Klimafonds vor Weiterentwicklung

Der Energie- und Klimafonds (EKF) soll nach Willen der Koalition zum Klima- und Transformationsfonds (KTF) weiterentwickelt werden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (20/1598) überwies der Bundestag vergangene Woche nach erster Lesung an die Ausschüsse. Bei dem Fonds handelt es sich um ein Sondervermögen des Bundes. Aus diesem werden Klimaschutzpolitische Programmausgaben finanziert. Der Fonds wird von mehreren Ministerien bewirtschaftet. Die Weiterentwicklung des Fonds soll laut Bundesregierung vor allem dazu dienen, den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie zu begegnen. Mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2021 hatte der Bundestag dafür Kreditermächtigungen in Höhe von 60 Milliarden Euro an den Fonds übertragen. Der Entwurf sieht den neuen Para-

graphen 2a in dem Einrichtungs-Gesetz des EKF vor, in dem festgeschrieben werden soll, wozu diese 60 Milliarden Euro genutzt werden dürfen. Aufgezählt wird unter anderem die „Förderung von Investitionen in Maßnahmen der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien im Gebäudebereich“ und die Abschaffung der EEG-Umlage. Zudem soll der eigentliche Zweck des Sondervermögens angepasst und erweitert werden. Künftig soll das Sondervermögen demnach „zusätzliche Programmausgaben zur Förderung von Maßnahmen, die der Erreichung der Klimaschutzziele nach dem Bundes-Klimaschutzgesetz, [...] dienen“, ermöglichen. Förderfähig seien „insbesondere Maßnahmen, die geeignet sind, die Transformation Deutschlands zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Volkswirtschaft voranzutreiben“. scr

Höhere Steuereinnahmen

PROGNOSE Finanzminister spricht von »Momentaufnahme«

Trotz Pandemie und Krieg in der Ukraine können Bund, Länder und Kommunen vorerst mit höheren Steuereinnahmen rechnen, als noch im vergangenen November prognostiziert worden war. Bis 2026 sollen die Einnahmen im Schnitt um summiert 44 Milliarden Euro über der bisherigen Annahme liegen. Für den Bund erwarten die Steuerschätzer in diesem Jahr danach Einnahmen in Höhe von 345,2 Milliarden Euro, im November waren es noch 328,4 Milliarden Euro. Nicht in der Schätzung enthalten sind von der Bundesregierung geplante, aber noch nicht umgesetzte steuerliche Entlastungsmaßnahmen. Finanzminister Christian Lindner (FDP) warnte bei der Vorstellung der Schätzung vor allzu großer Euphorie: Die Schätzung sei nur eine „Momentaufnahme“, da sie in

eine Zeit „großer Unsicherheit“ falle, sagte der Minister mit Verweis auf die Folgen des Krieges, der Corona-Pandemie und der ungewissen Entwicklung bei den Zinsausgaben. „Es gibt jedenfalls keinen Anlass und auch keinen Spielraum für neue Ausgabenprogramme“, mahnte Lindner. Unterdessen deuten sich weitere Konflikte zwischen Bund und Ländern über ihre Finanzbeziehungen an. In der Stellungnahme zu dem von der Bundesregierung vorgelegten Ergänzungshaushalt (20/1200) fordert der Bundesrat mehr finanzielles Engagement vom Bund, etwa eine vollständige Entlastung bei den Kosten für das 9-Euro-Ticket (siehe Seite 5). Auch beim von der Bundesregierung geplanten Kinderbonus verlangt die Länderkammer Kompensationen. scr

Blick ins Schließfach

SANKTIONEN Russischen Vermögen auf der Spur

Die gegen Russland verhängten Sanktionen sollen in Deutschland effektiv durchgesetzt werden. Entsprechende Maßnahmen sieht ein von den Koalitionsfraktionen SPD, Grüne und FDP eingebrachter Gesetzentwurf (20/1740) vor, der am Donnerstag vom Bundestag an die Ausschüsse überwiesen wurde. Darin heißt es, für den wirkungsstarken operativen Vollzug der Sanktionen sei für die jeweiligen Sanktionsbereiche die Expertise verschiedener Behörden von Bundes- und Länderebene und deren Zusammenarbeit nötig. Dafür würden jetzt die erforderlichen Datenzugriffs- und Datenaustauschbefugnisse geschaffen. Außerdem soll Vermögen besser ermittelt und bis zur Aufklärung der Eigentumsverhältnisse einfacher sichergestellt werden können. Sanktionierte Personen, die gegen

die Anzeigepflicht ihrer Vermögen verstößen, müssen mit Strafen bis zu einem Jahr Freiheitsstrafe oder Geldstrafe rechnen. Konten, Schließfächer und Wertpapierdepots von sanktionierten Personen sollen einfacher ermittelt werden können. Die CDU/CSU-Fraktion verlangt von der Bundesregierung einen härteren Kurs bei der Umsetzung von Sanktionsmaßnahmen gegen Russland. In einem ebenfalls überwiesenen Antrag (20/1726) wird auf Italien verwiesen, wo Sanktionen gegen russische Oligarchen umfangreich umgesetzt würden, während insoweit in Deutschland bisher wenig geschehen sei. Zu den Forderungen der Union gehört unter anderem ein Verbot der Barzahlung bei Immobilienkäufen und die Einrichtung einer Geldwäscherdatensbank. hle

Energiesicherung 2.0

NOTFALL Bundestag macht Weg für Enteignungen frei

Der Staat kann Energieunternehmen künftig übernehmen, wenn die Versorgungssicherheit, zum Beispiel durch einen russischen Gaslieferstopp, gefährdet ist. Notfalls ist sogar eine Enteignung möglich. Der Bundestag stimmte vergangene Woche für die Reform des Energiesicherungsgesetzes aus dem Jahr 1975 (20/1501, 20/1766) mit den Stimmen der Regierungskoalitionen SPD, Grüne und FDP sowie der Linken. Die AfD lehnte die Pläne ab, die Union enthielt sich. Der Bundesrat muss das Vorhaben noch billigen. Die treuhänderische Verwaltung kann vom Bundeswirtschaftsministerium angeordnet werden, wenn die Gefahr besteht, dass ein Unternehmen seine dem Funktionieren des Gemeinwesens im Bereich der Energie dienenden Aufgaben nicht erfüllt und eine Beeinträchtigung der Versorgungssicherheit droht, heißt es im Gesetz. Die Anordnung wäre befristet auf sechs Monate, sie könnte um weitere sechs Monate verlängert werden. Als erstes könnte die PCK-Raffinerie in Schwedt, die dem russischen Rosneft-Konzern gehört, unter staatliche Treuhandverwaltung kommen. Das Geschäftsmodell von Rosneft ist es, russisches Öl zu kaufen. Wenn Deutschland dieses Öl nicht mehr haben will, braucht man für Schwedt eine Alternative. Eine solche Alternative könnte es sein, die Raffinerie unter staatliche Aufsicht zu stellen – wie Gazprom Germania.

Einrichtung einer digitalen Gasplattform vor. Auf dieser sollen sich große Industrieunternehmen und Gashändler registrieren. Auf Grundlage ihrer Daten soll dann im Ernstfall entschieden werden, wo Gas eingepart werden kann und wo Abschaltungen erfolgen müssen. Eine weitere Änderung ist die Möglichkeit der Preis Anpassung. Damit es im Falle eines Gasmangels nicht zu Schiefenlagen und Pleiten von Anbietern kommt, sollen sofortige Preiserhöhungen über die gesamte Lieferkette bis zum Endkunden möglich sein. Dies sei ein Punkt, bei dem die Union Bauchschmerzen habe, erklärte CDU-Politiker Mark Helfrich, weshalb CDU/CSU sich bei der Abstimmung enthielten. Matthias Birkwald (Linke) kritisierte, dass staatlich kontrollierte Unternehmen am Ende wieder privatisiert werden sollen. AfD-Politiker Rainer Kraft warf der Koalition „neokommunistische Ideen“ vor. Ingrid Nestle (Grüne) hob hervor, dass die Mitspracherechte des Bundestages vor allem bei Enteignungen verbessert werden. Andreas Rinkus (SPD) gab der Hoffnung Ausdruck, dass das Gesetz reine Vorsorge bleibe und nie angewendet werden müsse. Michael Kruse (FDP) strich heraus, dass mit diesem Gesetz die Gasspeicher erstmalig auch Teil der kritischen Infrastruktur seien – was sich auf Änderungen im Energiewirtschaftsgesetz bezog. So soll eine geplante Stilllegung von Gasspeichern bei der Bundesnetzagentur gemeldet und genehmigt werden müssen. Damit soll verhindert werden, dass ohne Wissen der Regierung Gasspeicher stillgelegt werden. mis

Die Mitsprache des Bundestages bei Enteignungen soll verbessert werden.

Zwischenstand Endlagersuche

NUKLEARE SICHERHEIT Über Fortschritte im Standortwahlverfahren haben sich die Mitglieder des Unterausschusses in der vergangenen Woche in einem öffentlichen Fachgespräch mit drei am Prozess der Endlagersuche maßgeblich beteiligten Gremien informiert.

Wie dabei der Präsident des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung, Wolfram König, ausführte, seien inzwischen in einem ersten Schritt 90 Teilgebiete in Deutschland ermittelt worden, die günstige geologische Voraussetzungen für eine sichere Lagerung hochradioaktiver Abfälle bieten. Diese machten allerdings mehr als die Hälfte des Bundesgebietes aus; von der Benennung von Standortregionen für übertägige und später untertägige Erkundungen sei man noch „weit entfernt“. Bis 2031 soll laut Standortwahlgesetz unter Beteiligung der Öffentlichkeit in einem mehrstufigen Verfahren ein Endlagerstandort gefunden werden.

Sorge bereite König, aber auch den Vertretern der Bundesgesellschaft für Endlagerung und des Nationalen Begleitemiums (NBG), die infolge des Ukraine-Krieges wieder entfachte Diskussion über die Welterneuerung von Atomkraftwerken.

Es brauche ein klares Bekenntnis zum Ausstieg, fordert etwa Klaus Brunsmeier, Mitglied des NBG, im Gespräch mit den Abgeordneten. Es dürfe keine Laufzeiterlängerungen für Atomanlagen geben. Für das Vertrauen in den Prozess der Endlagersuche sei es zentral, dass der gefundene „gesellschaftliche Konsens“ nicht infrage gestellt werde, so Brunsmeier.



Für neun Euro im Monat mit dem Personennahverkehr durch Deutschland: Von Juni bis August soll dieses Angebot bundesweit gelten.

© picture-alliance/imageBROKER/Michael Weber

Recht auf zehn Megabit

DIGITALES Haushalte mit schlechter Internetanbindung können sich künftig auf den Rechtsanspruch auf Breitband-Grundversorgung berufen: Das sogenannte „Recht auf schnelles Internet“ hat vergangene Woche den zuständigen Digitalausschuss des Bundestags passiert. Dieser stimmte mit dem Stimmen der Ampelkoalition für die Verordnung über Mindestanforderungen für das Recht auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten (TKMV). Union und Linke votierten dagegen, die AfD enthielt sich. Nun bedarf die Verordnung nur noch der Zustimmung des Bundesrats.

Mit dem Vorschlag soll erstmals überall in Deutschland ein Mindestmaß an Breitband-Internet im Festnetz festgelegt werden. Festgelegt sind Bandbreiten von mindestens 10 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) im Download beziehungsweise mindestens 1,7 Mbit/s im Upload sowie eine Latenz (Verzögerungszeit) von höchstens 150 Millisekunden. Werden die neuen Mindestwerte etwa auf dem Land oder am Stadtrand unterschritten, besteht der Rechtsanspruch und die Bundesnetzagentur könnte künftig die Verlegung besserer Anschlüsse veranlassen.

Die Anforderungen sollen nur Übergangsregelungen sein – die Untergrenze für die Grundversorgung soll künftig Jahr für Jahr steigen. Während sich die Koalition zufrieden mit dem Novum zeigte, monierte die Opposition, dass die Vorgaben zum Upload und Download zu lasch seien. Wie viele Haushalte derzeit mit weniger als 10 Mbit/s ins Internet kommen, ist unklar: Die Bundesnetzagentur schätzt, dass 630.000 Haushalte weniger als 16 Mbit/s zur Verfügung haben.

Die Fahrscheine bitte

VERKEHR Das Neun-Euro-Ticket für drei Monate entzweit Ampelkoalition und Opposition

Für neun Euro im Monat mit Straßenbahn und Bus, S- und Regionalbahn durch die Stadt und übers Land fahren? Zumindest in diesem Sommer soll dieses Schnäppchen-Angebot gelten. Mit dem sogenannten Neun-Euro-Ticket soll der gesamte öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) bundesweit von jedem Mann zwischen Juni und August genutzt werden können. Um das Unterfangen für Länder und Kommunen als Träger des ÖPNV finanziell zu ermöglichen, soll der Bund in diesem Jahr zusätzliche Regionalisierungsmittel in Höhe von 2,5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Dies sieht der von den Fraktionen der Ampelkoalition vorgelegte Gesetzentwurf zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes (20/1739) vor.

»Mehr als die Hälfte der Menschen will dieses Angebot annehmen.«

Valentin Abel (FDP)

Einnahmeausfälle Mit dem Neun-Euro-Ticket sollen die Bürger einerseits wegen der stark steigenden Kosten für Strom, Lebensmittel, Heizung und Mobilität finanziell entlastet werden. Zudem soll ein Anreiz zum Umstieg auf den ÖPNV und zur Einsparung von Kraftstoffen gesetzt werden. Die konkrete Ausgestaltung des Tickets soll bei den Ländern liegen.

Darüber hinaus sollen die Länder weitere 1,2 Milliarden Euro als Ausgleich für pandemiebedingte Einnahmeausfälle im Personennahverkehr erhalten. Bereits im Jahr 2020 hatte der Bund die Regionalisierungsmittel um 2,5 Milliarden und 2021 um eine Milliarde Euro zur Finanzierung des Personennahverkehrs erhöht. Nach Prognosen der Branche ist für die Jahre 2020 bis 2022 mit Fahrgeldausfällen von bis zu 10,2 Milliarden Euro zu rechnen.

Der FDP-Abgeordnete Valentin Abel bezeichnete das Neun-Euro-Ticket als eine „Riesenchance“. Die Verkehrsverbände könnten viele Neukunden von den Vorzügen des ÖPNV überzeugen.

Laut Umfrage wolle mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland das Ticket nutzen, sagte Abel. In den drei Monaten könnte ein „denkbarer Weg hin zu klimafreundlicher Mobilität“ ausprobiert und praktisch getestet werden. Das bevölkerungsreichste Land der EU schaffe damit ein völlig neues Angebot. Bei der Unions- und der AfD-Fraktion wollte sich diese Euphorie über das Ti-

cket nicht einstellen. Die Ampelkoalition verfare nach dem Motto „Verramschen statt verbessern“, monierte der CDU-Abgeordnete Michael Donth. „Dichtere Takte, attraktivere und digitale Angebote, moderne klimaneutrale Fahrzeuge, aber auch explodierende Energiepreise, Fachkräftemangel“ seien die großen Herausforderungen, vor denen der ÖPNV in Deutschland stehe.

Die 2,5 Milliarden Euro für ein „Schnäppchenticket“ und einen „Marketinggag“ würden besser in diese Herausforderungen investiert, mahnte Donth. Neukunden ließen sich so nicht gewinnen, es bestünde eher die Gefahr, treue Kunde zu verärgern. In diesem Sinne argumentierte auch der AfD-Abgeordnete Mike Moncssek. „Für 30 Cent pro Tag von München nach Rügen oder von Stuttgart nach Sylt – das klingt wie aus dem sozialistischen Wunderland“ spottete er. Es sei nicht verwunderlich, dass viele Bürger das Ticket nutzen wollten, in erster Linie allerdings für touristische Reisen und Ausflüge. „Auf Rügen und Sylt schlägt man jetzt Alarm wegen des Neun-Euro-Kundentsunamis, und ganz normale Berufspendler müssen sich um ihren Platz Gedanken machen“, warnte Moncssek. Der be-

»Auf Sylt schlägt man Alarm wegen des Neun-Euro-Kundentsunamis.«

Mike Moncssek (AfD)

hauptete Anreiz zum Umstieg auf Bus und Bahn sei „reine sozialistische Propaganda“. Der Großteil der arbeitenden Bevölkerung in den ländlichen Regionen, in denen es an einer ausreichenden ÖPNV-Infrastruktur mangle, würden von dem Ticket nicht profitieren.

Der SPD-Parlamentarier Martin Kröber wies diese Kritik zurück. Das Neun-Euro-Ticket sei ein Teil des Entlastungspakets für Bürger mit „sehr kleinen Haushaltskassen“. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine treibe in vielen Bereichen die Preise in die Höhe. „Viele Familien blicken auf ihr Konto und können ihre Rechnungen nicht zahlen. Steigende Heizkosten, Lebensmittelpreise und Kraftstoffpreise bereiten vielen Familien Sorgen“, führte Kröber aus. Die Ampelkoalition nehme diese Sorgen ernst. „Auch die zusätzlichen Regionalisierungsmittel in Höhe von 1,2 Milliarden Euro als Kompensation für die pandemiebedingten Einnahmeausfälle leisteten einen Beitrag, um einen Preisanstieg im Personennahverkehr zu verhindern.“

Klimaschutz Auch die Grünen-Abgeordnete Nyke Slawik verteidigte die Pläne. „Es gibt eine große Wahrscheinlichkeit, dass unser Planet sich bereits vor 2026 erstma-

lig um 1,5 Grad erhitzen wird.“ Deshalb sei es wichtig, Anreize für eine klimagerechte Mobilität zu schaffen, argumentierte sie. „Das brauchen wir, wenn wir unabhängig werden wollen von Öl-Diktatoren wie Putin und anderen Ölstaat wie Saudi-Arabien.“ Zuletz räumte Slawik ein, dass das Angebot im ÖPNV ausgebaut werden müsse, vor allem in den ländlichen Räumen. Darauf habe sich die Koalition in ihrem Koalitionsvertrag auch verständigt. Prinzipielle Zustimmung für das Neun-Euro-Ticket kommt aus den Reihen der Linksfraktion, allerdings hält sie die Laufzeit für zu kurz. „Die Begrenzung auf drei Monate, dazu noch in der Ferienzeit, ist mutlos und halbherzig“, monierte Bernd Riexinger. Das Ticket müsse mindestens bis Ende des Jahres verlängert werden, um eine breitere Grundlage für eine Evaluation zu erhalten. Viel wichtiger aber sei es, den ÖPNV auszubauen und die Ticketpreise dauerhaft zu senken. Einen entsprechenden Antrag der Linksfraktion überwiegt der Bundestag ebenso wie den Gesetzentwurf der Regierungskoalition zur weiteren Beratung in den Verkehrsausschuss.

Die Entscheidung über das Neun-Euro-Ticket wird noch in dieser Woche fallen. Am Montag wird sich der Verkehrsausschuss in einer öffentlichen Anhörung mit der Gesetzentwurf befassen und am Dienstag erneut beraten. Das Plenum wird das Gesetz dann voraussichtlich am Donnerstag mit den Stimmen der Ampelkoalition verabschieden.

Alexander Weinlein |

»Mehr Getreide anbauen« Union hilft Wirten

LANDWIRTSCHAFT Union hinterfragt Agrarpolitik

Eine Korrektur des agrarpolitischen Kurses der Bundesregierung hat die CDU/CSU-Fraktion in einer Aktuellen Stunde mit dem Titel „Hunger vermeiden – Mehr Lebensmittel produzieren statt Ackerflächen stilllegen“ gefordert. Steffen Bilger (CDU) forderte, angesichts des Ukraine-Kriegs und der steigenden Preise für Nahrungsmittel „eine Neubewertung in der Agrarpolitik vorzunehmen, was bedeutet mehr zu produzieren“. Die grüne Agrarpolitik von Bundesagrarminister Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) sei „nicht mehrheitsfähig“, rief Bilger dem Minister zu.

Özdemir hingegen machte deutlich, dass er die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) 2023 nicht in Frage stelle wolle, sondern „die neuen Regeln zum Fruchtwechsel lediglich auf 2024 geschoben habe“. Konkret geht es dabei um die EU-Vorschriften für die Fruchtfolge, die von 2023 an eigentlich einen regelmäßigen Wechsel im Anbau vorsehen. Ein Anbau, bei dem auf Weizen als Hauptkultur erneut Weizen folgt, wäre so schon bei der diesjährigen Herbstsaat nicht mehr möglich gewesen. Bauern wären stattdessen gezwungen, Raps oder andere Früchte anzubauen.

Wie die CDU/CSU-Fraktion sprach sich auch die AfD-Fraktion dafür aus, auf Brachflächen mit konventioneller und in-

tensiver Landwirtschaft Getreide anzubauen, um den drohenden Mangel auf dem Weltmarkt abzufedern. Stephan Protschka (AfD) sieht die EU-Länder und Deutschland in der Verantwortung, „ärmere Länder mit Getreidelieferungen zu unterstützen“. Die Regierungsfaktionen und die Fraktion Die Linke lehnten die Unionsvorschläge ab. Franziska Kersten (SPD) warnte davor, die GAP aufzuweichen: „Die Landwirtschaft muss sich an den Klimawandel anpassen, wir brauchen resilientere Ökosysteme.“

Carina Konrad (FDP) sprach sich ebenfalls dafür aus, die Ökosysteme zu stärken, allerdings müsse die Produktion von Lebensmitteln effektiver werden, das sei vor allem mit „neuen Technologien“ möglich, mit denen „Landwirte unabhängiger von Dünger, Klimawandel und Ereignissen wie derzeit dem Krieg in der Ukraine“ würden. Ina Latendorf (Die Linke) ist der Ansicht, dass es in Bezug auf Lebensmittel „kein Mengen-, sondern ein Verteilungsproblem gibt“, deshalb sei der Weg, immer mehr anzubauen, falsch. Die Ursachen für den Hunger in Entwicklungsländern seien bekannt, „sie liegen in der Art des Wirtschaftens, bei der Spekulation mit Nahrungsmitteln und bei der Exportpolitik“, sagte Latendorf.

GASTRONOMIE Steuer soll auf Dauer niedrig bleiben

Für die Beibehaltung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen spricht sich die CDU/CSU-Fraktion aus. Ein entsprechender Antrag der Fraktion (20/1727) wurde am Freitag vom Bundestag an die Ausschüsse überwiesen. In dem Antrag erläutert die Union, dass seit dem 1. Juli 2020 auf Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen mit Ausnahme der Abgabe von Getränken noch bis zum Ende des Jahres 2022 der ermäßigte Mehrwertsteuersatz in Höhe von sieben Prozent gewährt wird. Diese Befristung solle aufgehoben werden und der ermäßigte Steuersatz unbefristet gelten.

Auch Scholz dafür In der Begründung heißt es, die Reduktion des Mehrwertsteuersatzes habe den Unternehmen in den letzten zwei Jahren eine erhebliche Entlastung gebracht. Sie sei neben einer Entlastung für die besonders von der Coronapandemie betroffene Branche aber auch ein Wettbewerbsfaktor mit Blick auf die Nachbarländer. In 21 der 27 EU-Mitgliedstaaten sowie in der Schweiz gelte in der Gastronomie ebenfalls ein ermäßigter Steuersatz. Auch der heutige Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) habe sich noch im Bundestagswahlkampf für eine dauerhaft

abgesenkte Mehrwertsteuer in der Gastronomie ausgesprochen. Verwiesen wird auf ein Schreiben von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) an den Deutschen Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA), in dem sich Lindner ebenfalls für eine dauerhafte Senkung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie ausgesprochen habe. Darüber hinaus fordert die CDU/CSU-Fraktion die Fortführung der reduzierten Biersteuer für kleine und mittlere Brauereien, um „die weltweit einzigartige und vielfältige deutsche Brautradition mit Bierfesten, Brauereigaststätten und Biergärten“ zu unterstützen. Diese Steuersenkung sei bis Ende 2022 befristet und müsse ebenfalls unbefristet weitergeführt werden. Gerade die kleinen Brauereien seien von den Schließungen und dem Aussetzen von Festen besonders betroffen gewesen, da hierdurch der Absatz von Fassbier nahezu vollständig zum Erliegen gekommen sei. Der Fassbiereverkauf trage bei diesen Brauereien überproportional zum Betriebserfolg bei. Da angesichts der hohen Inflation mit einer Zurückhaltung von Verbrauchern und Reisenden zu rechnen sei, würde das Auslaufen beider Steuerermäßigungen Gastronomie und Brauereien doppelt treffen, da sie neben der höheren Steuerlast auch Umsatzverluste zu tragen hätten.

Anzeige

Die Idee der Gesamtverfassung



Gesamtverfassung
Das Verfassungsdenken Helmut Ridders
Herausgegeben von Prof. Dr. Isabel Feichtner, LL.M. und Dr. Tim Wihl
2022, 273 S., brosch., 59,- €
ISBN 978-3-8487-7024-3
E-Book 978-3-7489-1084-8
(Staatsverständnisse, Bd. 160)

Helmut Ridder steht für eine offensive Demokratisierung des deutschen Verfassungsrechts. Er begreift das Grundgesetz als eine Bauleitung für eine Gesellschaft, die sich weitestgehend selbst organisiert und auf diese Weise den Rechten auf gleiche Freiheit kollektiv und autonom zur Wirklichkeit verhilft. Die verschiedenen Dimensionen seines umfangreichen Werks – von der Vergesellschaftung bis zum Problem wehrhafter Demokratie – klopft dieser Band systematisch auf ihre Aktualität ab.

Nomos
eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos

Kleiner Dämpfer

RENTEN Der Dämpfungsfaktor für kommende Erhöhungen wird früher wieder eingeführt als geplant. Die Opposition kritisiert den Zeitplan für Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente



Mehr als 20 Millionen Rentner können sich ab Juli über ein kräftiges Rentenplus freuen. Erwerbsminderungsrentner müssen bis 2024 warten.

© picture-alliance/dpa/Marcus Brandt

Mit der Inflation hat das alles erstmal nichts zu tun, auch wenn es so klingt. Denn seit Anfang des Jahres jonglieren wir alle mit Prozenten zwischen fünf und mittlerweile sieben Prozent herum und blicken nach dem Einkauf verwundert auf den Kassensbon. Dass nun zum 1. Juli die Renten deutlich, nämlich in Westdeutschland um 5,35 Prozent und in Ostdeutschland um 6,12 Prozent, steigen, sieht auf den ersten Blick nach einem Inflationsausgleich aus, ist es aber nicht. Es ist die turnusgemäße Rentenerhöhung. Die Renten folgen den Löhnen und weil diese im letzten Jahr deutlich gestiegen sind, steigen nun die Renten. Eine jahrzehntelange Praxis. Aber so ganz business as usual ist das dazugehörige Gesetz (20/1680) der Bundesregierung dann doch nicht, und so ganz ohne Inflation kam auch die deshalb stattfindende Debatte am vergangenen Freitag nicht aus. Denn: Mit der diesjährigen Rentenerhöhung soll auch der Nachholfaktor, der eigentlich bis 2025 ausgesetzt worden ist, wieder aktiviert werden. Die nicht stattgefundenen Rentenminderungen des vergangenen Jahres soll nun vollständig mit der diesjährigen Rentenerhöhung verrechnet werden. Da die Höhe der Renten der Entwicklung der Löhne folgt, hätten die Renten im vergangenen Jahr eigentlich sinken müssen, weil die Löhne pandemiebedingt deutlich gesunken waren. Seit 2009 gilt jedoch eine Rentenga-

rantie, die genau dies verhindert. Als Ausgleich für eine solch verhinderte Senkung gilt der Nachholfaktor, der dafür sorgt, dass die künftigen Rentenerhöhungen nach Lohnsteigerungen niedriger ausfallen, als sie es eigentlich müssten. Diesen Dämpfungseffekt will die Bundesregierung nun wieder einführen, sehr zur Freude der FDP, die 2018 gegen dessen Aussetzung Sturm gelaufen war. Außerdem sollen diejenigen unterstützt werden, die schon seit längerer Zeit eine Erwerbsminderungsrente beziehen und die von den gesetzlichen Verbesserungen seit 2014 nicht oder nur teilweise profitieren konnten. So sollen künftig jene Rentner, die von 2001 bis 2018 in eine Erwerbsminderungsrente gingen, einen Zuschlag von 4,5 Prozent beziehungsweise 7,5 Prozent auf ihre Rente erhalten. Insgesamt sollen davon rund drei Millionen Rentnerinnen und Rentner profitieren.

Dauerhafte Entlastung Bundesarbeits- und -sozialminister Hubertus Heil (SPD) wehrte sich gegen den Vorwurf, die Rentner würden bei den Energie-Entlastungspaketen nicht mitbedacht. Sie profitierten von sinkenden Preisen zum Beispiel für Sprit sehr wohl, sagte er. Zugleich ging er auf die Kritiker zu: Wenn es bei einem dauerhaften Preisanstieg bleibe, werde es auch dauerhaft strukturelle Entlastungen geben müssen, kündigte der Minister an. Max Straubinger (CSU) betonte, seine Fraktion werde es nicht akzeptieren, dass die Rentner bei der 300-Euro-Energiepa-

schale außen vor bleiben. Außerdem nannte er es nicht nachvollziehbar, warum nur Bestandsrentner ab 2001 von den Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente profitieren sollen. Markus Kurth (Bündnis 90/Die Grünen) hielt der Union entgegen: „Wer hat denn in den vergangenen Jahren sämtliche Verbesserungen für Bestandsrentner in der Erwerbsminderungsrente blockiert?“ Natürlich könne man sagen, das sei nicht genug, und er persönlich denke auch, dass es im parlamentarischen Verfahren noch einmal zu Nachbesserungen kommen sollte, betonte Kurth.

> STICHWORT

Renten Anpassung 2022

> **Rentenhöhe** Im Juli steigen die Renten im Osten Deutschlands um 6,1 Prozent und im Westen um 5,3 Prozent.

> **Nachholfaktor** Die Renten können nicht sinken, auch wenn die Löhne sinken. Steigen die Löhne dann wieder, fällt die folgende Rentenerhöhung dafür etwas niedriger aus.

> **Erwerbsminderung** Ab 2024 sollen Rentner, die seit 2001 eine Erwerbsminderungsrente beziehen, einen Zuschlag von 4,5 beziehungsweise 7,5 Prozent erhalten.

Ulrike Schielke-Ziesing (AfD) verwies auf das überdurchschnittlich hohe Armutsrisiko bei Erwerbsminderungsrentnern und nannte die Regelungen „längst überfällig“. Sie kritisierte jedoch deutlich, dass die Menschen erst ab 2024 davon profitieren sollen. „Das ist Politik nach Kassenlage.“

Was ist fair? Anja Schulz (FDP) bezeichnete das Gesetz als Erfolg. „Es ist fair gegenüber den Rentnern, die jahrzehntelang unseren Wohlstand erarbeitet haben, fair gegenüber den Erwerbsminderungsrentnern, und es ist fair gegenüber den kommenden Generationen, denn auch ihre Belange werden nun wieder besser berücksichtigt.“

Matthias Birkwald (Linke) sagte: „Krankheit darf nicht arm machen. Aber daran ändern auch die Zuschläge nichts, dafür sind sie viel zu gering.“ Es sei auch nicht akzeptabel, diese erst 2024 zu zahlen. Er forderte, die Zuschläge dann wenigstens rückwirkend ab 2020 auszahlend. Michael Gerdes (SPD) betonte, seine Fraktion habe die Verbesserungen für Bestands-Erwerbsminderungsrentner lange herbeigeseht, denn mit der Union sei dies nicht machbar gewesen. „Wir korrigieren eine Gerechtigkeitslücke, die uns seit Jahren umtreibt.“ Die Auszahlung erst ab 2024 sei in der Tat ein Wermutstropfen. Aber die Umsetzung durch die Rentenversicherung müsse machbar sein. Er kündigte allerdings an, den späten Beginn zu überdenken und verwies auf die Beratungen dazu im Bundestag. *Claudia Heine*

Entlastung für arme Haushalte

SOZIALES I Bundestag beschließt Einmalzahlungen und Kinder-Sofortzuschlag

Dass es im Grunde nicht ausreicht, ist allen klar: Doch während die Union weitere Entlastungen vor allem über Steuern und Die Linke höhere Regelsätze in der Grundsicherung forderte, verwiesen die Koalitionsfraktionen auf kommende strukturelle Veränderungen. Die geplante Einmalzahlung und der Kinder-Sofortzuschlag seien gewissermaßen nur der Auftakt zu größeren Reformen in der sozialen Mindestsicherung, so die Lesart von SPD, Grünen und FDP in der Debatte dazu in der vergangenen Woche. Die AfD konzentrierte sich vor allem auf die Behandlung der ukrainischen Flüchtlinge und sah eine, allerdings dunkle, Reform-Wolke am Himmel aufziehen, nämlich die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Was der Bundestag in der vergangenen Woche sozialpolitisch beschlossen hat, knüpft an jenes Prinzip an, mit dem auch die Vorgänger-Regierung auf eine akute Situation, die Corona-Pandemie, reagierte: Einmalige Zuschüsse, die schnell auf den Weg zu bringen sind. Dem Gesetzentwurf der Bundesregierung (20/1411) mit dem Titel „Sofortzuschlags- und Einmalzahlungsgesetz“ stimmte das Parlament mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen zu. Die CDU/CSU-Fraktion stimmte dagegen, während sich AfD und Linke enthielten.

200 statt 100 Euro Mit dem Gesetz werden Leistungsberechtigte in der Grundsicherung und Kinder entlastet und außerdem der „Rechtskreiswechsel“ der ukrainischen Flüchtlinge organisiert. So soll bis zur Einführung einer Kindergrundsicherung ein monatlicher Sofortzuschlag von 20 Euro die Kinder unterstützen. Erwachsene Leistungsberechtigte erhalten eine Einmalzahlung für Aufwendungen im Rahmen der Covid-19-Pandemie. Durch einen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen wurde dieser Betrag von 100 auf 200 Euro erhöht. Ferner erhalten nun auch Menschen mit Anspruch auf Arbeitslosengeld II einmalig 100 Euro. Ergänzt wurde außer-

dem, dass aus der Ukraine geflohene Kinder im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) ebenfalls den Kinderbonus von 100 Euro erhalten. Die Übergangsfrist, innerhalb derer der Wechsel der ukrainischen Geflüchteten vom AsylbLG ins SGB II (Zweites Sozialgesetzbuch/Grundsicherung für Arbeitssuchende) stattfinden soll, wurde bis Oktober 2022 verlängert.

In der Debatte betonte Dagmar Schmidt (SPD): In einer besonderen Situation brauche man besondere Lösungen und langfristig eine gute Lösung, nämlich das Bürgergeld. Andreas Audretsch (Grüne) kündigte an: „Wir werden das kindliche Existenzminimum grundsätzlich neu berechnen.“ Beim Bürgergeld sei die Ampel nicht weniger ambitioniert, sagte er. Jens Teutrine (FDP) verteidigte die 20 Euro für Kinder: Das fänden einige vielleicht nicht erwähnenswert, für viele andere bedeute der Betrag aber durchaus eine Entlastung. Der Linken reichten diese Anknüpfungen nicht. In eigenen Anträgen (20/1502; 20/1504) forderte die Fraktion eine Erhöhung des Kinder-Zuschlags auf 100 Euro und eine Neuberechnung und Erhöhung der Regelsätze. Denn für Jessica Tatti (Die Linke) sind die Zahlungen „besser als nichts, taugen aber nur als Übergangslösung“.

Allein der Name sei schon eine Zumutung, sagte Kai Whittaker (CDU) zu den Entlastungspaketen. Die Hilfen seien einmalig, befristet, würden besteuert und gingen an den Rentnern vorbei. Er forderte eine Senkung der Mehrwertsteuer und ergänzte: „Es darf nicht sein, dass Lidl Luxus wird.“ Gerrit Huy (AfD) kritisierte vor allem die sofortige Integration der ukrainischen Flüchtlinge ins SGB II: Für diese seien die Leistungen des AsylbLG nicht mehr gut genug, während alle anderen ein einmaliges Almosen bekämen. „Es ist vernünftig, dass wir in diesen Zeiten Solidarität und den Zugang zum Arbeitsmarkt praktisch organisieren“, verteidigte darauf Bundesarbeits- und Sozialminister Hubertus Heil (SPD) seine Politik. *che*

Barrieren abbauen

ARBEIT Union und Linke fordern Inklusion und Teilhabe

Der Bundestag hat sich in der vergangenen Woche mit zwei Anträgen aus der Opposition zum Thema gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen befasst. Trotz fraktionsübergreifender Einigkeit im Ziel fanden die Anträge der Unionsfraktion (20/1013) und der Fraktion Die Linke (20/1115) keine Mehrheit und wurden schließlich abgelehnt.

Die CDU/CSU konzentrierte sich in ihrem Antrag auf die Integration in den Arbeitsmarkt und forderte unter anderem eine bessere Absicherung von Inklusionsbetrieben und den Ausbau von Beratungsangeboten für Arbeitgeber. Das Budget für Arbeit sollte durch eine Erhöhung der Lohnkostenzuschüsse attraktiver gemacht werden. Außerdem forderte der Antrag ein bundesweites Förderprogramm für die barrierefreie digitale Infrastruktur.

Wilfried Oellers (CDU) ging in der Debatte auf die vielen Hürden ein, die Menschen mit Behinderung überwinden müssten, um arbeiten zu können. Zum Beispiel vergingen oft Wochen, bis geklärt sei, welche Träger für die Finanzierung von Arbeitsplatzausstattungen und Assistenzern zuständig seien, erläuterte er.

In dem Linken-Antrag ging es vor allem um politische Teilhabe. Er forderte, die volle Partizipation von Menschen mit Behinderungen und ihren Organisationen end-

lich zu garantieren. Diese sei Kern der UN-Behindertenrechtskonvention, jedoch im politischen Handeln noch nicht selbstverständlich, kritisierte die Fraktion. Sören Pellmann (Linke) verwies auf die unzureichende Beteiligung von Behindertenverbänden bei der Triage-Gesetzgebung. „So geht Teilhabe nicht“, sagte er. Corinna Rüffer (Grüne) nannte die Forderungen der Linken „absolut richtig“. Diese seien jedoch Bestandteil des Koalitionsvertrages und so hoffe sie, dass es zu einer guten Zusammenarbeit komme.

Takis Mehmet Ali (SPD) kritisierte den Unions-Antrag, denn „keiner der 20 Punkte enthält eine Verpflichtung für Arbeitgeber, Menschen mit Behinderung einen Arbeitsplatz anzubieten.“

René Springer (AfD) warf Union und SPD vor, durch die Lockdown-Politik das Problem auf dem Arbeitsmarkt verschärft zu haben. Er forderte ein Bonusssystem für Unternehmen, wenn diese die Beschäftigungsquote überfüllen.

Jens Beck (FDP) betonte: „Wir wollen die Dinge angehen, die in den letzten Jahren liegen geblieben sind.“ Er kündigte unter anderem an, für Inklusionsbetriebe eine umsatzsteuerliche Privilegierung festzuschreiben zu wollen und das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) zu überarbeiten und zu stärken. *che*

Fordern und Fördern - mit weniger Sanktionen

SOZIALES II Die Bundesregierung will Leistungskürzungen bei Pflichtverletzungen für Empfänger von Arbeitslosengeld II für ein Jahr aussetzen

Die Bundesregierung will die Sanktionen bei Pflichtverletzungen für Empfänger von Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) für zwölf Monate aussetzen. Während der ersten Leistung ihres Gesetzentwurfs (20/1413) zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) am vergangenen Freitag machten Abgeordnete der Ampelkoalition deutlich, dass der aktuelle Diskussionsstand in der Koalition in einigen Punkten von der Gesetzesvorlage abweicht, in der von einem Sanktionsmoratorium bis zum Jahresende die Rede ist. Nach dieser befristeten Aussetzung der Sanktionen bei Pflichtverletzungen soll das im Koalitionsvertrag angekündigte Bürgergeld das Hartz-IV-System ablösen.

Die Bundesregierung bezieht sich auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 5. November 2019. Das Gericht hatte die Sanktionen für unvereinbar mit dem Grundgesetz erklärt, soweit die Regelleistung nach wiederholten Pflichtverletzungen der Leistungsbezieher um mehr als 30 Prozent gekürzt wird oder sogar ganz

entfällt. Mit dem Grundgesetz unvereinbar sind die Sanktionen zudem, wenn der Regelbedarf bei einer Pflichtverletzung auch bei außergewöhnlichen Härten gekürzt werden muss und wenn für alle Leistungskürzungen eine Dauer von drei Monaten vorgegeben wird.

Die Sanktionsparagraf 31a des SGB II regelt, dass das Arbeitslosengeld II nach einer Pflichtverletzung zunächst um 30 Prozent gekürzt werden muss. Bei der zweiten Pflichtverletzung wird die Zahlung um 60 Prozent gekürzt, ab der dritten Pflichtverletzung wird sie gestrichen. Als Pflicht-

verletzung gilt zum Beispiel die Weigerung, eine zumutbare Arbeit oder Ausbildung aufzunehmen oder sich darum zu bewerben. Auch wer eine angebotene Weiterbildung ausschlägt oder abbricht, begeht eine Pflichtverletzung.

Vorrang für Weiterbildung Für die Bundesregierung kündigte die Parlamentarische Staatssekretärin im Arbeitsministerium Anette Kramme (SPD) an, dass künftig den Betroffenen durch Vorrang für Weiterbildung und bessere Eingliederung mehr Sicherheit gegeben werden soll, um sich auf die Arbeitsuche konzentrieren zu können. Ausgesetzt werden sollen nur die Sanktionen auf Pflichtverletzungen. Die häufigeren, mit einer zehnprozentigen Regelsatz-Kürzung verbundenen Sanktionen bei Meldeversäumnissen oder Terminverletzungen sollen beibehalten werden. Kramme hält das persönliche Gespräch im Jobcenter für unerlässlich, Mitwirkungspflichten werde es auch in Zukunft geben - jedoch verhältnismäßig. *Volker Müller*



Die Ampelkoalition strebt »verhältnismäßige« Sanktionen an.

© picture-alliance/dpa

KURZ NOTIERT

Einsatz von Saisonarbeitskräften

Zwei Anträge der Fraktionen Die Linke (20/1730) und der AfD (20/1745) zum Einsatz von ausländischen Saisonarbeitskräften wurden in der vergangenen Woche zur Beratung an die Ausschüsse überwiesen. Die Linke fordert unter anderem den vollen Sozialversicherungsschutz für Saisonarbeitskräfte. Die AfD-Fraktion fordert, die kurzfristige Beschäftigung befristet wieder von 70 auf 102 Tage auszudehnen.

EU-Richtlinie über transparente Arbeitsbedingungen

Der Bundestag hat einen Gesetzentwurf der Bundesregierung (20/1636) zur Umsetzung der EU-Richtlinie 2019/1152 des Europäischen Parlaments und des Rates über transparente und vorhersehbare Arbeitsbedingungen zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. *che*



Voller Hörsaal, leerer Geldbeutel: Nur noch rund zehn Prozent der Studierenden erhalten BAföG-Leistungen. Das soll sich ändern - und auch die Zuschüsse selbst sollen steigen.

© picture-alliance/dpa/Julian Stratenschulte

KURZ NOTIERT

AfD-Kandidat Wundrak bei Wahl erneut gescheitert

Joachim Wundrak (AfD) hat vergangene Woche bei der Wahl eines Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKG) erneut die erforderliche Mehrheit von 369 Stimmen verfehlt. Für den Wahlvorschlag seiner Fraktion (20/1705) votierten 100 Abgeordnete bei 540 Nein-Stimmen und 17 Enthaltungen. Wundrak hatte bereits in zwei früheren Wahlgängen die erforderliche absolute Mehrheit der Abgeordneten zum Einzug in das Gremium zur Kontrolle der Nachrichtendienste des Bundes verpasst. **sto** ||

Normenkontrollrat künftig im Justizministerium

Der Nationale Normenkontrollrat wird künftig im Bundesjustizministerium angesiedelt sein und nicht mehr im Kanzleramt. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (20/737) nahm der Bundestag vergangene Woche mehrheitlich an. Das Gremium prüft bei Gesetzentwürfen der Regierung unter anderem die Darstellung der Folgekosten neuer Regelungen für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung. Künftig soll auch der angekündigte Digitalcheck überprüft werden können. **scr** ||

Teststrategie für den Herbst

GESUNDHEIT Gesundheitsexperten sehen anlasslose PCR-Massentests kritisch. Sachverständige verwiesen in einer Anhörung vergangene Woche über einen Antrag der Linksfraktion auf die hohen Kosten und den begrenzten Nutzen. Die Linksfraktion fordert in dem Antrag (20/1005) kostenlose und anlasslose PCR-Bürgertests. Die Akkreditierten Labore in der Medizin (ALM) erklärten, ein massenhaftes PCR-Screening wäre mit einem erheblichen finanziellen Aufwand verbunden. Hinsichtlich der erreichbaren Schutzziele gebe es keinen Bedarf an anlasslosen Massentestungen, insbesondere nicht mit der PCR-Methode. Für den Nutzen gebe es keine Evidenz, die den finanziellen Aufwand rechtfertigen würde. Skeptisch äußerte sich auch der Verband der Diagnostica-Industrie (VDGI). Die Nationale Teststrategie basiere auf einer Differenzierung, wobei PCR-Tests für die Diagnostik bei klinischen Fällen und Verdachtsfällen sowie zum Schutz vulnerabler Gruppen eingesetzt würden. In anderen Fällen sei der Einsatz von Antigen-Schnelltests sinnvoll. Der Einzelsachverständige Werner Bergholz schlug vor, ausschließlich symptomatische Personen mit PCR zu testen. Damit lägen die Ergebnisse der PCR-Tests schneller vor. Daneben sollte regelmäßig eine repräsentative Stichprobe mit PCR getestet werden, um ein repräsentatives Bild des Infektionsgeschehens zu bekommen. Der Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) forderte eine gezielte Vorbereitung auf den Herbst und Winter. Die Bundesregierung müsse Vorsorge treffen, die auch die Testverfügbarkeit einschließlich Infrastruktur umfasse. Der Vorstand der Deutschen Stiftung Patientenschutz, Eugen Brysch, forderte, die pflegenden Angehörigen bei der Teststrategie besser zu berücksichtigen. Diese hätten oft keine Chance auf eine PCR-Testung. **pk** ||

Wieder ein »Reförmchen«?

BILDUNG Die Ampel will das BAföG überarbeiten. Union moniert »halbge Novelle«

Von Jubelstimmung war im Jubiläumjahr nicht viel zu spüren: 2021 feierte das Bundesausbildungsförderungsgesetz, kurz BAföG, 50-jähriges Bestehen: Am 1. September 1971 in Kraft getreten, sollte es jungen Menschen ermöglichen, unabhängig von der sozialen und ökonomischen Situation ihrer Eltern ein Studium aufzunehmen. Ein echtes Novum. Doch während in den ersten Jahren fast die Hälfte der Studierenden Leistungen erhielt, gilt das heute nur noch für eine Minderheit: Nur noch rund zehn Prozent der Studentinnen und Studenten beziehen heute BAföG. Ein Grund für die immer lauter werdenden Rufe unter anderem von Gewerkschaften und Studierendenverbänden nach einer grundlegenden Reform. Auch die Höhe der Zuschüsse steht trotz mehrfacher Anpassungen – zuletzt 2019 – seit langem in der Kritik, weshalb Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger

(FDP) auch nach ihrem Amtsantritt umgehend eine strukturelle Reform ankündigte. „Das BAföG wird attraktiver, moderner, flexibler“, versprach Stark-Watzinger nach dem Beschluss ihres Gesetzentwurfs im Kabinett Anfang April.

Trendwende Eine Zusage, die sie in der vergangenen Woche vor dem Bundestag erneuerte: Nach Jahren sinkender Förderzahlen leite die Ampel mit den geplanten BAföG-Änderungen eine „Trendwende“ ein, sagte die Ministerin während der ersten Lesung des Regierungsentwurfs (20/1631), der gemeinsam mit einem Antrag der Linksfraktion für ein „existenzsicherndes BAföG“ (20/1734) beraten wurde. Der Kreis der Anspruchsberechtigten werde durch eine „satte“ Erhöhung der Elternfreibeträge um 20 Prozent erweitert, die Altersgrenze auf 45 Jahre angehoben, die Antragstellung zudem digitalisiert und vereinfacht. Vor allem aber die Bedarfssätze und der Kinderbetreuungszuschlag sollten um fünf Prozent steigen, der Wohngeldzuschlag werde

ebenfalls aufgestockt, umriss die Ministerin die wesentlichen Änderungen des Gesetzentwurfs. Weitere Reformschritte, darunter die Einführung eines Nothilfe-BAföGs und einer Studienstarthilfe, seien bereits in Vorbereitung. Bei der Opposition stießen solche Ankündigungen jedoch auf wenig Begeisterung: Kathrin Staffler (CSU) sprach von einer „halbge Novelle“. Gemessen an den Ankündigungen im Koalitionsvertrag sowie früheren Reformen falle der Entwurf sogar zurück: Der Wohnzuschlag für Auswärtswohnende sei von der vorigen Regierung 2019 um 30 Prozent angehoben worden. Jetzt seien nur zehn Prozent vorgesehen. Da verwundere es nicht, dass ein breites Bündnis von Studierendenverbänden den Gesetzentwurf als „zu klein, zu wenig und ein Reförmchen“ kritisierten, meinte Staffler. Monika Grütters (CDU) mahnte außerdem, weitere Reformen nicht auf die lange Bank zu schieben. Über Sozialleistungen hinaus brauche es eine bessere Förderung von „Talent und Leistungsbereitschaft“. Bei der Begabtenförderung lasse die Ampel wichtige Impulse vermissen. Götz Frömming (AfD) hielt insbesondere der FDP vor, hinter eigenen Ansprüchen zurückzubleiben: In der Opposition habe sie sich noch für ein komplett elternunabhängiges BAföG stark gemacht. Davon lese man jetzt wenig. Vor allem aber die Erhö-

hung der Bedarfssätze sei angesichts der aktuellen Inflation „nur ein Tropfen auf den heißen Stein“, so der Abgeordnete.

Angst vor Schulden Kritik, die Nicole Gohlke (Linke) wiederholte. Auch in Zukunft seien die Zuschüsse nicht bedarfsdeckend: „Das können Sie nicht als großen Wurf und bildungspolitischen Aufbruch verkaufen“, warf sie der Ministerin vor. Zudem sei es von Nachteil, dass das BAföG nicht als Vollzuschuss gezahlt werde. Viele anspruchsberechtigte Studierende beantragten BAföG-Leistungen nicht, weil sie sich nicht verschulden wollten. Rednerinnen der Koalitionsfraktionen verteidigten den Entwurf: Lina Seitzl (SPD) sagte, die Ampel gehe jetzt nicht nur ein

„Reformschrittchen“, sondern drehe die „Abwärtsspirale“ um und öffne das BAföG wieder für mehr junge Menschen. Laura Kraft (Grüne) bekräftigte, bei der aktuellen Änderung handele es sich allenfalls um einen „Etappensieg“. Ziel sei, die Erhöhung der Bedarfssätze noch vor Beginn des Wintersemesters zu beschließen. „Der größere Teil der Reform liegt aber noch vor uns.“ Ria Schröder (FDP) verwies schließlich darauf, dass die Ampel ab sofort auch Verantwortung für Bildungsbiografien übernehme, die durch den „brutalen Angriffskrieg“ Russlands auf die Ukraine abzureißen drohten. Nach dem Sofortzuschlags- und Einmalzahlungsgesetz könnten nun auch ukrainische Studierende BAföG-Leistungen beantragen. **Sandra Schmid** ||

© picture-alliance/Heinz Krick



„Das BAföG wird attraktiver, flexibler und moderner.“
Bettina Stark-Watzinger (FDP), Bildungsministerin

> KOMPAKT

27. BAföG-Änderung

- > Bedarfssätze** Die Bedarfssätze, der Kinderbetreuungszuschlag und der Wohnzuschlag sollen steigen. Der Förderhöchstbetrag erhöht sich so von 861 Euro auf 931 Euro.
- > Freibeträge** Damit wieder mehr Studierende eine Ausbildungsförderung erhalten können, sollen die Freibeträge vom Einkommen der Eltern um 20 Prozent angehoben werden.
- > Altersgrenze** Das Höchstalter beim BAföG-Beginn soll ebenfalls heraufgesetzt werden - von 30 auf einheitlich 45 Jahre.

Fehler im System

PFLEGE Fachpolitiker fordern am »Tag der Pflegenden« bessere Arbeitsbedingungen in der Branche

Um den „Tag der Pflegenden“ herum (12. Mai) hat es Berichte aus dem Versorgungsalltag gegeben, die eines gemeinsam haben: Sie deuten auf große Probleme hin. Neu ist das nicht, aber die Dringlichkeit, Abhilfe zu schaffen, nimmt zu, denn die Zahl der Pflegebedürftigen wächst, während das Angebot an Fachkräften überschaubar ist, um es vorsichtig zu sagen. Die Botschaften aus der vergangenen Woche betrafen die enormen Preissteigerungen, von denen auch Pflegehaushalte betroffen sind. Der Sozialverband VdK veröffentlichte eine Umfrage zur häuslichen Pflege, wonach die Befragten sich mehr Entlastung wünschen, viele Leistungen aber gar nicht in Anspruch nehmen. Als Grund nannte der VdK nicht ausreichende Kapazitäten professioneller Pflegeanbieter und Angst vor hohen Zuzahlungen. VdK-Präsidentin Verena Bentele forderte ein einheitliches Pflegebudget und warnte: „Die häusliche Pflege ist am Limit.“ Auch die Präsidentin des Deutschen Pflegeverbands (DPR), Christine Vogler, meldete sich zu Wort und warf der Koalition vor, die Versprechungen aus dem Koalitionsvertrag nicht oder nur zögerlich umzusetzen. Vogler machte ihrem Ärger Luft und erklärte: „Ein Bundesgesundheitsminister, der offensichtlich nur Pandemie kann, schadet der pflegerischen Versorgung nachhaltig.“

Passend zum „Tag der Pflegenden“ berieten die Fachpolitiker vergangene Woche über mögliche Reformen in der Pflege. In der Aussprache ging es konkret um zwei Anträge der Linksfraktion für eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Langzeitpflege (20/1729) sowie für die zeitnahe Einführung der Pflegepersonalregelung 2.0, kurz PPR 2.0 (20/1731).

Stress im Job Ates Gürpınar (Linke) sprach von teilweise unmenschlichen Arbeitsbedingungen. Viele Pflegekräfte machten sich trotz eines übermenschlichen Einsatzes Vorwürfe. Die Fehler lägen aber nicht bei den Fachkräften, sondern im System. Er forderte grundlegende Änderungen und zeigte sich überzeugt, dass viele Pfleger, die den Beruf verlassen hätten, wieder zurückkommen würden, wenn der Stress nicht mehr so groß wäre. Martin Sichert (AfD) kritisierte, viele Pflegekräfte wendeten mehr als die Hälfte der Arbeitszeit für Bürokratie auf. „Wenn wir den Beruf attraktiv machen wollen, müssen wir Bürokratie abbauen.“ In der Pflege würden dringend bessere Arbeitsbedingungen gebraucht. Zudem müsse die einrichtungsbezogene Impfpflicht sofort aufgehoben werden. Wie mehrere andere Redner auch, würdigte Andreas Philippi (SPD) die Leistungsbe-

reitschaft der Pfleger in Krankenhäusern, Pflegeheimen und in der häuslichen Pflege. Er erinnerte daran, dass es um die Arbeitsbedingungen von fast zwei Millionen professionellen Pflegenden in Deutschland gehe. Auch Philippi erwähnte den enormen Dokumentationsaufwand sowie die Herausforderungen durch die reformierte Fachausbildung. Er betonte, professionelle und ehrenamtliche Pflegenden sowie pflegende Angehörige seien „systemrelevant“.

Kirchen gewürdigt Mehrere Abgeordnete würdigten die herausragende Rolle der großen Kirchen in der Sozial- und Pflegearbeit und wandten sich entschieden gegen den Eindruck, dass die Kirchen versuchten, die Löhne zu drücken. In dem einen Antrag der Linksfraktion heißt es, mit dem Pflege-löhneverbesserungsgesetz sei versucht worden, per Tarifvertrag eingeführte Mindeststandards nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz über eine Rechtsverordnung für allgemeinverbindlich zu erklären. Dies sei wegen der Sonderstellung der Kirchen fehlgeschlagen. Die Abgeordneten fordern in dem Antrag, das faktische Vetorecht der kirchlichen Arbeitgeber abzuschaffen. Diana Stöcker (CDU) sprach von einer Verdrehung der Tatsachen und betonte, kirchliche Arbeitgeber hätten immer schon eine große Tarifbindung gezeigt und verhindert

ten nicht, dass gut bezahlt werde. Die Kirchen hätten ein gutes Lohnniveau, dies sei ein Bollwerk gegen Niedriglöhne. Wünschenswert wäre, wenn alle Arbeitgeber in der Pflege dieses Niveau zahlen würden. Es sei im Übrigen schon lange nicht mehr die Vergütung, die zur Abwanderung in der Pflege führe. Wichtiger seien die Arbeitsbedingungen und eine verbindliche Personalbemessung in der Pflege. Es gehe um Zeitdruck, Bürokratisierung und mangelnde Wertschätzung in dem Beruf. Kordula Schulz-Asche (Grüne) betonte, die Pflegekräfte hätten schon vor der Coronapandemie Herausragendes geleistet. „Wir alle sind ihnen nicht nur Dank schuldig, sondern auch weitergehende Reformen.“ Wichtig sei die Aufwertung der professionellen Pflege. „Wir brauchen mehr Menschen, die bereit sind, in diesen Beruf zu gehen.“ Pflegenden müssten eigenverantwortlich arbeiten dürfen und in Entscheidungsgremien angemessen vertreten sein. Auch Nicole Westig (FDP) sagte, die Politik stehe in der Pflicht, die Arbeitsbedingungen nachhaltig zu verbessern und nannte als Beispiel die zügige Einführung der PPR 2.0. Sie räumte ein, die jetzigen Personaluntergrenzen seien ungeeignet, sie zeigten nur an, ab wann es kritisch werde. Es dürfe nicht mehr an den Pflegenden vorbei geplant werden. **Claus Peter Kosfeld** ||

Anzeige



Deutscher Bundestag

Ausschreibung Wissenschaftspreis 2023

Der Deutsche Bundestag lädt ein, sich um den Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestages zu bewerben, der 2023 vergeben wird.

Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert.

Ausgezeichnet werden wissenschaftliche Arbeiten, die zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen und zum vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen.

Bewerbungsschluss: 15. Juli 2022
Teilnahmebedingungen unter <http://www.bundestag.de/wissenschaftspreis>

Deutscher Bundestag
Fachbereich WD 1
Wissenschaftspreis
Platz der Republik 1
11011 Berlin



Mail: wissenschaftspreis@bundestag.de
Telefon: +49 30 227-38630

Es ist ein trauriger Rekordwert, den die vergangene Woche vorgestellte Statistik der politisch motivierten Kriminalität (PMK) für das Jahr 2021 ausweist: Mehr als 55.000 solcher Straftaten bedeuten einen Anstieg um mehr als 23 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und den höchsten Stand seit Einführung der Statistik im Jahr 2001. Auf die politisch rechts motivierte Kriminalität entfielen 21.964 Delikte und auf die links motivierte 10.113, während im Phänomenbereich „ausländische Ideologie“ 1.153 und bei „religiöse Ideologie“ 479 Fälle registriert wurden. Keinem dieser vier Bereiche konnten 21.339 PMK-Delikte zugeordnet werden, fast 150 Prozent mehr als im Jahr 2020. Davon wurden 7.142 Straftaten im Zusammenhang mit der Pandemie erfasst und 7.298 im Kontext mit Wahlen. Zahlen, die im Bundestag am Freitag den Hintergrund einer kontroversen Debatte über die Extremismus-Bekämpfung in Deutschland bildeten. Während Union und AfD Versäumnisse im Kampf gegen den Linksextremismus beklagten und Die Linke eine ihrer Ansicht nach falsche Einordnung von in ihren Augen rechts motivierten Straftaten monierte, wiesen Vertreter der Ampel-Koalition die Oppositionskritik entschieden zurück.

Disput um Befugnisse Alexander Throm (CDU) begrüßte in der ersten Aussprache über einen Antrag seiner Fraktion mit dem Titel „Für eine wehrhafte Demokratie – Gegenüber jeglicher Art von Extremismus“ (20/1725) den Zehn-Punkte-Plan gegen Rechtsextremismus von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). Zugleich hielt er ihr vor, seit ihrem Amtsantritt nahezu nichts zu den Bereichen Linksextremismus oder islamistischer Terrorismus gesagt zu haben und diese Gefahren zu vernachlässigen. Man müsse alle Extremismus-Bereiche berücksichtigen und die Sicherheitsbehörden technisch „aufrüsten“ sagte Throm, der für weitere Befugnisse für Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt plädierte. Uli Grötsch (SPD) entgegnete, dass die Koalition gegen alle Feinde der Demokratie kämpfe. Die aktuelle PMK-Statistik zeige indes, dass es 2021 doppelt so viele rechte Straftaten gegeben habe wie linke, ausländische und islamistische Delikte zusammen. Von den Straftaten in der Kategorie „nicht zuzuordnen“ stehe ein großer Teil im Zusammenhang mit der Coronaleugner-Szene, die völkisches, antisemitisches und rechtsextremes Gedankengut pflege. Daher sei die Gefahr von rechts noch größer, als die PMK-Statistik derzeit abbilde.

Steffen Janich (AfD) sagte, dass die politisch rechts motivierten Straftaten 2021 im Vergleich zum Vorjahr um rund 1.600 Fälle zurückgegangen seien und die politisch links motivierten Delikte um 800 Fälle. Bei Gewaltdelikten habe es mehr von Linksextremisten begangene Taten gegeben, als von Rechtsextremisten verübt. Wenn die Union heute befürchte, dass unter Faeser der Kampf gegen Islamismus und Linksextremismus in den Hintergrund trete, verweise er darauf, dass die AfD bereits in der vergangenen Wahlperiode etwa die „Prüfung von Verbotsverfahren gegen Antifa-Banden“ und das Verbot islamistischer Moscheevereine in Deutschland gefordert habe. Nicht gebraucht würden indes weitere Befugnisse für den Verfassungsschutz.

Konstantin von Notz (Grüne) konstatierte, dass die freiheitlich-demokratische Grundordnung derzeit „massiv bedroht“ werde. Diese Bedrohungen verlangten nach modernen, differenzierten und vor allem verfassungskonformen Antworten. Davon finde sich im CDU/CSU-Antrag jedoch nur wenig. Dabei werde die Sicherheit vieler Menschen im Land vor allem von rechts gefährdet. Man müsse aber „überall hingun-



Demonstration gegen die staatliche Corona-Politik im April 2021 in Berlin. Die Zahl politisch motivierter Delikte im Kontext der Pandemie stieg vergangenes Jahr um fast 160 Prozent auf insgesamt gut 9.200.

cken, wo es gefährlich ist, und das tun wir“, unterstrich Notz. Martina Renner (Linke) betonte, bei der Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaat geht es um den Schutz von Leib und Leben aller Menschen im Lande. Vor dem Hintergrund der Anschläge der vergangenen Jahre bedeute dies vor allem, „dass wir gegen Rassisten, Antisemiten und Neonazis kämpfen müssen, und das gemeinsam“. Die CDU/CSU sei jedoch in den zurückliegenden 16 Jahren bei der Bekämpfung von rassistischer Gewalt und rechtem Terror „fulminant gescheitert“. An die Bundesregierung gerichtet, warf Renner die Frage auf, wie Gefahrenanalyse gelingen solle, wenn in der PMK-Statistik mehr als 21.000 Straftaten als „nicht zuzuordnen“ eingestuft würden. Hier müsse die Bundesregierung handeln und diese „falsche und irreführende Einordnung offensichtlich rechter Gewalt- und Straftaten“ ändern. Linda Teuteberg (FDP) erwiderte, wenn es neue und schwer einzuschätzende Phänomene gebe, sei es besser, dies in der Kriminalitätsstatistik offen zu kommunizieren, als diese Phänomene vorschnell „in alte

Schubladen zu packen“. Auch brauche man kein „Ranking“, welche Art von Extremismus die größere Bedrohung sei, sondern einen „Rundum-Blick“ und das Eintreten des Rechtsstaates gegen jeglichen Extremismus. Besonders beschämen und besorgen müsse die ebenfalls auf einem Höchststand befindliche Zahl antisemitischer Taten. Sie stieg laut PMK-Statistik um 29 Prozent auf 3.027 Delikte.

»Treueerklärung« In ihrem Antrag fordert die CDU/CSU-Fraktion die Bundesregierung auf, neben einer Fortsetzung der Bekämpfung des Rechtsextremismus auch Aktionspläne gegen islamistischen Terrorismus und politischen Islamismus sowie gegen Linksextremismus vorzulegen. Auch dringt die Fraktion unter anderem darauf, generell mittels einer „Demokratietreueerklärung in Förderbescheiden“ dafür zu sorgen, dass staatliches Geld nur an Träger von Präventionsprojekten gehen, die sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen sowie eine „den Zielen des Grundgesetzes förderliche Tätigkeit gewährleisten“. Helmut Stoltenberg

Trauriger Höchststand

INNERES I Streit über die Extremismus-Bekämpfung bei einer Rekordzahl politisch motivierter Straftaten

Kein »Strafrabatt«

RECHT Union will Maßregelvollzug einschränken

Die Union dringt auf eine Beschränkung der Unterbringung verurteilter Straftäter in Entziehungsanstalten im sogenannten Maßregelvollzug. Damit soll einerseits der steigenden Zahl von Patienten Einhalt geboten und andererseits verhindert werden, dass Angeklagte eine Unterbringung in einer Entziehungsanstalt anstreben, um einen „Strafrabatt“ zu erhalten. Ziel müsse sein, nur jene unterzubringen, „die aufgrund ihres übermäßigen Rauschmittelkonsums und der daraus resultierenden Gefahr, erhebliche rechtswidrige Taten zu begehen, tatsächlich der Behandlung in einer solchen Einrichtung bedürfen“, heißt es in einem Gesetzentwurf der Fraktion (20/1723), über den der Bundestag vergangene Woche in erster Lesung beriet.

Dazu will die Fraktion den entsprechenden Paragraphen 64 des Strafgesetzbuches enger fassen. Künftig soll für die Anordnung der Maßregel bei dem Täter eine „Substanzkonsumstörung“ vorliegen, die in einem engeren kausalen Zusammenhang zu Tat steht. Aktuell reicht ein nicht näher definierter Hang zum Konsum. Zudem müsse der Erfolg der Therapie in der Entziehungsanstalt „aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte zu erwarten“ sein. Die Aussetzung der Reststrafe zur Bewährung soll ferner grundsätzlich erst nach zwei Drittel der Strafreizeit möglich sein; aktuell kann das schon zur Hälfte der Strafreizeit erfolgen.

Mit dem Entwurf erhöht die Fraktion den Druck auf Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP). Nachdem eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe im November 2021 einen Bericht zu dem Thema vorgelegt hat-

te, kündigte Buschmann an, zeitnah einen Gesetzentwurf vorzulegen. Nun kommt die Union ihm zuvor – und übernimmt die Vorschläge des Berichtes fast eins zu eins. In der Debatte betonte Axel Müller (CDU), ein wesentliches Indiz für das Bestehen dieser Fehlzanreize sei, „dass mittlerweile zwei Drittel der im Maßregelvollzug befindlichen Personen bei der Begehung ihrer Tat voll schuldhaftig waren“. Da der Maßregelvollzug aus allen Nähten platze, müssten gefährliche Straftäter, die auf einen Therapieplatz warteten und vor denen die Allgemeinheit eigentlich geschützt werden müsste, auf freien Fuß gesetzt werden, beklagte Müller mit Verweis auf solche Fälle in Baden-Württemberg.

Reform angekündigt Handlungsbedarf sahen auch die übrigen Fraktionen. Johannes Fechner (SPD) betonte die Bedeutung des Maßregelvollzuges. „Wir geben Straftäter durch den Maßregelvollzug eine Chance, sich zu bessern.“ Die Koalition wolle die genannten Probleme ebenfalls angehen, die Vorschläge der Arbeitsgruppe seien dafür eine „sehr gute Diskussionsgrundlage“. Ähnlich äußerten sich Stephan Thomae (FDP) und Canan Bayram (Grüne). Bayram warb zudem für ein „Gesamtkonzept, bei dem Prävention und Resozialisierung im Fokus stehen“. In eine ähnliche Richtung argumentierte Ates Güpüran (Linke), der zudem Reformen in der Drogen- und Suchtpolitik forderte. Thomas Seitz (AfD) stellte sich hinter die Vorschläge der Bund-Länder-Arbeitsgruppe. Deren Einsetzung sei überfällig gewesen. scr

Hart ans Geld gehen

INNERES II Disput um Bekämpfung von »Clankriminalität«

Vertreter der Ampel-Koalition und der Opposition haben im Bundestag die Notwendigkeit eines entschlossenen Vorgehens gegen sogenannte „Clankriminalität“ betont. Zugleich wiesen SPD, Grüne und FDP wie auch die Union vergangene Woche in der Debatte über einen entsprechenden Antrag der AfD-Fraktion deren Vorwurf der Tatenlosigkeit in diesem Bereich zurück.

In ihrem Antrag (20/1743) fordert die AfD die Bundesregierung auf, „alle rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen oder zu schärfen, um die Clankriminalität wirksam bekämpfen zu können“. Unter anderem dringt die Fraktion darauf, kriminellen Clan-Gruppierungen mit einer „Null-Toleranz-Politik“ zu begegnen, den allgemeinen Ermittlungsdruck zu erhöhen sowie alle geschäftlichen und privaten Aktivitäten der Clanmitglieder zu durchleuchten, um jegliche Rechtsverstöße ahnden zu können. Bernd Baumann (AfD) sagte, allein in Nordrhein-Westfalen habe das Landeskriminalamt 2019 rund 100 Clanfamilien mit bis dahin 14.000 zum Teil schwersten Straftaten identifiziert. Heute seien es bereits 32.000. Dies müsse „konsequent bekämpft werden, und das haben Sie über Jahre nicht gemacht – auch in diesem Haus nicht“, fügte Baumann hinzu.

Vermögensabschöpfung Carlos Kasper (SPD) entgegnete, die Koalition sei sich der Aufgabe bewusst, im Kampf gegen organisierte Kriminalität allgemein stärker zu werden. Gerade bei der Bekämpfung von Finanzdelikten wie Geldwäsche, Sozialversicherungs- und Umsatzsteuerbetrug müsse man besser werden. Daher bringe die Ko-

alition noch vor der Sommerpause ein „echtes“ Transparenzregister auf den Weg. Auch lasse man nicht länger zu, dass Immobilien in bar gekauft werden können, und führe zudem eine Bargeldobergrenze ein. Ferner werde der Zoll gestärkt. Marcel Emmerich (Grüne) sagte, dass das organisierte Verbrechen am wirkungsvollsten bekämpft werde, „indem man hart an die Gelder und Vermögenswerte herangeht“ und mit erprobten und koordinierten Maßnahmen aktiv sei. „Das ist das, was wir machen“, fügte er hinzu.

Manuel Höferlin (FDP) ergänzte, die Koalition mache die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität einschließlich der Clankriminalität zu einem Schwerpunkt der Sicherheitsbehörden und verstärkte die rechtlichen Möglichkeiten zur Abschöpfung von Vermögen.

Moritz Oppelt (CDU) betonte, um die Bundesländer bei der Bekämpfung der Clankriminalität zu unterstützen, habe die unionsgeführte Bundesregierung 2017 mit dem Gesetz zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung die notwendigen Rechtsgrundlagen dafür geschaffen. Er erwarte von der aktuellen Bundesregierung, diesen Weg konsequent weiterzugehen.

Auch Martina Renner (Linke) unterstrich, dass die Strukturen der Organisierten Kriminalität besser bekämpft werden müssten als in der Vergangenheit. Der AfD gehe es jedoch bei diesem Thema ausschließlich darum, die „erstbeste rassistische Abzweigung“ zu nehmen: „Sie wollen alle Menschen mit Migrationsgeschichte in rassistische Sippenhaft nehmen“, kritisierte Renner. sto

Auf der Suche nach dem rechten Maß

ALT-KANZLER Parlament debattiert über die Amtsausstattung ehemaliger Regierungschefs

Büro, Mitarbeiter, Dienstwagen, Personenschutz. Wenn ein Bundeskanzler oder eine Bundeskanzlerin aus dem Amt scheidet, bleiben Aufgaben, für die ein Apparat vorzuziehen ist – Schirmherrschaften etwa, Bürgeranfragen, Repräsentation des Staates. Zwischen den Fraktionen war dies nicht umstritten, als der Bundestag in der vergangenen Woche darüber debattierte. Auch nicht, dass es Regelungen zu Umfang und Dauer einer solchen Ausstattung geben müsse. Krass gegensätzlich fielen indes im Parlament die Sichtweisen auf die Thematik aus. Die einen nahmen die Langzeit-Kanzlerin Angela Merkel (CDU) ins Visier, die anderen ihren Amtsvorgänger Gerhard Schröder (SPD).

Reformbedarf Die Bundeskanzlerin a. D. habe nach ihrem Ausscheiden gleich „ein kleines Bundeskanzleramt mit nach Hause genommen“, befand Stephan Brandner (AfD). Er befürchte mit solchen Sätzen die Beschäftigung mit einem Gesetzentwurf seiner Fraktion (20/1540) „über die Amtsausstattung des Bundeskanzlers nach Beendigung seiner Amtszeit“. Während Merksls Vorgänger Schmidt, Kohl und Schröder mit sechs Mitarbeitern auskommen seien, wolle die Bundeskanzlerin a. D. neun Mitarbeiter beschäftigen, kri-

tisierte Brandner. Dies führe zu Kosten von 1,5 Millionen Euro jährlich. Der Gesetzentwurf der AfD sehe eine Begrenzung der Amtsausstattung auf vier Jahre vor, dazu drei Mitarbeiter, ein Fahrzeug und ein Fahrer.

Philipp Amthor (CDU) beanstandete, dass Brandner nur über die Amtsausstattung der früheren Bundeskanzlerin geredet habe. Die fröhliche AfD wohl für ihr Merkel-Bashing. Merksls Amtsausstattung stufte Amthor als angemessen ein. Auch er stellte indes fest, dass es „jenseits von Angela Merkel“ Reformbedarf bei der Amtsausstattung ehemaliger Bundeskanzler gebe. Der Fokus der Diskussion über den Gesetzentwurf müsse aber auf Schröder liegen. Amthor hielt der SPD-Fraktion vor, sich vor dieser Debatte zu drücken. Sebastian Hartmann (SPD) hatte wie Stephan Thomae (FDP) und Christian Haase (CDU) seinen Redebeitrag nur zu Protokoll gegeben.

Bruno Hönel (Grüne) sagte, dass ehemalige Regierungschefs nach ihrer Amtszeit „natürlich immer noch ein Stück weit un-

terrepräsentieren“. Man sei sich im Hause einig, dass sie dafür eine angemessene Amtsausstattung brauchen. Mit ihrem Gesetzentwurf kopiere die AfD indes nur, was längst unter den demokratischen Parteien diskutiert werde. Die Debatte darüber sei durch die „indiskutablen und unsäglichen Verwicklungen des Altkanzlers Schröder mit russischen Energiekonzernen und dem Kriegsverbrecher Wladimir Putin“ befördert worden.

André Hahn (Linke) merkte an, dass frühere Spitzenpolitiker nach dem Ausscheiden aus ihrem Amt bestimmte Aufgaben wahrnehmen können müssten. Dafür bekämen sie Büros, Personal und Dienstwagen, doch sei die Frage, was das rechte Maß sei. Die ansonsten so bescheiden wirkende Merkel verfüge über eine Amtsausstattung, die kaum noch nachvollziehbar sei. Er wolle keine Neiddebatte führen. Aber ein wenig Bescheidenheit wäre angezeigt in einer Zeit, in der Menschen unter Existenznot litten und Altersarmut sowie Zukunftssorgen zunähmen. Franz Ludwig Averdunk

»Merksls Büroausstattung ist kaum nachvollziehbar.«

André Hahn
(Die Linke)

KOMPAKT

Politisch motivierte Kriminalität

> Anstieg Die Zahl politisch motivierter Straftaten ist 2021 um mehr als 23 Prozent auf 55.048 Delikte und damit auf dem höchsten Stand seit 2001 gestiegen. Die Zahl politisch motivierter Gewalttaten stieg laut Bundesinnenministerium (BMI) um 16 Prozent auf 3.889 Delikte.

> Nicht zuzuordnen Besonders stark stieg den Angaben zufolge die Zahl solcher Delikte, die nicht den klassischen Bereichen der politisch rechts oder links motivierten Kriminalität zuzuordnen sind und etwa im Zusammenhang mit der Pandemie oder Wahlen standen.

> Rückgang Die meisten Taten waren auch 2021 rechts motivierte Delikte, wenngleich die Fallzahlen hier um rund sieben Prozent auf 21.964 sanken. Die Zahl links motivierter Delikte sank um rund acht Prozent auf 10.113 Straftaten.

Rüstungssondervermögen umstritten

VERTEIDIGUNG Staatsrechtler zeigen sich in Anhörung uneins über Grundgesetzänderung

100 Milliarden für die Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit will die Ampel-Koalition in einem Sondervermögen vor allem – aber eben nicht nur – der Bundeswehr zur Verfügung stellen. Das hatte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) in seiner Zeitenwende-Rede Ende Februar erklärt. Doch ob das Prestige-Projekt der noch jungen Bundesregierung tatsächlich Realität wird, blieb vergangene Woche ungewiss. Die Ampel braucht die Union für die angestrebte Grundgesetzänderung, doch die zögert bisher. Der Haushaltsausschuss will diese Woche über die Entwürfe entscheiden, könnte sich aber auch vertagen. Vergangene Woche waren zunächst Sachverständige an der Reihe: Ist das geplante „Sondervermögen Bundeswehr“ von hundert Milliarden Euro der richtige Weg zur besseren Einsatzfähigkeit der deutschen Streitkräfte? Darüber, vor allem aber über die konkrete Ausgestaltung des Vorhabens gab es in einer Anhörung im Haushaltsausschuss unterschiedliche Ansichten zu hören. Unter den anwesenden Staatsrechtlern war insbesondere die im Regierungsentwurf (20/1409, 20/1410) vorgesehene Verfassungsänderung strittig, die das Sondervermögen von der Schuldenbremsregelung freistellen soll. Joachim Wieland von der

Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer lehnte diese ab. Der Angriffskrieg Russlands habe zu einer „außergewöhnlichen Notsituation“ geführt, „die sich der Kontrolle des Staates entzieht“, und genau dafür enthalte die Schuldenbremse eine Ausnahmeregelung. Dem hielt Christian Waldhoff von der Berliner Humboldt-Universität entgegen, sowohl der Zustand der Bundeswehr seit seit Jahren bekannt als auch das „seit langem völkerrechtswidrige Verhalten von Putin-Russland“. Deshalb greife die Ausnahmebestimmung für unvorhersehbare Notfälle hier nicht.

Haushaltsgrundsätze Gegen das Sondervermögen wandte sich Dirk Meyer von der Hamburger Bundeswehr-Universität. Es verstoße gegen die Haushaltsgrundsätze der Einheitlichkeit, Klarheit und Jährlichkeit. Eine Alternative sei die Finanzierung aus dem Kernhaushalt bei Einsparungen an anderer Stelle und gegebenenfalls einem „Solidaritätsbeitrag Landesverteidigung“ als zeitlich befristeter Sondersteuer. Eine dauerhafte Aufstockung des Verteidigungshaushaltes sei auch wegen der Folgekosten durch Betrieb und Unterhalt der neu angeschafften Rüstungsgüter „einem einmaligen Sondervermögen vorzuziehen“.

Auf diese Folgekosten wiesen auch andere Sachverständige hin und plädierten für eine zusätzliche Aufstockung des regulären Verteidigungsetats.

Strittig war auch, ob im Gesetz oder sogar im Grundgesetz festgeschrieben werden soll, dass der Fonds ausschließlich zur Beschaffung von militärischem Großgerät dienen sollte. Julia Berghofer vom Londoner European Leadership Network wandte sich dagegen und forderte, mit dem Geld auch Fähigkeitslücken etwa im Bereich der Cybersicherheit zu schließen. Ziel müsse zudem sein, innerhalb der Nato und der EU Waffensysteme zu harmonisieren beziehungsweise gebündelt zu beschaffen. Dagegen argumentierte Christian Mölling, Forschungsdirektor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, dass die hundert Milliarden Euro lediglich für die Finanzierung der großen Rüstungsprojekte ausreichen. Deshalb solle man „die Vermischung mit Zielen wie etwa die Ertüchtigung von Partnern“ vermeiden.

Völlig gegen das Sondervermögen war nur Ingar Solty von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die der Partei Die Linke nahesteht. Er bemängelte, dass der vom Bundeskanzler verkündeten „Zeitenwende“ keine breite gesellschaftliche Diskussion vorausgegangen sei. Peter Stützel

Die Kontroverse beginnt schon bei den Begrifflichkeiten: Während es die einen als „sachliche Information“ ansehen, wenn Ärztinnen und Ärzte zum Beispiel auf ihrer Webseite darüber informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen und mit welchen Methoden, bezeichnen andere dies bereits als „Werbung“. Und aktuell sehen auch die Gerichte das Informieren über das Ob und das Wie des Schwangerschaftsabbruches durch Ärztinnen und Ärzte als „Werbung“ im Sinne des Strafgesetzbuches an und fällen entsprechende Urteile. Das soll sich nun ändern: Die Koalition will den Paragraphen 219a des Strafgesetzbuches (StGB) aufheben. Der Bundestag debattierte am Freitag in erster Lesung über einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (siehe Text unten). Eingeführt wurde der Vorgänger des 219a als Paragraph 220 des Reichsstrafgesetzbuchs nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Mai 1933 nach Diskussionen in der Weimarer Republik und im Kaiserreich.

Ins Rollen gekommen war die Debatte um 219a vor fast fünf Jahren, nachdem die in Gießen praktizierende Frauenärztin Kristina Hänel mehrmals von Abtreibungsgegnern wegen des Verstoßes gegen den Paragraphen angezeigt worden war. Hänel wurde wiederholt zu Geldstrafen verurteilt, stritt sich durch verschiedene Instanzen und legte schließlich im Februar 2021 Verfassungsbeschwerden gegen das Urteil gegen sie und den Paragraphen 219a ein. Hänel hatte auf der Homepage ihrer Praxis ein Dokument mit allgemeinen Informationen zur Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs und den zur Verfügung stehenden Methoden bereitgestellt. Nach mehreren Verurteilungen deswegen nahm sie das Dokument schließlich von der Seite. Inzwischen klagt sie vor dem Bundesverfassungsgericht.

Dabei hatte die vorherige Große Koalition aufgrund der Debatte um Hänel und andere betroffene Kolleginnen und Kollegen den Paragraphen 219a Ende Februar 2019 reformiert. Der Paragraph wurde in dem neuen Absatz 4 um einen Ausnahmetatbestand ergänzt. Danach dürfen Ärztinnen und Ärzte, Krankenhäuser und Einrichtungen zu künftig ohne Risiko der Strafverfolgung darüber informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Hänel wurde allerdings erneut verurteilt. Zudem eingeführt wurde 2019 eine von der Bundesärztekammer verwaltete Liste mit Ärztinnen und Ärzten sowie Krankenhäusern und Einrichtungen, die den Eingriff vornehmen. An der Liste gab es jedoch bereits bei der Einführung Kritik, da befürchtet wurde, dass sich Medizinerinnen, Mediziner oder Kliniken gegen eine Eintragung entscheiden können, da sie fürchten, als „Abtreibungsklinik“ oder „Abtreibungsarzt“ in Verruf zu geraten.

Abtreibungsverbot Die Entscheidung zu 219a ist jedoch nur ein Teil der breiten gesellschaftlichen Debatte, die seit den 1970er Jahren zum Thema Schwangerschaftsabbrüche immer wieder geführt wird. Von der Forderung, Abtreibungen zu legalisieren bis hin zu ihrem absoluten Verbot sind alle Positionen vertreten. Grundsätzlich ist der Schwangerschaftsabbruch nach Paragraph 218 StGB strafbar. Schwangerschaftsabbrüche, die aufgrund einer medizinischen Indikation oder nach einer Vergewaltigung vorgenommen werden, sind „nicht rechtswidrig“. Straffrei bleibt ein Schwangerschaftsabbruch innerhalb der ersten zwölf Schwangerschaftswochen, wenn die ungewollt schwangere Frau sich vorher in speziellen Beratungsstellen beraten lässt. Dies trifft auf rund 96 Prozent der jährlichen Schwangerschaftsabbrüche zu.

Wenn Informationen strafbar sind

SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH Regierung will Rechtssicherheit schaffen



Im November 2020 treffen in München fundamental-christliche Abtreibungsgegner (hinten) auf feministische Aktivistinnen.

© picture-alliance/ZUMAPRESS.com/Sachelle Babbar

zu. Diese sogenannte Beratungsregelung geht zurück auf zahlreiche, jahrzehntelange, teils erbittert geführte politische und juristische Debatten und ist maßgeblich durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts geprägt. Auch dieses rechtlich hochkomplexe Gebilde will die Koalition angehen, wenn auch erstmal mit einem Prüfauftrag: Im Koalitionsvertrag ist festgehalten, dass es eine „Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin“ geben soll, die nach einer Regelung für den Schwangerschaftsabbruch außerhalb des

Strafgesetzbuches suchen soll. Zudem wollen SPD, Grüne und FDP die Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten verbessern, die Kostenübernahme für Schwangerschaftsabbrüche neu regeln und dafür sorgen, dass ungewollt schwangere Frauen bundesweit eine Anlaufstelle für einen Schwangerschaftsabbruch finden können.

Unzureichende Ausbildung? Aus den Reihen der dem Thema Abtreibung gegenüber liberaler eingestellten Medizinerinnen und Mediziner kommt seit Jahren die Forderung, die Ausbildung von Frauenärztinnen

und -ärzten müsse reformiert werden. Denn in der Fachausbildung der Gynäkologie sei das Erlernen von Schwangerschaftsabbrüchen nicht explizit vorgesehen. Das sehen allerdings nicht alle Fachleute so. Der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe (DGGG), Anton J. Scharl, befand in einem Fachartikel, dass „technisch kein Unterschied in der Entleerung eines Uterus bei gestörter und bei intakter Frühschwangerschaft“ bestehe. Dies sei seit Jahrzehnten Weiterbildungsinhalt von Frauenärztinnen und Frauenärzten. Scharl meint damit,

dass die Medizinerinnen und Mediziner lernen, einen medizinisch notwendigen Abbruch einzuleiten. Es bestehe, rein was den Ablauf der Behandlung angeht, kein Unterschied zwischen diesem Eingriff und dem Beenden einer Schwangerschaft. Kritikerinnen und Kritiker des aktuellen Ausbildungsplanes sehen das anders. Sie fordern eine differenziertere Auseinandersetzung mit dem Thema in Medizinstudium und Facharztausbildung – auch was die moralischen Implikationen angeht. Die Aktiven von „Doctors for Choice“ beispielsweise setzen sich für eine bessere Aus-

und Fortbildung von Gynäkologinnen und Gynäkologen ein. Sie fordern außerdem die Übernahme der Kosten für Verhütungsmittel und für einen Schwangerschaftsabbruch durch die gesetzlichen Krankenkassen, um einen gleichberechtigten Zugang für alle Frauen zu gewährleisten.

Kategorisch gegen Abtreibungen Die Positionen von Kritikern und Befürworterinnen der Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen finden sich in allen gesellschaftlichen und politischen Schichten. In der Debatte der vergangenen Jahre haben aber besonders vehemente Abtreibungsgegnerinnen und Abtreibungsgegner viel Aufmerksamkeit erlangt. Meist in fundamentalistisch-christlichen Gruppen organisiert, gehen sie systematisch gegen Ärztinnen und Ärzte vor oder bedrängen Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch in Erwägung ziehen. Die Anzeigen gegen Hänel, aber auch gegen viele andere Gynäkologinnen und Gynäkologen in ganz Deutschland gehen zum allergrößten Teil auf zwei sehr aktive Männer zurück, einer von ihnen, der unter dem Pseudonym „Markus Krause“ auftritt, bezeichnete die Verfolgung der Ärztinnen sogar als sein „Hobby“.

Mit „Gehsteigprotesten“ positionieren sich Abtreibungsgegnerinnen und -gegner vor Beratungsstellen und konfrontieren die Frauen, die eine Beratung besuchen wollen, mit Fotos von Babys und anklagenden Forderungen nach dem unbedingten Schutz des ungeborenen Lebens. Die Proteste werden oft von christlichen Gebeten und Gesängen begleitet.

In Frankfurt am Main, wo die bekannteste Beratungsorganisation Pro Familia ihren Hauptsitz hat, waren die Proteste zum Teil besonders massiv. Immer wieder gab es Klagen von Ratsuchenden und Beratenden, die sich vom Auftreten der Abtreibungsgegner extrem unter Druck gesetzt und diffamiert fühlten. Die Stadt Frankfurt verfügte daraufhin, dass die sogenannten Mahnwachen während der Öffnungszeiten der Beratungsstelle nur noch außer Sicht- und Rufweite der Filiale stattfinden dürfen. Doch Ende 2021 hob das Verwaltungsgericht Frankfurt diese Einschränkung nach einer Klage der Protestierenden auf. Die Zusammenkunft falle unzweifelhaft unter das die Versammlungsfreiheit schützende Grundrecht aus Artikel 8 Grundgesetz, so das Gericht.

Bei Pro Familia kann man momentan noch keine verstärkte Aufmerksamkeit für die aktuelle Debatte über 219a feststellen. Die Proteste religiöser Gruppen seien im Herbst und Frühjahr besonders präsent, nach Ostern habe das etwas nachgelassen, sagte eine Pro-Familia-Sprecherin. Es mache zwar mehr Arbeit, aber die Beraterinnen fänden auch trotz der Mahnwachen Wege, den Ratsuchenden zu helfen, so die Sprecherin weiter.

Elena Müller |

WORTLAUT

§ 219a StGB Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft

„Wer öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten eines Inhalts (§ 11 Absatz 3) seines Vermögensvorteils wegen oder in grob anstößiger Weise eigene oder fremde Dienste zur Vornahme oder Förderung eines Schwangerschaftsabbruchs oder Mittel, Gegenstände oder Verfahren, die zum Abbruch der Schwangerschaft geeignet sind, unter Hinweis auf diese Eignung anbietet, ankündigt, anpreist oder Erklärungen solchen Inhalts bekanntgibt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“

Zwischen Euphorie und Warnungen

219A Die Koalition will den umstrittenen Paragraphen streichen, die Union schlägt eine Modifizierung vor. Die Linke fordert eine Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen

Das sogenannte Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche in Paragraph 219a Strafgesetzbuch (StGB) steht nach Jahren der Diskussion vor der Aufhebung. Mit einem Gesetzentwurf (20/1635) will die Bundesregierung die Norm streichen, die Werbung für Schwangerschaftsabbrüche soll im Heilmittelwerbegesetz geregelt werden. Urteile auf Grundlage von Paragraph 219a sollen zudem aufgehoben werden.

Während der ersten Lesung des Entwurfs vergangenen Freitag begrüßten Rednerinnen und Redner die Koalition das Vorhaben teils euphorisch. Zudem kündigten sie weitere Schritte mit Blick auf die strafrechtliche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs in Paragraph 218 StGB an. Union und AfD stellten sich gegen das Vorhaben.

»Ungerechtigkeit« Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) nannte den Paragraphen 219a eine Ungerechtigkeit: „Im Internet erlauben wir jedem Verschwörungstheoretiker, jeder Fake-News-Schleuderer jeden Unsinn über Schwangerschaftsabbrüche zu verbreiten, aber qualifizierten Ärztinnen und Ärzten als Hüter der Wissenschaft, der Fakten, der Sachlichkeit, der Aufklärung, denen verbieten wir, sachliche Informationen bereitzustellen. Das ist absurd.“ Scharf widersprach er der Kritik,

dass mit der Aufhebung des Paragraphen das vom Bundesverfassungsgericht vorgegebene Lebensschutzkonzept in Frage gestellt werde, das sich unter anderem in der Beratungsregelung ausdrückt: „Es ist eine juristische, politische und historische Wahrheit, dass Paragraph 218 und Paragraph 219a nicht, aber auch gar nichts miteinander zu tun haben.“ Die Rehabilitierung der Verurteilten habe sich die Koalition nicht leicht gemacht, da es sich um einen Eingriff in die Gewaltenteilung handle. Man wolle aber nicht, dass sich die Betroffenen auf den „Gnadenweg“ zum Bundespräsidenten begeben müssten, sagte der Justizminister. „Dies ist der Moment, in dem uns Frauen ein Stück weit unser Körper zurückgegeben wird. Es ist ein schöner Moment“, freute sich Carmen Wegge von der SPD. Sie verwies darauf, dass der Vorgänger von 219a, der ehemalige 220, ein „Paragraph des NS-Unrechtsregimes“ gewesen sei. Ziel der Regelung sei es gewesen, Frauen durch einen Mangel an Information den Schwangerschaftsabbruch zu erschweren. „Es ist erschreckend, dass es 89 Jahre gedauert hat, bis wir diesen Missstand beheben können“, sagte die Sozialdemokratin. Ebenfalls euphorisch äußerte sich für die Grünen-Fraktion Canan Bayram. „Das ist ein Meilenstein für das Informationsrecht,

für die reproduktive Selbstbestimmung und für die Gesundheit von Frauen“, sagte die Abgeordnete. Die „Fortschrittskoalition“ mache Schluss mit der „unsachlichen Kriminalpolitik der Union und Schluss mit der Bevormundung der Frauen“. Bayram kündigte an, dass die Koalition die medizinische Ausbildung um den Schwanger-

schaftsabbruch ergänzen und die Kostenübernahme regeln wolle. Unterstützung für die Pläne – aber auch Druck, schneller zu handeln – kam von der Linksfraktion. Heidi Reichinnek forderte, auch den Paragraph 218 abzuschaffen und den Schwangerschaftsabbruch zu entkriminalisieren. Die von der Koalition an-

gekündigte Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung solle nicht das Ob, sondern das Wie prüfen, sagte Reichinnek. Diese und andere Forderungen hatte die Fraktion auch in einem Antrag (20/1736) zusammengefasst. Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Bündnis 90/Die Grünen) sprach sich ebenfalls dafür aus, den Schwangerschaftsabbruch außerhalb des Strafgesetzbuches zu regeln. Sie verwies zudem auf die Ziele der angekündigten Kommission: „So wie sich Frauen auf medizinische Leistungen verlassen dürfen, wenn sie sich für ein Kind entschieden, sollen sie künftig auf medizinische Leistungen vertrauen können, wenn sie sich gegen ein Kind entscheiden.“

Schutzpflicht Union und AfD im Bundestag stellen sich hingegen gegen die Aufhebung. Man sei bereit für gezielte Verbesserung, eine Streichung des Paragraphen lehne man aber ab, sagte Nina Warken für die Unionsfraktion. Die Fraktion hatte dazu einen Antrag (20/1017) vorgelegt, in dem vorgeschlagen wird, den Paragraphen im Sinne der Ärzte zu modifizieren. Durch die Aufhebung von 219a werde aber mehr als das ermöglicht, kritisierte Warken, nämlich Werbung in Sozialen Medien, Anzeigen und Plakate, die sich zwar „nicht reiße-

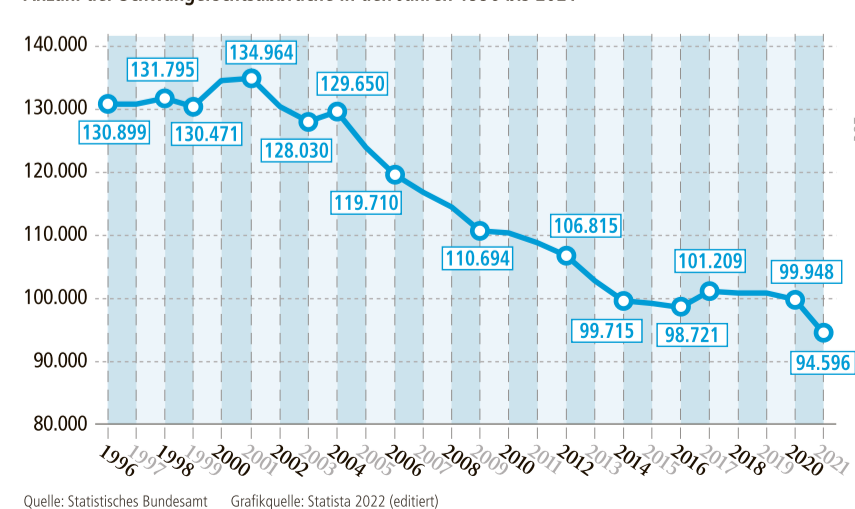
risch, aber aktiv an die Zielgruppe“ richten könnten. Das sei mit der verfassungsrechtlichen gebotenen Schutzpflicht für das Ungeborene nicht vereinbar. Denn: Ein Schwangerschaftsabbruch sei keine normale ärztliche Heilbehandlung. „Er beendet einmaliges, individuelles menschliches Leben – und darf nicht verharmlöst werden“, so die Abgeordnete.

Thomas Seitz (AfD) widersprach der Argumentation der Bundesregierung, dass es ein Informationsdefizit gebe. Die Koalition wolle tatsächlich „das Verbot der Abtreibung in Frage stellen“. Dabei sei das kein normaler medizinischer Eingriff. Zur sexuellen Freiheit gehöre auch, sich eigenverantwortlich vor einer ungewollten Schwangerschaft zu schützen. Aus Gesprächen mit Schülerinnen und Schülern habe er aber erfahren, dass für viele von ihnen „Abtreibung nur nachgelagerte Empfangnisverhütung und eine Selbstverständlichkeit“ sei, behauptete der Abgeordnete. Die Gesellschaft dürfe Abtreibung nicht zu einfach machen, sagte Seitz und forderte eine „Willkommenskultur für Kinder“. An diesem Mittwoch befasst sich der Rechtsausschuss mit dem Vorhaben. Die beiden Anträge und der Gesetzentwurf sind zudem Thema einer öffentlichen Anhörung.

Sören Christian Reimer |

Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland

Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche in den Jahren 1996 bis 2021



Trotz der politisch und militärisch schwierigen Lage im westafrikanischen Mali will die Bundesregierung am deutschen Beitrag für die internationale Stabilisierungsmission Minusma im Norden Landes vorerst festhalten. Die Bundesregierung will die Mandatsobergrenze sogar von 1.100 auf 1.400 Soldatinnen und Soldaten anheben, um bislang von Frankreich übernommene militärische Fähigkeiten auszugleichen, heißt es ihrem Antrag (20/1761), über den der Bundestag vergangenen Woche erstmals debattierte. Frankreich hatte im Februar verkündet, seinen Anti-Terror-Einsatz in Mali zu beenden, und reißt damit eine große Sicherheitslücke für die verbleibenden Soldaten auf – die Franzosen nehmen unter anderem ihre Kampftruppen mit. Die Ampel-Koalition hat deshalb eine Hintertür in das Mandat eingebaut: Wenn der Schutz für die deutschen Streitkräfte nicht mehr ausreichend gewährleistet werden kann, wird der deutsche Beitrag angepasst oder sogar beendet. Schon jetzt nahezu ausgesetzt wird der zweite Einsatz der Bundeswehr in Mali, die Beteiligung an der EU-Ausbildungsmission für malische Streitkräfte, EUTM. Das Engagement soll laut einem zweiten Antrag (20/1762) der Bundesregierung auf minimalem Niveau eingefroren und schwerpunktmäßig ins Nachbarland Niger verlagert werden. Die Mandatsobergrenze soll von 600 Soldatinnen und Soldaten auf 300 sinken, der kleine in Mali verbleibende Anteil soll am Standort Bamako vor allem auf Beratungspersonal reduziert werden. Eine taktische Beratung oder Ausbildung der malischen Streitkräfte soll es bis auf weiteres nicht geben. Als Grund für den Rückzug führt die Bundesregierung die Möglichkeit an, dass von der EU ausgebildete und ausgestattete malische Sicherheitskräfte vor Ort mit russischen Kräften kooperieren und im Kampf gemeinsam eingesetzt werden. In Mali halten sich seit einigen Monaten offenbar Söldner der russischen Wagner-Gruppe auf, um die militärische Übergangsregierung im Kampf gegen Milizen und Terrorgruppen zu unterstützen. Sie und die malischen Streitkräfte stehen im Verdacht, an Menschenrechtsverletzungen wie dem jüngsten Massaker an Zivilisten in Moura beteiligt gewesen zu sein.

»Kein Weiter so« Mit Blick darauf darf es laut Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) »kein Weiter-so bei diesem Mandat geben«. Dies sei weder gegenüber der malischen Zivilbevölkerung noch gegenüber der eigenen Truppe vertretbar, betonte sie im Bundestag. Mit der Verlagerung des Engagements auf das Nachbarland Niger verfolge die EU weiterhin ihr Ziel, für Sicherheit und Stabilität in der Sahel-Region zu sorgen. Außerdem sei die Regierung in Niger ein verlässlicher Partner. Lamprecht zufolge hat die Bundeswehr bisher rund 16.000 malische Soldaten in Mali ausgebildet. Katja Leikert (CDU) signalisierte die Unterstützung der Unionsfraktion für das veränderte Mandat. Es müsse ein Weg gefunden werden, trotzdem in der Region präsent zu bleiben, betonte sie. »Wenn wir ein Vakuum hinterlassen, werden Russland und die Dschihadisten sich spüren, es zu füllen.« AfD und Linksfraction forderten hingegen einen sofortigen Stopp beider Einsätze in Mali. Weder EUTM noch Minusma hätten zu einer Stabilisierung der Lage im Kriegsländ beigesteuert, urteilten Joachim Wundrack (AfD) und Ali Al-Dailami (Linke). Sevim Dagdelen (ebenfalls Linke) warnte vor einem »zweiten Afghanistan«. Die Bun-

Unter Vorbehalt

MALI Die Bundeswehr soll keine malischen Soldaten mehr ausbilden, sich aber stärker in der UN-Stabilisierungsmission einbringen – sofern der Schutz der Soldaten gewährleistet ist. Im Bundestag werden Sinn und Zukunft des Engagements kontrovers diskutiert



Deutsche Soldaten im Camp Castor in malischen Gao. Die Bundeswehr ist in dem westafrikanischen Land seit 2016 an der UN-Mission Minusma und seit fast zehn Jahren an der EU-Ausbildungsmission EUTM beteiligt. © picture-alliance/dpa/Kay Nietfeld

deswehr habe den »Krieg« in Mali bereits verloren. Wundrack sagte, ein militärisches Engagement in einem »kulturell fremden Land« sei langfristig wohl zum Scheitern verurteilt.

»Vakuum füllen« Die Ausweitung des Minusma-Einsatzes begründete Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) im Bundestag mit dem Schutz der Zivilbevölkerung und der »gemeinsamen internationalen Sicherheit«. Würde die Bundeswehr ihre Fähigkeiten aus Mali abziehen, drohe »ein Dominoeffekt, der die Region als Ganzes schwer treffen würde«. Auch Marcus Faber (FDP) betonte, die Franzosen hätten mit ihren Abzug »ein Vakuum hinterlassen, das es zu füllen gilt«.

»Bei einem Abzug droht ein Dominoeffekt in der gesamten Region.«

Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne)

Jürgen Hardt (CDU) nannte diese Begründungen für den Einsatz zwar richtig. Doch das Mandat lasse wichtige Fragen, etwa die nach der Luftunterstützung für die deutschen Soldaten, offen. Der CDU-Politiker kündigte »harte Beratungen« über das aus seiner Sicht »mit heißer Nadel gestrickte« Mandat an. Die Bundesregierung sieht bei Minusma die Vereinten Nationen in der Pflicht, für Ersatz wegen der wegfallenden französischen Streitkräfte zu sorgen. Dazu würden bereits »intensive Gespräche« geführt, heißt es im Antrag. Die EU will ihre Mission EUTM im Sommer einer Bewertung unterziehen. Bisher sieht es nicht danach aus, dass der Ausbildungseinsatz bald wiederbelebt wird. *Johanna Metz*

STICHWORT

Neue Mandate

> MINUSMA An der Friedens- und Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen beteiligt sich Deutschland seit 2013 mit bisher maximal 1.100 Soldaten. Ab Juni sollen es laut Antrag der Bundesregierung bis zu 1.400 sein. Begründung: Bisher von Frankreich übernommene Aufgaben müssten nach dessen Abzug ausgeglichen werden.

> EUTM Die EU-geführte Ausbildungsmission soll ihren Schwerpunkt auf das Nachbarland Niger verlagern und mit deutlich weniger Personal auskommen. Die Mandatsobergrenze soll bei 300 statt bisher 600 Bundeswehrosoldatinnen und -soldaten liegen. Die Ausbildung malischer Soldaten wird ausgesetzt.

Menschenrechte im Sport

ANHÖRUNG Experten fordern größeren Einsatz der Politik

Die Botschaft war unmissverständlich: Angesichts von »systemischen« Menschenrechtsverletzungen im Sport müsse sich der deutsche Staat stärker als bisher für die Achtung der Menschenrechte in diesem Bereich einsetzen. Darauf drangen mehrere Experten am vergangenen Mittwoch bei einer Anhörung zum Thema Menschenrechte und Sport im Menschenrechtsausschuss. Maximilian Klein, Beauftragter für internationale Sportpolitik beim Verein Athleten Deutschland, verwies auf vielfältige Menschenrechtsrisiken und plädierte für einen »Menschenrechts-Check« im Spitzensport. Das internationale Sportsystem müsse Ziel außenpolitischer Bemühungen werden.

Missbrauch Bislang habe die Regierung in ihrer Sportpolitik kein klares Bekenntnis zu den Menschenrechten verankert, kritisierte Jonas Burgheim, Präsident des Zentrums für Menschenrechte und Sport. Fälle von Missbrauch und Fehlverhalten machten die Integration eines Menschenrechtsansatzes jedoch erforderlich. Auch das Agieren internationaler und deutscher

Sportverbände kritisierten die Sachverständigen: Der Sport sei mindestens zehn Jahre im Rückstand bei der Einbindung von Menschenrechten in seine Aktivitäten, monierte Mary Harvey vom Centre for Sport and Human Rights. Der Direktor von Human Rights Watch Deutschland, Wenzel Michalski, hielt dem Internationalen Olympischen Komitee vor, die Menschenrechte nicht in die Olympische Charta aufgenommen zu haben und nicht angemessen gegen Verstöße vorzugehen. Er verlangte, den finanziellen Hebel der Spitzensportförderung zu nutzen, um Menschenrechte einzufordern. Die Journalistin Laila Mirzo warf dem Deutschen Fußball-Bund vor, durch die Teilnahme an der Weltmeisterschaft 2022 »willfähriger Steigbügelhalter des totalitären Regimes in Katar« zu sein. Annette Niederfranke, Direktorin der Vertretung der Internationalen Arbeitsorganisation in Deutschland, verwies dagegen auf positive Entwicklungen in Katar: Die internationale Aufmerksamkeit habe die Regierung dazu bewegt, für bessere Arbeitsbedingungen zu sorgen. *hau*

Erhalt der Saatgutvielfalt

ENTWICKLUNG Union scheidet mit Antrag zur Treuhandfonds

Die Unionsfraktion ist mit einem Antrag zur Sicherung der Saatgutvielfalt gescheitert. Der Bundestag hat die Vorlage (20/489) am vergangenen Donnerstag mit der Mehrheit von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke gegen die Stimmen von CDU/CSU und AfD zurückgewiesen. Die Union hatte sich für eine Stärkung des globalen Treuhandfonds für Nutzpflanzenvielfalt (GCDDT) eingesetzt. Die Bundesregierung solle ihn weiterhin – auch finanziell – dabei unterstützen, ein Stiftungsvermögen aufzubauen, um »in Zukunft die Artenvielfalt bei Nutzpflanzen zu sichern und damit auch unter klimatisch veränderten Bedingungen gute Züchtungserfolge erzielen zu können«. Der GCDDT finanziere die Arbeit von elf Saatgutbanken und unterhalte im norwegischen Spitzbergen drei Lagerstätten für insgesamt 4,5 Millionen Saatgutsorten. Manuel Gava (SPD) verwies auf eine drohende Hungerkrise infolge des Ukraine-Kriegs, der dringlicher zu begegnen sei: Der Erhalt der Artenvielfalt von Nutzpflanzen sei gegeben, die Arbeit des GCDDT nicht gefährdet.

Wolfgang Stefinger (CSU) sprach mit Blick auf die Saatgutbanken von einem »Schatz für die Menschheit«. Hier liege womöglich der Schlüssel im Kampf gegen den Hunger. Deborah Düring (Grüne) nannte den Antrag einseitig: »Vielfalt, die lediglich in Tresoren und Saatgutbanken eingelagert ist, während auf den Feldern der Welt Monokulturen jegliche Diversität verdrängt haben, bringt uns herzlich wenig«. Dietmar Friedhoff (AfD) verwies darauf, dass 60 Prozent der Nahrung der Menschheit aus Pflanzen stamme, die keine Saatgutvermehrung zulassen. Saatgutbanken müssten gestützt und gestärkt werden. Christoph Hoffmann (FDP) argumentierte, der Antrag greife zu kurz: Zur Sicherung der Welternährung gehörten der Schutz fruchtbarer Böden und verbesserte Saatgutlagerung in Entwicklungsländern. Ina Latendorf (Die Linke) forderte, Saatgutpatente staatlicherseits freizugeben: Entwicklungsländer wären dann nicht mehr auf überbezahlte Einkäufe von Saatgut aus Europa und Nordamerika angewiesen. *ah/vom*

Verbrechen mit System

LITAUEN Parlament wirft Russland Völkermord vor

Das litauische Parlament hat den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine als Völkermord am ukrainischen Volk anerkannt. Die Abgeordneten verabschiedeten vergangene Woche in Vilnius einstimmig eine entsprechende Entschliessung. Die Abgeordneten verweisen darin auf »massenhafte Kriegsverbrechen« der russischen Armee wie Mord, Folter und Vergewaltigung von ukrainischen Zivilisten. Moskau Absicht sei es, die ukrainische Nation ganz oder teilweise zu zerstören. Alle Täter müssten zur Rechenschaft gezogen und ein Internationaler Sondergerichtshof zur Untersuchung des Verbrechens der russischen Aggression einge-

richtet werden, fordern die Parlamentarier. Wörtlich heißt es in der Resolution: »Die Russische Föderation, deren Streitkräfte bewusst und systematisch zivile Ziele angreifen, um sie zu bombardieren, ist ein Staat, der Terrorismus unterstützt und verbürt.« Nach dem Teilabzug russischer Truppen aus nordukrainischen Gebieten wurden in verschiedenen Orten, etwa in Butscha und Irpin, Hunderte getötet, teils gefesselte Zivilisten entdeckt. Die Ukraine und auch die USA warfen Russland daraufhin Völkermord vor. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag hat Ermittlungen aufgenommen. Russland weist die Vorwürfe zurück. *job (mit dpa)*

Schon gehört?
Die APuZ gibt es auch als Podcast!

Das rote Tuch im Brexit-Vertrag

NORDIRLAND Nach der Wahl wackelt der Grenz-Kompromiss mit der EU. Diese warnt vor einseitigen Schritten

Die Partystimmung nach dem historischen Wahlerfolg währte für Sinn Féin nicht lang. Zwar hat ihre Vorsitzende Michelle O'Neill nach dem Sieg am 5. Mai Anspruch auf das Amt des First Minister in Belfast. Aber dieses kann sie nur ausüben, wenn die pro-britische Democratic Unionist Party (DUP) zur Kooperation bereit ist. Das 1998 geschlossene Karfreitagsabkommen macht eine Zusammenarbeit beider Bevölkerungsgruppen zur Grundvoraussetzung. Doch die DUP denkt nicht daran. Er werde das Parlament in London nicht verlassen, teilte DUP-Chef Jeffrey Donaldson mit, der derzeit noch als Abgeordneter im britischen Unterhaus sitzt, nun aber ins nordirische Parlament gewählt wurde. »Ich werde nicht gehen, bevor ich nicht sicher bin, dass unsere politischen Institutionen in Nordirland ein stabiles Fundament haben«, so Donaldson. Und für diese muss nach Überzeugung der Unionisten das zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU und Brüssel im Oktober 2019 geschlossene »Nordirland-Protokoll« fallen. Ein Déjà-vu mit dem britischen Premier Boris Johnson kündigt sich dabei an. Die DUP hält ihm ein Stöckchen hin, über das Johnson womöglich springen wird. In London hieß es Ende der vergangenen Woche, dass der Premier unmittelbar einseitig ein Gesetz einbringen werde, das das Protokoll aushebeln würde.

Der britische Konservative hatte das Protokoll mit der Europäischen Union seinerzeit selbst ausgehandelt und war dabei einen weitreichenden Kompromiss eingegangen.

Verpönte Kontrollen Um eine Schließung der hochempfindlichen Landgrenze zwischen dem Süden und dem Norden Irlands zu vermeiden, sollte Nordirland im EU-Binnenmarkt für Güter verbleiben. Was bedeutet, dass nun Waren unkontrolliert vom britischen Norden in EU-Terrain gelangen. Dafür aber müssen seit Januar 2021 Waren kontrolliert werden, die über die Irische

See von Großbritannien nach Nordirland gehen. Diese Kontrollen im britischen Binnenmarkt sind für die DUP wie auch alle anderen pro-britischen Parteien ein rotes Tuch. »Die Grenze im Irischen Meer wird von keinem einzigen gewählten Vertreter der Unionisten unterstützt. Sie spaltet und ist undemokratisch. Sie zerstört das Prinzip des Konsenses zwischen den Bevölkerungsgruppen«, warnt Donaldson. Auch Johnson selbst distanzierte sich schon wenige Wochen nach Abschluss von seinem eigenen Abkommen. Unternehmensvertretern in Nordirland versprach er im November 2019, sie könnten Zoll- und andere Abfertigungspapiere in den Müllimer werfen. Es werde »keine Kontrollen, keine Barrieren geben«, erklärte der Premier wider besseres Wissen. Die Konfrontation mit Brüssel, aber auch mit Berlin ist vorprogrammiert. »Wir haben einen guten Weg gefunden für Nordirland. Und niemand sollte die Regelung, die wir miteinander vereinbart haben, einseitig außer Kraft setzen, brechen oder auf irgendeine andere Weise damit umgehen«, warnte Bundeskanzler Olaf Scholz. Damit wiederholte der SPD-Politiker, was auch im Koalitionsvertrag der Bundesregierung steht: »Wir bestehen auf die vollständige Einhaltung der beschlossenen Abkommen, insbesondere bezüglich des Nordirland-

protokolls und des Karfreitagsabkommens«, heißt es auf Seite 109. Scholz' belgischer Amtskollege Alexander De Croo warnt die Briten gar vor einem Kollaps des gesamten Brexit-Vertrags: »Wenn diese Vereinbarung widerrufen würde, dann glaube ich, würde das ganze System widerrufen.« Auch der zuständige EU-Kommissar Maros Sefcovic machte London klar, dass eine grundlegende Neuverhandlung »keine Option« sei.

Vage Andeutungen Es war zunächst damit gerechnet worden, dass Johnson bereits in der »Queen's Speech« vergangene Woche vor dem Unterhaus Legislativvorschläge zu Nordirland machen würde. Doch darin gab es nur Andeutungen: »Der fortgesetzte Erfolg und die Integrität des gesamten Vereinigten Königreichs sind von höchster Bedeutung für die Regierung, was die internen ökonomischen Verbindungen all seiner Teile einschließt.« Eine Formulierung, die den Schluss zulässt, dass sich London »zum Schutz« der Integrität seines Marktes und dessen wirtschaftlichen Verbindungen demnächst gezwungen fühlt, einen wichtigen Teil des mit der EU vereinbarten Brexit-Vertrags aufzukündigen. *Stefanie Bolzen*



Boris Johnson will das ungeliebte Nordirland-Protokoll aufkündigen. © picture-alliance/dpa/Lehtikukka | Antti Aimo-Kovisto

Die Autorin ist Korrespondentin der »Welt« in London.



Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) am vergangenen Freitag

© picture-alliance/dpa/Michael Kappeler

Paarlauf in Richtung Nato

SKANDINAVIEN Die Regierungen in Finnland und Schweden treiben den Nato-Beitritt ihrer Länder in immer rasanterem Tempo voran und werden dazu auch durch die Allianz kräftig ermuntert. „Finnland muss ohne Verzögerung die Mitgliedschaft beantragen“, verkündeten Ende vergangener Woche in Helsinki Präsident Sauli Niinistö und Regierungschefin Sanna Marin. Die notwendigen Entscheidungen von Regierung und Parlament kündigten sie „innerhalb der kommenden Tage“ an. Im Fall von Schweden Ministerpräsidentin Magdalena Andersson hat die innenpolitische Klärung etwas länger gedauert – wobei der Ausgang immer klar war. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg versichert, beide nordeuropäischen Nachbarn Russlands seien „herzlich willkommen“. Die Antragsprüfung sei eine Formsache von vielleicht zwei Wochen. Normalerweise dauert die Ratifizierung des Beitrittsprotokolls durch die Parlamente der bisher 30 Mitgliedsländer ein Jahr. In diesem Fall könne man auch das beschleunigen, versichert Brüssel. In Deutschland wären nur zwei statt drei Beratungen des Ratifikationsgesetzes im Bundestag nötig.

Moskauer Drohungen Begleitet wird der Beitrittsprozess von Drohungen aus dem Kremlin mit „militärtechnischen Maßnahmen“ gegen die beiden künftigen Nato-Länder. Doch niemand erwartet ernsthaft, dass russisches Militär zusätzlich zum Angriffskrieg gegen die Ukraine auch noch die 1.340 km lange Landgrenze zu Finnland überschreitet oder die strategisch zentral in der Ostsee platzierte schwedische Insel Gotland angreift. Als wahrscheinlich gelten verstärkte Cyberattacken. Finnlands Außenminister Pekka Haavisto, bis zum Überfall auf die Ukraine eiserner Verfechter von Neutralität und Allianzfreiheit, begründete die finnische Wende damit, dass der große Nachbar jetzt als „unberechenbar“ einzustufen sei: „Man ist zur Durchführung von Operationen bereit, die auch für Russland hohe Risiken bergen und für uns zu hohen Verlusten führen würden.“

Genauso hat sich auch für die 5,5 Millionen Finnen das Bild geändert. Zeigten Umfragen vor dem russischen Überfall auf die Ukraine stets klare Mehrheiten gegen einen Nato-Beitritt, sind die Zustimmungswerte jetzt auf mehr als 75 Prozent geklettert. Wohl noch tiefgreifendere Umwälzungen der politischen Kultur hat der Überfall auf die Ukraine in Schweden ausgelöst. Das Land konnte sich über 200 Jahre aus allen Kriegen in Europa heraushalten. Das Selbstbild als Stimme der „Kleinen“ gegen das Wettrüsten der Großmächte und für die atomwaffenfreie Zone Skandinavien gilt eigentlich als Teil der DNA unter den gut zehn Millionen Bürgern. Dass dieser Teil jetzt im Eilverfahren, ohne Volksabstimmung, zugunsten der Unterordnung unter eine von der Atomsupermacht USA geführte Nato einfach gestrichen werden soll, kritisieren vor allem Veteranen aus der Ära des 1986 ermordeten Premiers Olof Palme. Auch die aktuelle Regierungschefin sagte noch kurz nach dem 24. Februar: „Schwedens Nato-Beitritt wäre destabilisierend.“ Zehn Wochen später gilt das Gegenteil, Andersson kann sich beim schwedisch-finnischen Paarlauf Richtung Allianz nun in der Debatte, bei Umfragen wie auch im Reichstag auf klare Mehrheiten stützen. **Thomas Borchert**

Der Autor ist Skandinavien-Korrespondent der Frankfurter Rundschau.

Eine Frage der Definition

UKRAINE Streit um Waffenlieferungen und die Sorge, damit zur Kriegspartei zu werden

Der Auftritt wurde allseits mit Spannung erwartet – aber nicht jede Erwartung wurde offenbar erfüllt: Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) war am vergangenen Freitag auf Einladung der Vorsitzenden Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) im Verteidigungsausschuss erschienen, um den Abgeordneten hinter verschlossenen Türen seinen Kurs bei der – auch militärischen – Unterstützung der Ukraine im russischen Angriffskrieg zu erklären: Dazu gehört etwa die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine und die Ausbildung ukrainischer Soldaten an solchen Waffen – und die viel diskutierte Frage, ob und ab welchem Punkt Deutschland mit solcher Unterstützung zur Kriegspartei werde. Scholz habe die Chance gehabt, „sich zur Ukraine zu erklären“, schrieb der FDP-Abgeordnete Marcus Faber, der die Sitzung vorzeitig verlassen hatte, auf Twitter. „Leider wurden viele Antworten nicht gegeben.“ Später versuchte Faber die Wogen zu glätten. Er kündigte an, von seinem Amt als verteidigungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion zurückzutreten.

Eklatan Vernehmlich fiel die Kritik von Teilen der Opposition bereits am Vorabend aus, als das Plenum über einen Antrag (20/1753) der Linksfraktion debattierte: Die Ab-

geordneten hatten sich darin entschieden gegen die Ausbildung ukrainischer Soldaten an schweren Waffen in Deutschland und gegen die Lieferung von Waffen in die Ukraine gewendet. Zaklin Nastic (Die Linke) sprach von einer „hochgefährlichen Entscheidung“ der Koalition: „Sie machen Deutschland zunehmend zur Kriegspartei.“ Waffen führten nicht dazu, „dass dieser schreckliche Krieg endet“. Stattdessen bestehe die Gefahr eines dritten Welt- oder gar Atomkriegs. Es sei ein Irrtum zu glauben, eine solche Eskalation gehe allein den ursprünglichen Aggressor Russland an. „Die Waffen müssen schweigen. Möglich ist das aber nur, wenn man miteinander redet.“

Johannes Schrapf (SPD) wies darauf hin, dass der Verteidigungskrieg laut Charta der Vereinten Nationen die einzig legitime Form eines Krieges sei. „Und als Unterstützer, auch in Form einer Ausbildung, wird man nicht automatisch zur Kriegspartei.“ Nichthandeln schütze im Übrigen nicht davor, „Opfer eines unprovokierten Angriffskriegs zu werden, so wie es die Ukraine geworden ist.“ Russland habe gegen das UN-Gewaltverbot verstoßen und die territoriale Integrität eines friedliebenden Nachbarlandes, nämlich der Ukraine, infrage gestellt und verletzt.

Knut Abraham (CDU) warf den Antragstellern eine „krasse Verdrehung der Realität“ vor: Die alleinige Verantwortung für den Krieg liege bei Russland. „Mir ist völlig rätsel-

haft, wie Sie von den Linken aus der deutschen Geschichte ableiten wollen, es sei richtig, einem überfallenen Opfer bei der Verteidigung gegen einen brutalen Aggressor nicht zu helfen.“ Mit Blick auf den Kurs der Bundesregierung konstatierte Abraham ein „ramponiertes“ Ansehen in Osteuropa. Deutschland müsse verlorene Glaubwürdigkeit zurückgewinnen. Dazu gehöre eine klare Perspektive für die Ukraine „in der EU und nicht in irgendeiner europäischen Wartekammer von rein symbolischen Wert oder einem Klub der schwierigen Nachbarn“.

Unterstellung Jürgen Trittin (Grüne) sprach von einer „infamen Unterstellung“ der Antragsteller. „Wer will denn in diesen Krieg eintreten? Niemand, kein deutscher, kein europäischer, kein Nato-Soldat wird dort eingreifen.“ Die Linke verbreite hier genau das Narrativ, mit dem der russische Präsident Wladimir Putin seinen „Vernichtungskrieg“ betreibe. Trittin verwies auf Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke), der Waffenlieferungen an die Ukraine befürwortet habe. Es gehe nicht, dass man erst dann mit der Ethik anfange, wenn ein Überfallener sich verteidigen wolle, habe Ramelow argumentiert. „Ich finde, Bodo Ramelow hat Recht.“ Hannes Gnauck (AfD) kritisierte hingegen die Koalition für ihre „ausufernde Bereitschaft, eine fremde Armee in einem fremden Krieg auszurüsten“, während die eigenen

Streitkräfte strukturell vernachlässigt würden. „Schwere Waffen benötigen wir; doch Sie reichen Gerät und Material weiter in die Ukraine.“ Gnauck warnte vor einer drohenden Eskalation. „Wie können Sie den Bürgern dieses Landes wirklich versichern, dass Deutschland nicht zum Schlachtfeld wird?“ Alexander Müller (FDP) nannte die Forderung der Linken nach mehr Diplomatie naiv. Putins Interesse sei, die Unterstützung für die Ukraine zu beenden. „Und Sie tanzen nach seiner Pfeife.“ Die Forderung, Waffenlieferungen einzustellen, sende ein zynische Botschaft an die Menschen in der Ukraine: „Gebt doch endlich auf und ertragt das, was

Russland euch antun will. Den wenigen von euch, die Gewaltexzesse und Bombardierungen überleben werden, winkt ein Marionettenstaat wie Belarus mit einem Gewaltherrscher an der Spitze.“ Müller warnte überdies vor Folgen für die internationale Rechtsordnung. Es gebe neun Atommächte auf der Welt. „Dürfen die sich ab jetzt alles erlauben, ohne dass es Folgen hat, nur weil wir vor Angst erstarren?“ Der Antrag der Linksfraktion wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktion von SPD, Grünen, FDP abgelehnt, die Union wandte sich ebenso dagegen, die AfD-Fraktion enthielt sich. **Alexander Heinrich**

STICHWORT

Besuch der Bundestagspräsidentin in Kiew

> Gedenken Anlässlich des 77. Jahrestages des Kriegsendes hat Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) am 8. Mai gemeinsam mit ihrem ukrainischen Amtskollegen Ruslan Stefantschuk in Kiew der Opfer des Zweiten Weltkrieges gedacht.

> Solidarität Auf dem Programm standen Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj (im Foto links) und Ministerpräsident Denys Schmyhal. „Deutschland und seine Partner stehen fest an der Seite der Ukraine“, sagte Bas mit Blick auf den russischen Angriffskrieg. „Mein Besuch ist ein Zeichen der Solidarität mit der Ukraine und dem ukrainischen Volk in diesem Existenzkampf.“



© picture-alliance/dpa

»Ein positiver Schub für die europäische Idee«

EUROPA Gunther Krichbaum (CDU) über seine Teilnahme an der „Konferenz zur Zukunft Europas“, Hürden bei der Umsetzung der Reformvorschläge und einen EU-Beitritt der Ukraine

Herr Krichbaum, Sie haben in der „Konferenz zur Zukunft Europas“ ein Jahr lang mit Menschen aus ganz Europa Ideen für EU-Reformen entworfen. Wie war das für Sie als Politik-Prof? Mich hat begeistert, was engagiert die Bürgerinnen und Bürger sich eingebracht haben. Anfangs waren viele noch etwas zurückhaltend, das hat sich aber mit der Zeit gelegt. Die Leute wurden ja zufällig am Telefon ausgewählt, doch es haben vermutlich vor allem diejenigen teilgenommen, die sich ohnehin für die Europäische Union interessieren. Leider hat die Öffentlichkeit von diesem Engagement fast keine Notiz genommen. Für die Tausenden Bürger, die in Straßburg, aber auch bei den europaweiten Veranstaltungen und auf der digitalen Plattform der Zukunftskonferenz Ideen eingebracht haben, hätte ich mir mehr öffentliche Aufmerksamkeit gewünscht.

Das Ergebnis sind 49 Vorschläge an die EU-Institutionen. Unter anderem wollen sie das Veto der Mitgliedstaaten in der EU-Außen- und Fiskalpolitik und das Einstimmigkeitsprinzip im Rat abschaffen und ein Initiativrecht des EU-Parlaments bei Gesetzen einführen. Was passiert mit diesen Vorschlägen jetzt? Das Europäische Parlament steht voll hinter den Ideen und hat eine Resolution ver-

abschiedet, wonach die Mitgliedstaaten nun in einem Verfassungskonvent über notwendige Änderungen an den EU-Verträgen entscheiden sollen. Der französische Präsident Emmanuel Macron, der die Idee zur Zukunftskonferenz hatte und derzeit EU-Vorsitz innehat, unterstützt das ausdrücklich – wie übrigens auch eine Mehrheit im Bundestag. Er will auf dem EU-Gipfel im Juni konkrete Vorschläge dazu präsentieren. Klar ist schon jetzt: Die Zukunftskonferenz war ein ungemein positiver Schub für Europa und die europäische Idee. Aus den Ergebnissen müssen wir jetzt die richtigen Schlüsse ziehen.

13 Länder, fast die Hälfte aller EU-Staaten, haben umgehend öffentlich erklärt, dass sie keinen Verfassungskonvent wollen. Sie finden: Europa funktioniert auch so, es braucht nur kleinere Korrekturen. Das klingt nicht gerade nach schnellen Reformen. Leider gibt es diese Widerstände, in Osteuropa, aber auch seitens der skandinavischen und baltischen Länder, obwohl viele von ihnen der europäischen Integration grundsätzlich positiv gegenüber stehen. Sie treten aber sofort auf die Bremse, wenn es um das Ende des Einstimmigkeitsprinzips geht oder die Reduzierung der Kommissare. Auch auf das Wort Verfassungskonvent

reagieren viele reflexartig mit Abwehr. Da müssen wir vielleicht andere, unerschwerliche Formate finden. Es wird die Aufgabe Frankreichs sein, in den kommenden Wochen auf diese Länder zuzugehen und nach Kompromissen zu suchen. Ob eine Einigung vor Ablauf der französischen Ratspräsidentschaft Ende Juni zustande kommt, kann ich allerdings nicht sagen.

Wie groß ist die Gefahr, dass die EU mit der Bürgerkonferenz Erwartungen geweckt hat, die sie nicht erfüllen kann? Das Enttäuschungspotenzial ist ohne Zweifel hoch. Deshalb muss jetzt etwas daraus folgen. Dafür ist der erste Schritt getan. Wir sollten auch nicht nur auf die 13 kritischen Länder schauen, sondern vor allem auf die Mehrheit von 14 Ländern, die ein Mehr an Europa möchten.

Was sind für Sie die dringenden Reformen, die Europa angehen muss? Die EU muss in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik handlungsfähiger werden. Das ist auch der erklärte Wunsch der Bürger, die sich bei der Zukunftskonferenz beteiligt haben. Dafür brauchen wir in diesem Bereich zumindest teilweise Mehrheitsentscheide. Wir wissen nicht, wie lange der Krieg in der Ukraine noch dauert und welche Rolle

China in Zukunft spielen wird. Wir wissen auch nicht, ob ein Donald Trump in den USA noch einmal Präsident wird. Aber wir wissen spätestens seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, dass wir nicht erst reagieren dürfen, wenn die Krise da ist. Die EU muss sich jetzt auf eine Welt im Wandel vorbereiten, etwa durch eine Europäisierung der Streitkräfte. Sie muss ein Global Player bleiben, denn wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit.

Ab Juli übernimmt Tschechien die Ratspräsidentschaft, danach Schweden.



Gunther Krichbaum war von 2007 bis 2021 Vorsitzender des EU-Ausschusses.

Werden sie diese Reformen durchsetzen? Beide haben sich bislang nicht mit Forderungen nach einem Mehr an Europa herorgetan.

Das hängt ganz vom Thema ab. Beide Länder wollen zum Beispiel nicht, dass Brüssel künftig über die Migrationspolitik entscheidet. Aber die Europäisierung der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik werden die beiden folgenden Ratspräsidentschaften sicher ganz weit oben auf die Agenda setzen, da sie sich wie die baltischen Länder durch den Ukraine-Krieg noch viel stärker bedroht sehen als wir. Schweden will ja möglicherweise sogar Mitglied der Nato werden.

Ein anderes Dauerthema ist die Erweiterung der EU. Präsident Macron hat für Länder, die ihr derzeit nicht beitreten wollen oder können, also etwa für Großbritannien und die Türkei, die Bildung einer politischen Gemeinschaft vorgeschlagen. Nun hofft die Ukraine gerade auf einen Turbo-Beitritt. Wird sie sich mit einer Mitgliedschaft Light zufrieden geben müssen?

Ich wundere mich beim Thema EU-Beitritt der Ukraine sehr über manche Wortmeldung der vergangenen Tage. Es gibt kein Schnellverfahren für die Aufnahme in die EU, das sehen die Verträge nicht vor. Die

kann man natürlich ändern, aber auch das würde eine lange Reise werden. Um nicht missverstanden zu werden: Ich bin für eine glaubwürdige EU-Perspektive der Ukraine. Aber allen muss klar sein, dass der Weg in die EU ein weiter sein wird. Wir verhandeln schon viele Jahre mit Serbien oder Montenegro und werden das auch noch weitere Jahre tun, bis die Staaten die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen für eine Aufnahme erfüllen. Welche Signale senden wir in Richtung Serbiens, Moldaus, Bosnien-Herzegowinas aus, wenn wir der Ukraine jetzt einen schnellen Beitritt versprechen? Was wir stattdessen brauchen, ist eine glaubwürdige Strategie, um all diese Länder einzubeziehen und es wäre auch an der Zeit, über unser Verhältnis zur Türkei neu nachzudenken, die ja geostategisch in der Region eine außerordentliche Rolle spielt. Insofern finde ich den Vorschlag von Macron durchaus sinnvoll.

Das Gespräch führte Johanna Metz. ||

Gunther Krichbaum (CDU) sitzt seit 2002 im Bundestag. Zusammen mit Axel Schäfer (SPD) vertrat er das Parlament in der „Konferenz zur Zukunft Europas“, die am 9. Mai ihren Abschluss fand und zusammen mit Bürgern Anstöße für EU-Reformen geben sollte.

AUFGEKEHRT

Mal ganz offen, Herr Kanzler

S ehr geehrter Herr Bundeskanzler! Es wurde schon vieles zur aktuellen Lage gesagt, aber nicht von jedem. Daher schreiben wir, die Redakteurinnen und Redakteure, kurz: die Intellektuellen von „Das Parlament“, Ihnen endlich auch einen offenen Brief. Wir sind überzeugt, dass wir in dieser Lage nicht abseits stehen dürfen. Es gilt: Es muss gesagt werden, was gesagt werden muss, wie es einst Sallust mit Cäsar hielt oder Émile Zola in der Dreyfus-Affäre. Wir klagen an! Denn nur so kann eine Lösung gelingen, eine Lösung, zu der Sie, Herr Bundeskanzler, entscheidend beitragen können. Wir erkennen an, dass wir nicht die Ersten sind, die Ihnen schreiben. Schriftstellerinnen und Politiker, Chefredakteurinnen, Philosophen und Schauspielerinnen, ja, die größten DenkerInnen unserer Zeit, haben Ihnen schon offene Briefe geschickt, unterzeichnet von engagierten Menschen wie Frau H. („besorgte Bürgerin“) oder Frau R. („Human. Mother.“). Doch auch wir haben eine Stimme. Und auch wir haben eine Zeitung, in der wir diese kraftvoll erheben können und wollen. Mit Blick auf unsere Verkaufszahlen sind wir sicher, dass wir das Richtige tun, verehrter Herr Bundeskanzler. Wir wollen gehört zu werden, und zwar von allen, überall. Das betrachten wir als unsere historische Pflicht. Und vielleicht bekommen wir so noch mehr Leser. Wir hätten auch gerne noch viel mehr geschrieben. Aber wir müssen Platz sparen – Papier ist gerade teuer – und in der Kantine gibt es heute Schnitzel. Aber wir melden uns bald wieder, Herr Bundeskanzler, versprochen! Bis dahin hoffen und zählen wir auf Sie. Hochachtungsvoll, die Redaktion.

PS: Kollegin Z. hat sich von diesem Brief gerade distanziert. Sie hat ihn erst jetzt richtig gelesen und findet einige Formulierungen doch ziemlich blöd. Wir bitten um Verständnis. *Johanna Metz*

VOR 50 JAHREN...

Streit um Ostpolitik

17.5.1972: Bundestag verabschiedet Ostverträge Ost gegen West – der alte Konflikt ist vor dem russischen Angriff auf die Ukraine so aktuell und so brisant wie seit Jahrzehnten nicht. Auch die Frage nach der Russlandpolitik der SPD wird nun wieder diskutiert. Besonders



Blick in das Plenum während der Abstimmung zu den Ostverträgen

hart wurde diese Debatte einst geführt, als der Bundestag die sogenannten Ostverträge verabschiedete und der Entspannungspolitik von Kanzler Willy Brandt (SPD) folgen sollte. „Wir müssen zu einem Miteinander statt einem Nebeneinander kommen“, hatte Brandt 1969 erklärt. „Wandel durch Annäherung“ lautete sein Motto. Bereits kurz nach seinem Amtsantritt bemühte er sich um Gewaltverzichtverträge mit der Sowjetunion und Polen. Als 1970 aber der Moskauer und der Warschauer Vertrag unterzeichnet wurden, die auch die Unverletzlichkeit der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen garantierten, führte das zu innenpolitischen Auseinandersetzungen. Die Union fürchtete, dass damit die DDR anerkannt würde. Vor der Ratifizierung der Ostverträge stritten die Abgeordneten 22 Stunden lang. Die rot-gelbe Koalition opferte die Einheit Deutschlands, wiederholte die Union. Brandt widersprach: Seine Regierung habe die nationale Einheit im Blick. Dem „Gewaltverzicht auf dem Papier“ stehe ein „bleibender Schießbefehl in der Wirklichkeit“ gegenüber, konterte Rainer Barzel (CDU). Nachdem die Union mit einem Misstrauensvotum gegen Brandt gescheitert war, einigten sich der Kanzler und Barzel auf einen Kompromiss: In einer gemeinsamen Entschließung wurde festgeschrieben, dass die endgültige Festsetzung der Grenzen Deutschlands einem Friedensvertrag vorbehalten bleibe. Am 17. Mai 1972 wurden die Ostverträge schließlich ratifiziert – bei Enthaltung der Unionsfraktion. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: PODIUMSGESPRÄCH MIT BUNDESTAGSPRÄSIDENTIN



Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) stellte sich den Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Jugendbegegnung.

© DBT/Stella von Saldern

Im Kreuzverhör der Jugend

Respekt? Ja. Samthandschuhe? Weit gefehlt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der diesjährigen Jugendbegegnung des Deutschen Bundestages wollen Antworten von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD). Anlässlich des 80. Jahrestages der Wannsee-Konferenz sind sie für vier Tage in Berlin. Hier setzen sich die 38 jungen Männer und Frauen in Arbeitsgruppen, bei Exkursionen und Vorträgen mit dem Thema NS-Zeit, Holocaust und den Verbrechen in der Nachkriegszeit auseinander. Als die Bundestagspräsidentin den Saal im Jakob-Kaiser-Haus betritt, bricht das Summen der Unterhaltungen schlagartig ab. Mit „Feuer frei!“ eröffnet Bärbel Bas nach kurzer Begrüßung das Podiumsgespräch. Die jungen Menschen kommen direkt zur Sache: „Was ist der richtige Ansatz, Antisemitismus zu bekämpfen?“, fragt ein Teilnehmer ohne Umschweife. „Was kann man dagegen tun, dass viele Schüler jüdisches Leben nur in Zusammenhang mit der Shoah kennen?“, erkundigt sich ein anderer. Geschichtliche Bildung sei sehr wichtig, fasst ein dritter Teilnehmer seinen Standpunkt zusammen.

men. Doch die Schulen würden neben der Vermittlung von Daten und Fakten zu wenig in die Reflexion gehen. Die Frage „Was hat das mit uns zu tun?“ bleibe oft auf der Strecke. Bas hört aufmerksam zu, macht sich Notizen. Begegnungen seien wichtig, um antisemitische Vorurteile abzubauen, erklärt sie. Ebenso die klare Verfolgung von antisemitischen Straftaten. Doch auch die Zuwanderung von Menschen, deren Länder sich in jahrelanger Feindschaft zu Israel befinden, müsse in den Blick genommen werden. Es gehe darum, die Formel „Nie wieder!“ mit Leben zu füllen, so Bas. Doch die jungen Erwachsenen beschäftigt noch ein weiterer Themenkomplex: Der Krieg in der Ukraine und die Menschen, die vor der Gewalt und dem Elend fliehen. „Warum werden ukrainische Flüchtlinge anders behandelt als die aus Syrien?“, will ein Teilnehmer wissen. Sie vermutet, dass es damit zu tun habe, dass aus der Ukraine vor allem Frauen und Kinder nach Deutschland kommen – und dass die Hilfsbereitschaft im Land auch mit der

räumlichen Nähe zur Ukraine zu tun habe, so die Bundestagspräsidentin. Doch die Unterteilung in Flüchtlinge nach erster, zweiter und dritter Klasse sei ein Problem. „Das dürfen wir nicht zulassen“, sagt Bas. Thema ist ebenfalls die Reise der Bundestagspräsidentin in die Ukraine und ihre Eindrücke vor Ort (siehe auch Seite 11). Der Kampfeswille der Ukrainer gegen den russischen Angriffskrieg sei ungebrochen, so die Einschätzung von Bas. Doch: „Mein Gefühl ist, der Krieg wird noch länger dauern.“ Was sie in der Ukraine an Zerstörung und Kriegsfolgen sah, habe sie entsetzt. „Wenn man durch die Ruinen läuft, den Menschen in die Augen guckt – das ist schon was anderes.“ Die Massengräber in der Ukraine erinnerten sie an die NS-Zeit und die Erschießungskommandos der Nationalsozialisten. Sowohl die Vergangenheit wie auch die Gegenwart zeige, wie wichtig es sei, Dinge zu hinterfragen – und dadurch starre Strukturen zu durchbrechen, fasst Bas zusammen und appelliert: „Seien Sie immer ein Mensch, der Widerspruch gibt!“ Das sei eine Frage des Mutes. *Viola Dengler*

LESERPOST

Zur Ausgabe 15-17 vom 11. April 2022, „Entsetzen über die Gräueltaten von Botscha“ auf Seite 1:

„Es ist schon fünf nach 12!“ Die Bundesregierung schaut den Angriffen in Botscha, Lemberg und Mariupol mit schweren Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung und einem Jahrhundert-Verbrechen an unschuldigen Kindern tatenlos zu, ohne endlich schwere Waffen an die Ukraine zu liefern, kein Öl- und Gasembargo für Russland zu veranlassen. Die verheerenden Fehler in der Vergangenheit unserer russischen Außenpolitik werden verharmlost! Geht's noch? Das alles schädigt in der Tat dauerhaft unsere Glaubwürdigkeit in der Welt als verlässlichen Partner! Mein Fazit: Farbe bekennen und endlich konsequent zu

den verheerenden Fehlern der Vergangenheit stehen! Die mutigen ukrainischen Soldaten sind hier Vorbild! „Mit Mut und Leadership!“

Ursula Reichert, Hanau

Zur selben Ausgabe, „Ratlos im Bundestag“ auf Seite 1:

Das Ergebnis der Abstimmungen zur Impfpflicht war für die Regierungsparteien in mehrfacher Hinsicht ein absolutes Desaster. Zunächst konnten sich die drei Koalitionspartner nicht auf einen Antrag einigen. Durch die Freigabe der Abstimmungen der Koalition hat letztlich der gesunde Menschenverstand einer ausreichenden Mehrheit der Abgeordneten entschieden und das war gut so.

Gesundheitsvorsorge muss ein Grundrecht des einzelnen Bürgers bleiben und darf nicht von staatlicher Seite per Gesetz verordnet werden. Das gilt insbesondere dann, wenn das Gesundheitssystem zuvor aus fiskalischen Gründen „gesundgespart“ wurde.

Claus Hörmann, Neustadt in Sachsen

Der (impf)plichtbewusste Karl Lauterbach ist mit seiner fixen Idee vorerst baden gegangen. Nun kündigt er uns für den Herbst einen wahren „Virus-Tsunami“ an. In Deutschland dürfte es jetzt im Moment eigentlich nur noch geimpfte und genesene Menschen geben, und vielleicht ein Resthäuflein von Ungeimpften

und Nichtinfizierten. Für mich ist es wahrscheinlicher, dass nicht irgendein Virus die Menschheit auslöschen könnte, eher sind es die stets einsatzbereiten Atombombenarsenale weltweit.

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

Zur selben Ausgabe, „Die neuen Milliardäre“ auf Seite 3:

Die ganz frischgebackenen Milliardäre kommen aus der Pharmabranche, und die genießen sicherlich ihren plötzlichen Reichtum! Wir leben in einem „superreichen“ Land, das hat nun die neue Bundesfamilienministerin Lisa Paus festgestellt. Der ganze Reichtum all dieser Superreichen, der nützt den Menschen, die am Existenzminimum herumschlingern müssen, leider rein gar nichts!

Riggi Schwarz, Büchenbach

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 23. Mai.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 16. – 20.5.2022

Regierungserklärung zum außerordentlichen Europäischen Rat (Do), Mali-Einsätze der Bundeswehr (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

PERSONALIA

>Eckart Kuhlwein
Bundestagsabgeordneter 1976-1998, SPD

Am 19. April starb Eckart Kuhlwein im Alter von 84 Jahren. Der Volkswirt und Redakteur aus Ammersbek trat 1965 der SPD bei und gehörte von 1973 bis 2003 dem schleswig-holsteinischen Landesvorstand an. Von 1971 bis 1976 saß er im Kieler Landtag. Kuhlwein engagierte sich im Bildungsausschuss, an dessen Spitze er von 1991 bis 1994 stand. 1981/82 amtierte er als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesbildungsminister.

>Heiko Wildberg
Bundestagsabgeordneter 2017-2021, AfD

Am 19. Mai wird Heiko Wildberg 70 Jahre alt. Der Diplom-Geologe aus Kandel trat 2013 der AfD bei. Von 1991 bis 2001 war er hauptamtlicher Kreisbeigeordneter in Gernersheim. Wildberg gehörte dem Umweltausschuss an.

>Egon Jüttner
Bundestagsabgeordneter 1990-1998, 2002-2005, 2009-2017, CDU

Am 20. Mai vollendet Egon Jüttner sein 80. Lebensjahr. Der Universitätsprofessor aus Mannheim trat 1972 der CDU bei und war dort von 1995 bis 2002 Kreisvorsitzender. Von 1984 bis 1991 sowie seit 1999 gehört er dem Gemeinderat Mannheims an. Jüttner betätigte sich im Bildungsausschuss, im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie im Auswärtigen Ausschuss.

>Hans de With
Bundestagsabgeordneter 1969-1994, SPD

Am 21. Mai begeht Hans de With seinen 90. Geburtstag. Der Richter aus Bamberg schloss sich 1962 der SPD an und war von 1969 bis 1994 Vorsitzender des Unterbezirks Bamberg-Forchheim. Der spätere Anwalt wirkte im Rechtsausschuss sowie im Ausschuss für Wahlprüfung mit, dessen Vorsitz er von 1972 bis 1974 innehatte. Von 1974 bis 1982 amtierte er als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesjustizminister. Von 1999 bis 2014 war de With Mitglied der G10-Kommission und deren Vorsitzender.

>Hans Peter Schmitz
Bundestagsabgeordneter 1972-2002, CDU

Hans Peter Schmitz vollendet am 21. Mai sein 85. Lebensjahr. Der Landwirt aus Baesweiler trat 1968 der CDU bei, war von 1986 bis 2001 Bezirksvorsitzender in Aachen und langjähriges Mitglied des CDU-Vorstands in NRW. Schmitz, von 1990 bis 1994 stellvertretender Fraktionsvorsitzender, engagierte sich im Haushaltsausschuss und stand von 1994 bis 1998 an der Spitze des Umweltausschusses. Von 1980 bis 2002 gehörte er dem Europarat und der WEU an.

>Elmar Müller
Bundestagsabgeordneter 1990-2002, CDU

Am 21. Mai wird Elmar Müller 80 Jahre alt. Der Landesgeschäftsführer aus Kirchheim/Teck, CDU-Mitglied seit 1967, war von 1975 bis 1991 sowie von 2004 bis 2008 Stadtrat. Müller wirkte im Post- sowie im Wirtschaftsausschuss mit.

>Werner Broll
Bundestagsabgeordneter 1976-1987, CDU

Werner Broll vollendet am 22. Mai sein 90. Lebensjahr. Der Oberstudienrat aus Oldenburg war von 1970 bis 1987 Vorsitzender des dortigen CDU-Kreisverbands und von 1968 bis 1977 Ratsherr in Oldenburg. Broll betätigte sich im Innenausschuss.

>Bernhard Brinkmann
Bundestagsabgeordneter 1998-2013, SPD

Am 22. Mai wird Bernhard Brinkmann 70 Jahre alt. Der Versicherungsdirektor aus Schellerten wurde 1973 Mitglied der SPD und amtierte von 2002 bis 2014 als Vorsitzender des Unterbezirks Hildesheim. Brinkmann, seit 1974 kommunalpolitisch aktiv, gehört seit 1986 dem Kreistag in Hildesheim an. Er wirkte im Haushalts-, im Rechts- sowie im Rechnungsprüfungsausschuss mit, dessen Vorsitz er von 2005 bis 2009 innehatte.

>Eva-Maria Kors
Bundestagsabgeordnete 1990-2002, CDU

Eva-Maria Kors begeht am 22. Mai ihren 80. Geburtstag. Die Redakteurin aus Vechta schloss sich 1969 der CDU an, stand zehn Jahre an der Spitze des Stadtverbands und gehörte dem CDU-Vorstand im Oldenburger Land an. Von 1981 bis 1990 war sie Ratsfrau in Vechta. Kors arbeitete im Familien- sowie im Gesundheitsausschuss mit.

>Rupert Scholz
Bundestagsabgeordneter 1990-2002, CDU

Rupert Scholz vollendet am 23. Mai sein 85. Lebensjahr. Der Universitätsprofessor aus Berlin trat 1983 der CDU bei. Von 1981 bis 1988 war er dort Justizsenator. 1988/89 amtierte er in der Nachfolge Manfred Wörners als Bundesverteidigungsminister. Scholz, von 1994 bis 1998 stellvertretender Fraktionsvorsitzender, wirkte im Rechtsausschuss mit, an dessen Spitze er von 1998 bis 2002 stand. *Bernd Haunfelder*

SEITENBLICKE



HUBGE 22

Dr. Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz:

Wir dürfen den Blick auf den großen Horizont nicht verlieren



Robert Habeck (*1969)
Wahlkreis Flensburg – Schleswig

Lassen Sie mich kurz mit einem aktuellen Ereignis anfangen: Gestern Abend, um ungefähr 22.30 Uhr, hat Putin ein Dekret veröffentlicht, wonach europäische Gasversorger jetzt von Russland sanktioniert werden. In Deutschland sind Gazprom und ihre Töchter betroffen, das heißt, einige der Tochterunternehmen bekommen jetzt kein Gas mehr aus Russland. Aber der Markt bietet Alternativen; sie versorgen sich auf dem Markt mit anderem Gas.

Wir monitorieren die Situation genau. Wir haben uns auf die Situation vorbereitet, und ich bzw. die Bundesnetzagentur werden Sie im Laufe des Tages informieren. Aber die Situation ist so, dass der Gasmarkt den Gasausfall aus Russland kompensieren kann.

Sehr geehrte Damen und Herren, es zeigt sich also, dass die Auseinandersetzung um Energie eine Waffe ist und dass Energie in einem Wirtschaftskonflikt hart eingesetzt werden kann. Insofern sind all die Anstrengungen, die wir im Moment unternehmen und unternehmen müssen, um die Versorgungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten, nicht das Gegenteil des-

was wir jetzt gleich diskutieren, sondern: Die Voraussetzung dafür, dass wir in Zukunft energie-sicher sind, ist der Ausbau der erneuerbaren Energien. Es gibt eine direkte Linie von dem Abschied

von fossilen Energien aus Russland hin zum Abschied von fossilen Energien insgesamt. Das bedeutet: Ausbau der erneuerbaren Energien.

Das vorgelegte Paket ist die größte Energiemarktreform seit Jahren; ich würde sagen: seit Jahrzehnten. Es ist ein Paket, das verschiedene Gesetze zusammennimmt. Das wichtigste und das größte ist das EEG; aber auch das Windenergie-auf-See-Gesetz und die EnWG-Novelle gehören dazu. Es ist eine fundamentale Neuausrichtung des gesamten Energiesektors auf Treibhausgasneutralität; und auch die ist dringend geboten bei allem, was uns in Europa und in Deutschland im Moment mit Blick auf die russischen Lieferungen bedrückt.

Wir dürfen den Blick auf den großen Horizont nicht verlieren. Die UN hat vor einigen Tagen gesagt, dass mit einer großen Wahrscheinlichkeit in den nächsten fünf Jahren das 1,5-Grad-Ziel überschritten wird – vielleicht noch nicht dauerhaft, aber dieses „vielleicht“ hängt ganz maßgeblich vom menschlichen Tun ab, von politischen Entscheidungen. Das heißt, die Zeit läuft uns buchstäblich davon.

Der Krieg und die Toten im Krieg in der Ukraine – das ist schlimm, das ist furchtbar. Aber Sie werden mitbekommen haben, dass an anderen Stellen der Erde Ernteausfälle, Hungersnot und Katastrophen drohen, weil die Erdatmosphäre sich in einem dramatischen Ausmaß erhitzt. Wir haben die Chance, dagegen anzuarbeiten; und wir tun es mit diesem Gesetzespaket, das wir heute vorlegen.

Das Gesetzespaket setzt die Ziele, die die alte Bundesregierung schon beschlossen und die diese Bundesregierung übernommen hat, in konkrete Maßnahmen um. Wir werden die Treibhausgasemissionen damit bis 2030 um 65 Prozent senken und bis 2040 um 88 Pro-

zent. Wir werden die Stromerzeugung durch erneuerbare Energien bis 2030 auf 80 Prozent anheben und dann in der Mitte der 30er-Jahre im Strombereich die Treibhausgasneutralität erreichen können. Wir richten den Netzausbau diesen Anforderungen entsprechend neu aus. Wir heben die Ausschreibungsmengen für Windenergie auf See, also offshore, an. Wir nutzen dafür neue Instrumente, die noch nicht ausgewiesene Flächen ebenfalls in die Ausschreibung geben, sodass die Industrie dann die Chance hat, diesen Windstrom auch verstärkt für die Produktion von Wasserstoff zu nutzen.

Andreas Jung, CDU:

Viel Papier führt nicht automatisch zu schnellem Fortschritt



Andreas Jung (*1975)
Wahlkreis Konstanz

Seitens der Unionsfraktion befürworten wir aus Überzeugung und mit Nachdruck das Ziel eines beschleunigten Ausbaus der erneuerbaren Energien. Es ist eine notwendige Antwort auf die Klimakrise, und es macht uns unabhängiger von fossilen Importen aus Russland. Da muss jetzt beherzt und energisch vorgegangen werden. Das ist unsere Linie in diesen Beratungen.

Es geht uns dabei darum, das, was wir hier tun, in einen europäischen Kontext zu bringen, es auch

Wir sorgen außerdem dafür, dass die Beteiligung der Menschen in diesem Land an den erneuerbaren Energien deutlich gesteigert wird: Bürgerwindparks, Eigenstromverbrauch, die Möglichkeit der Kommunen, von den Windparks zu profitieren – all das wird deutlich angehoben, sodass die Demokratisierung des Energiesystems, die Teilhabe der Menschen am Energiesystem tatsächlich noch mal deutlich angehoben und erweitert wird, bis an die Grenze des Möglichen.

Wo ich die Zwischenrufe hier von ganz rechts höre – hören Sie mir kurz zu; jetzt wird es interessant: – Sie werden vielleicht mitbekommen haben, dass gestern ein schwedisches Unternehmen – Northvolt – eine Investitionsentscheidung von 4,5 Milliarden Euro zur Batterieproduktion in Deutschland getroffen hat. Dieses Unternehmen hat europaweit nach dem besten Standort gesucht. Es hat sich für einen Standort

ort entschieden, der die höchste Durchdringung mit erneuerbaren Energien hat. Es hat sich europaweit für den Standort entschieden, wo die meisten erneuerbaren Energien verfügbar sind.

Das zeigt, dass wir nicht nur das Klima schützen, dass wir nicht nur das außen- und sicherheitspolitische Souveränität gewinnen, sondern Wohlstand und Wertschöpfung, Arbeitsplätze und die Industrie der Zukunft jetzt aufbauen. Wir schaffen damit auch die Zukunft für den Wohlstand in diesem Land. Alles spricht dafür, jetzt mit großer Geschwindigkeit und mit großer Entschlossenheit den Ausbau der Erneuerbaren und die Klimaneutralität umzusetzen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

durch globale Energie- und Klimapartnerschaften voranzubringen. Das beherzte Handeln hier in Deutschland und das Bekenntnis zum internationalen Klimaschutz sind zwei Seiten einer Medaille. Wir sollten immer im Kopf haben: Das, was wir hier machen, muss innovativ sein, muss weltfähig sein, muss dazu angelegt sein, dass wir – gemeinsam mit Partnern – Klimaschutz durch eine nachhaltige Energieversorgung voranbringen. Das ist unser Maßstab.

Herr Minister Habeck, Sie haben ein umfassendes Paket vorgelegt. Das Ziel, Hemmnisse abzubauen, unterstützen wir. Wir stellen aber fest: Viel Papier führt nicht automatisch zu schnellem Fortschritt. Wir stellen fest, dass Sie einen starken Schwerpunkt auf Sonnenenergie und Wind setzen. Das teilen wir; sie werden den größten Beitrag leisten. Wir stellen aber auch fest, dass es in Ihrem Entwurf bei Geothermie, Biomasse und Wasserkraft Regelungen gibt, die die Potenziale auch dieser erneuerbaren Energien nicht

ausnutzen. Deshalb ist unser Anspruch, in den Beratungen dazu zu kommen, dass die Potenziale aller erneuerbaren Energien ausgeschöpft werden, dass bestehende Hemmnisse abgebaut werden und dass keine neuen Hürden eingezogen werden. Letzteres nehmen wir aber bei dieser Vorlage wahr.

Das ist die grundsätzliche Linie. Ich will aber auch ganz konkret sagen, wo wir diese Hemmnisse sehen. Es soll – aus Gründen, die wir nicht nachvollziehen können – eine Deckelung zur Einspeisung von Biomethan in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen geben. Ich bitte die Vertreter der Koalition zu er-

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.
www.bundestag.de/live/tv/index.html

klären, warum. Sie haben doch in vielen Reden hier und in der Öffentlichkeit zu Recht gesagt: Wir müssen jetzt alles tun, um von russischem Gas wegzukommen. Wir müssen alles tun, um es durch heimische Produktion zu ersetzen. – Da haben wir eine Möglichkeit, und ausgerechnet die soll jetzt in Ihrem Entwurf gedeckelt werden; das werden wir nicht mittragen.

Sie wollen auch einen Deckel für Modernisierungen bei der Wasserkraft einziehen. Wir sind der Meinung, dass auch die Wasserkraft mit ihren Möglichkeiten einen Beitrag leisten muss, dass es falsch ist, sie nachrangig zu behandeln, dass es falsch ist, mit Ihren Vorschlägen zur Vergütung Modernisierungen zu verhindern, weil Modernisierungen nicht nur zu mehr erneuerbaren Energien, sondern auch zu besseren Bedingungen bei der Gewässerökologie führen. Sie wollen in

Ihren Vorschlägen einen Deckel bei der Wasserkraft einziehen. Die Wasserkraft ist das faule Ei in Ihrem Osterpaket; das muss sich ändern, und so werden wir uns in den Beratungen einbringen.

Wir unterstützen ausdrücklich alle Vorschläge, die dazu geeignet sind, gerade die Wärmeproduktion durch Geothermie voranzubringen, dabei auch Akzeptanz zu schaffen und die Rahmenbedingungen zu verbessern. Da ist im Gesetz bereits länger die Ankündigung enthalten, dass es irgendwann eine Degression gibt, ohne zu sagen, wann die kommen könnte. Wir sind der Meinung, dass wir das in einer gemeinsamen Initiative konkretisieren sollten. Denn die Unsicherheit – wann könnte es unter welchen Bedingungen eine Degression geben? – widerspricht der Planungssicherheit; deshalb müssen wir auch da besser vorankommen.

Ausdrücklich unterstützen wir die Bemühungen, Sonnenenergie zu nutzen, zum Beispiel auf Dächern, auf Parkplätzen, auf Gewerbeflächen, auf Konversionsflächen, auch in der Doppelnutzung, um Nutzungskonflikte zu vermeiden. Wir glauben aber, dass das, was im Erneuerbare-Energien-Gesetz gemacht wird, durch eine ganz klare Botschaft ergänzt werden muss, nämlich: Steuerfreiheit für die kleinen PV-Anlagen bis zu einer installierten Leistung von 30 kW. Wir haben in der letzten Periode einen Anfang gemacht bis 10 kW. Es gibt eine Bundesratsinitiative des Landes Baden-Württemberg, vorgestellt von dem grünen Finanzminister, die wir unterstützen. Es wäre eine

ganz klare Botschaft: Wer so eine Anlage auf seinem Dach installiert, zahlt keine Steuern. – Das wäre eine Ermunterung für den Ausbau erneuerbarer Energien, es wäre ein Abbau von Bürokratie und würde automatisch einen Schub bringen. Das werden wir in die Beratungen einbringen.

Beim Ausbau der Windenergie, die beschleunigt werden muss – auch dieses Ziel teilen wir –, machen Sie Vorschläge zum Ausgleich zwischen erneuerbaren Energien und Artenschutz. Bei anderen Vorschlägen im Planungsverfahren, die richtig sind, möchten wir darauf drängen,

dass der Gedanke der Regionalplanung verstärkt wird. Die Regionalplanung ist die Möglichkeit, Ziele verbindlich festzulegen

und diese dann im Planungsverfahren, im Dialog tatsächlich zu erreichen, aber gleichzeitig Akzeptanz für andere Anliegen zu schaffen. Das ist uns ein besonders wichtiges Anliegen, und das kann nur in einer engen Abstimmung mit den Bundesländern erreicht werden. Wir brauchen ein breites gesellschaftliches Bündnis. Das beginnt aber damit, dass Ihrer Reise durch die Bundesländer jetzt echte Verhandlungen folgen, in denen man sich auf Ziele, Instrumente und ein gemeinsames Vorgehen verständigt. Wir haben die Erwartung, dass das jetzt der nächste Schritt ist. Das haben wir bisher nicht wahrgenommen; es ist aber notwendig, um die Fortschritte, die notwendig sind, mit breiter Akzeptanz voranzubringen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Wasserkraft ist das faule Ei in Ihrem Osterpaket, das muss sich ändern.

Dr. Nina Scheer, SPD:

Die erneuerbaren Energien müssen das Bevorzugte sein



Nina Scheer (*1971)
Wahlkreis 10

Bereits vor dem russischen Angriffskrieg und den sich anschließenden Maßnahmen zur Beendigung der Importabhängigkeiten von Energie aus Russland war der schnellstmögliche Umstieg auf erneuerbare Energien die zwingende und schlüssige Konsequenz zur Begrenzung des menschengemachten Klimawandels. Nun muss aber vor dem Hintergrund des Angriffskrieges jetzt erst recht gelten, diese Politik beschleunigt zu verfolgen, auch um nicht erpressbar zu werden.

Wie Bundesminister Robert Habeck gerade erläuterte, kündigte Russland gestern nun Sanktionen gegen Teile des Gas Konzerns Gazprom Germania an, der seit Anfang April unter der Treuhandverwaltung der Bundesnetzagentur steht. Es ist noch offen, welchen Einfluss

dies auf die weiteren Importe haben wird, auch wenn aktuell die Gasversorgung gesichert ist. Genau zu beobachten ist aber an dieser Stelle auch, dass vonseiten der Ukraine zurzeit ein Durchleitungsstopp von Gas aus Russland verfolgt wird. Es muss auch hier ausgeschlossen werden können, dass diese Maßnahmen ein gegen Deutschland gerichtetes Druckmittel sind; auch dies wäre inakzeptabel.

Wirtschaft und Gesellschaft sind auf eine verlässliche Energieversorgung angewiesen, und zwar weltweit. Bereits die Endlichkeit fossiler Ressourcen bei gleichzeitig steigender Weltbevölkerung und noch dringlicher die Klimafolgenwirkungen aus Verbrennung fossiler Energieressourcen erfordern verstärktes Handeln. Wir brauchen den schnellstmöglichen Umstieg auf erneuerbare Energien. Wir brauchen die Beseitigung von Mengenbegrenzungen, die sich über die letzten Jahre angehäuft haben. Und wir brauchen die Beseitigung vieler versteckter Planungshemmnisse.

In diesem Handeln steckt die Chance auf Energiesicherheit, auf Überwindung von Konflikten und Kriegen um fossile Res-

ourcen – die wir etwa in den Irakkriegen schon hatten – und auch auf Vermeidung von massiven Gesundheitsschäden, die durch die Verbrennung fossiler Ressourcen sowie weitere Klima- und Umweltfolgewirkungen entstehen. In diesem Handeln steckt außerdem die Chance, Biodiversitätsverluste durch Klimawandel zu vermeiden. Der beste Garant, Arten zu erhalten, ist, den Klimawandel zu stoppen.

Wenn wir nun mit dem Osterpaket, das wir jetzt parlamentarisch verhandeln, für 2030 von 750 Terawattstunden Bedarf an Strom ausgehen, ist das deutlich mehr als die heute benötigten rund 560 Terawattstunden.

Und wenn wir dann von diesen 750 Terawattstunden 80 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien haben wollen – so steht es in unserem Koalitionsvertrag –, dann ist das so viel, wie wir heute an Energie 100 Prozent dann hätten. Das haben wir vor. In acht Jahren wollen wir 80 Prozent erreichen. Das ist die Menge, die auf heute bezogen eine 100-prozentige Versorgung durch erneuerbare Energien bedeutet. Das ist ein großer Kraftakt, das ist aber auch not-

wendig, um genau diese Schwierigkeiten, die ich gerade erläutert habe, zu überwinden. Es muss uns klar sein: Die erneuerbaren Energien sind die kostengünstigsten Formen, Energie zu gewinnen. Je schneller wir es schaffen, auf diese umzusteigen, desto schneller machen wir uns unabhängig von Preissteigerungen und desto schneller machen wir uns unabhängig von Erpressbarkeit, die aktuell wegen Importabhängigkeiten bestehen. Um noch mal kurz anzuschließen: Die Sonne schickt uns keine 20-jährigen oder 15-jährigen Vertragsbindungen oder mit Franz Alt gesprochen: „Die Sonne schickt uns keine Rechnung“.

Solange die Nutzung fossiler Energien noch nicht gänzlich überwunden wurde und aktuell an einem Umstieg auf alternative Bezugsquellen auch für fossile Energien gearbeitet wird, darf es zu keiner schleichenden, faktischen Bevorzugung von fossilen Energieträgern gegenüber erneuerbaren Energien kommen. Wenn wir heute etwa auch das LNG-Gesetz einbringen, auf das meine Kollegen Timon Gremmels und Bengt Bergt noch eingehen werden, wird es auch darauf ankommen, das hier verbrieft überragende öffentliche Interesse, das angesichts der Notlage für den Bau von LNG-Anlandungsmöglichkeiten verbrieft ist, auch auf erneuerbare Energien zu übertragen.

Es darf nicht sein, dass wir durch die Prioritätensetzungen, die angesichts des Krieges auf uns hereinprasseln, zu einer schleichenden Zielverschiebung kommen und wir am Ende von solchen Gesetzgebungsverfahren auf einmal erkennen müssen:

Wir haben eine Bevorzugung von fossilen Energieträgern gegenüber erneuerbaren. Nein, das muss umgekehrt sein. Die erneuerbaren Energien müssen immer das Bevorzugte sein, sonst lähmen wir uns in der Energiewende, statt sie zu befördern.

Herr Jung, um auch darauf einzugehen: Natürlich darf es auch keine neuen Deckelungen im Kontext der europäischen Rahmensetzung geben, sondern die erneuerbaren Energien sind ohne Deckelung voranzubringen. Das ist das Primat der erneuerbaren Energien. Es stellt sich zudem die Aufgabe, Engpässe zu überwinden. Wir haben massive Lieferkettenschwierigkeiten; diese betreffen natürlich auch die Energiewende. Auch hier müssen wir schnellstens handeln. Es darf nicht sein, dass die Auswirkungen sich auch in der Energiewende niederschlagen.

Wir haben mit dem Osterpaket enorme Weichenstellungen vor, um die Planungshemmnisse, die Genehmigungshemmnisse zu überwinden. Eine Reihe von Maßnahmen ist dort enthalten. Weitere folgen noch durch weitere Vorlagen, wie auch das Beschleunigungsgesetz für Windkraftanlagen, das uns in den nächsten Wochen erreichen wird. Ich freue mich auf die konstruktive Zusammenarbeit in der Ampelkoalition, die wirklich vieles vorhat und vieles schon angeschoben hat. Jeder ist eingeladen, dies konstruktiv zu begleiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Der beste Garant, Arten zu erhalten, ist, den Klimawandel zu stoppen.

Steffen Kotré, AfD:

Setzen wir lieber auf Kernenergie



Steffen Kotré (*1971)
Landesliste Brandenburg

Herr Minister Habeck, wenn die Russen jetzt Gegensanktionen machen, dann ist das doch nur eine Reaktion auf den Umstand, dass Sie angefangen haben, Energie als Waffe einzusetzen. Sie haben doch vom Ölembargo gesprochen, das Sie neben vielen anderen Dingen umsetzen wollen. Wenn jetzt der Bumerang zurückkommt, dann muss man sich eigentlich nicht wundern. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist eben kein Abschied von den Fossilen. Das ist einfach nur ein Ab-

schied von der Vernunft, meine Damen und Herren, weil wir ohne die Fossilen gar nicht auskommen.

Natürlich haben Sie richtigerweise angesprochen, dass wir in der Welt jetzt mit der Versorgung mit Lebensmitteln immer mehr Probleme haben; aber wir sehen auch, dass wir Energiearmut haben. Und wir tragen dazu bei, indem wir unsere Energieversorgung schreddern und mit diesen sogenannten Erneuerbaren Wolkenkuckucksheim machen wollen. Das funktioniert nicht. Wir sehen, dass die Energieversorgung nachlässt und abgebaut wird. Und dann ist natürlich klar, dass wir dann keine Energie mehr zur Verfügung haben.

Die sogenannte Bürgerenergie, von der ich immer höre, wonach sich die Bürger selber um die Stromerzeugung kümmern sollen, ist doch irgendwie ein Zeichen, dass wir wieder zu mittelalterlichen Zuständen zurückkommen. Nein, wir haben Arbeitsteilung in unserer Volkswirtschaft. In dieser sind Unternehmen dafür zuständig, den Strom zu erzeugen.

Frau Dr. Scheer, die erneuerbaren Energien sind nicht billiger als die fossilen, sondern teurer. Bestes Beispiel: Streichen wir doch das Erneuerbare-Energien-Gesetz, dann streichen wir damit auch die Subventionen. Sie werden sehen, dass die erneuerbaren Energien dann nicht mehr ausgebaut werden können, weil sie völlig unökonomisch sind. Das ist das beste Beispiel. Die Fossilen werden nicht bevorzugt. Nein, im Gegenteil: Sie werden behindert, eben genau durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz, weil sie nämlich immer dann zurücktreten müssen, wenn die erneuerbaren Instabilen ins Netz eingespeist werden müssen. Es ist also völliger Kokolores, zu sagen, dass Fossile hier bevorzugt werden.

Man kann im übertragenen Sinne sagen, dass der Ausbau der Windenergie ein Ausbau von parasitärer Energie ist. Denn diese wetterabhängigen Windindustrieanlagen brauchen die fossile Stromerzeugung immer dann, wenn sie aussetzen und keinen Strom erzeugen. Dann springen nämlich die Fossilen ein. So ist das näm-

lich und nicht anders. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz erhält die erneuerbaren instabilen Energien einfach nur künstlich am Leben, meine Damen und Herren.

Wenn wir uns die Windindustrieanlagen anschauen, dann sehen wir, dass das Umweltverschmutzer sind: Beton, Stahl, Öl und Kahlschlag in unserer Landschaft, Lärm auf Feld und Flur. Nunmehr lesen wir, dass diese Industrieanlagen leider sogar in Naturschutzgebieten aufgestellt werden dürfen. Das ist ein völliges Unding. Es gab mal eine Umweltschutzpartei. Die ist aber leider längst beerdigt. – Es gab auch mal eine Friedenspartei. Die ist auch beerdigt. Das Gegenteil ist leider der Fall.

Wenn wir uns die Windindustrieanlagen noch mal genau anschauen: Es gibt neuste Studien, die sagen, sie führen zu mehr Wärme und Trockenheit im Mikroklimabereich; neuste Studien sagen das. Das ist ja genau das Gegenteil von dem, was Sie vorgeben mit diesen Windindustrieanlagen eigentlich bewirken zu wollen. Insofern ist das wieder ein irrationaler Aspekt in dieser gesamten irrationalen Energiepolitik, in dieser gesamten weltdümmsten Energiepolitik, meine Damen und Herren.

Woran erkennen wir Diktaturen? Wir erkennen sie an der Einschränkung der Rechte. Woran erkennen wir die Anfänge einer links-grün-gelben Ökodiktatur? Eben genau an der Einschränkung der Einspruchsmöglichkeiten für die Bürger. Wenn ich höre, dass schon wieder diskutiert wird, dass man die Abstandsregeln zu Wohnhäusern schleifen will, dass also jeder in seinem Vorgarten so eine Windindustrieanlage hingestellt bekommen kann und dann auch noch der Prozessweg eingeschränkt ist, meine Damen und Herren, dann hat das nichts mehr mit einem Rechtsstaat zu tun, so wie wir ihn verstehen und so, wie wir von der AfD ihn auch verteidigen.

Windindustrieanlagen jetzt noch als Gegenstand der nationalen Sicherheit zu deklarieren, ist ja nun völliger Hohn. Im Gegenteil: Diese Windindustrieanlagen sind ein nationales Sicherheitsrisiko

für Mensch, für Tier, für Umwelt und für die Versorgungssicherheit. Setzen wir lieber auf Kernenergie. Damit kommen wir besser voran.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD – Timon Gremmels (SPD): Mein Gott!)

Diese Windindustrieanlagen sind ein nationales Sicherheitsrisiko für Mensch, für Tier, für Umwelt.

Michael Kruse, FDP:

Wir möchten, dass ein Luxusgut zum Standardgut wird



Michael Kruse (*1983)
Landesliste Hamburg

Sehr geehrter Herr Kotré, Sie sprechen von den Anfängen einer Diktatur. Ich stelle mal fest: In diesem Land besteht Meinungsfreiheit. Die Tatsache, dass Sie von diesem Pult hier jeden Stuss absondern dürfen, den Sie sich so überlegen, ist das beste Indiz dafür, dass in diesem Land Meinungsfreiheit besteht, Herr Kotré. Ich kann ja verstehen, dass

Sie sich gerne weiterhin auf Russland verlassen möchten. Ein Blick auf die Zahlungsströme, die es in Ihre Richtung gibt, legt nahe: Sie können diesen Abstand auch finanziell nicht gut verkraften.

Aber wir alle wissen, dass die letzten beiden Großen Koalitionen sich genau wie Sie auf Russland verlassen haben. Ich stelle fest: Jetzt sind wir verlassen, weil wir uns zu lange auf Russland verlassen haben.

Deswegen unternehmen wir jetzt mit Höchstgeschwindigkeit alle Maßnahmen, die erforderlich sind, um uns von Russland unabhängig zu machen. Deswegen besprechen wir hier heute das LNG-Infrastrukturbeschleunigungsgesetz. Deswegen gehen wir mit Full Speed voran, wenn es darum geht, jetzt Alternativen zu schaffen zu dem, was Sie gerne noch weiter etablieren würden. Wir gehen diesen Weg nicht mit, und zum Glück folgt uns ein großer Teil der

Bevölkerung in Deutschland, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

Wir machen aktuell den größten Ausbau der erneuerbaren Energien, den es in den letzten 25 Jahren oder wahrscheinlich jemals gegeben hat. Mit diesem großen Ausbau ist auch eine große Verantwortung verbunden, insbesondere auch für uns hier im Hause im Verfahren. Denn es ist ja nicht üblich, dass – wie in diesem Verfahren – ein Gesetzentwurf durch das Kabinett geht und es an der einen oder anderen Stelle abgestimmterweise noch Diskussionsbedarf gibt. Ich bin dem Minister deswegen sehr dankbar, dass er hier an dieser Stelle die entsprechenden Punkte entsprechend eingeordnet hat. Denn die Verantwor-

tung für den Erfolg dieses Gesetzes liegt jetzt bei diesem Haus. Und auch die Verantwortung für eine Einigung über wichtige Ziele, die wir mit diesem Gesetz erreichen wollen, liegt bei diesem Haus. Gerade in Richtung derjenigen, die hier jetzt immer dazwischenschreien, sage ich auch: Sie liegt nicht nur bei denjenigen, die hier die Regierung tragen, sondern Einfluss auf dieses Verfahren hat jeder einzelne und jede einzelne Abgeordnete.

Wir haben mit den beiden Gesetzgebungsverfahren, die wir jetzt bereits abgeschlossen haben, im Bereich der Gasspeicher und im Bereich der Energiesicherheit gezeigt, dass wir konstruktive Hinweise aus der Opposition sehr wohl bereit sind nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern auch in unsere Gesetze einzuarbeiten.

– Herr Kollege, das ist nicht großzügig, sondern das ist klug. – Nein, ich tue nicht nur so, sondern wir nehmen gute Ideen auf, auch aus der Opposition; dafür sind wir uns nicht zu fein. – Wissen Sie, was

das Problem mit Ihnen ist? Das Problem ist: Aus Ihrer Richtung ist noch kein einziger konstruktiver Vorschlag für unsere Gesetze gekommen. Das ist das ganze Problem.

Wir wollen mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz dafür sorgen, dass wir klimaneutrale Energieversorgung erreichen. Wir möchten, dass in Deutschland ein Luxusgut zum Standardgut wird. Das ist das, was wir hier machen. Wir sorgen dafür, dass die erneuerbaren Energien für jeden bezahlbar werden. Wir sorgen auch dafür, dass an den Stellen, an denen es eine riesige Kostendegression gibt – die haben die Erneuerbaren nämlich in allen Bereichen hingelegt; Sie haben das nicht zur Kenntnis genommen; aber das ist ja trotzdem der Fall – und sie so groß ist, dass es möglich ist, auch ein Einstieg in den Ausstieg der Dauersubventionierung erfolgt; denn es ist nicht das Ziel –

Wir haben schon im Koalitionsvertrag wichtige Weichenstellungen vorgenommen und uns Ziele gesetzt. Wir haben das öffentliche Interesse der erneuerbaren Energien deutlich hervorgehoben, und

Fortsetzung auf nächster Seite

Wir sorgen dafür, dass die erneuerbaren Energien für jeden bezahlbar werden.

wir sind auch auf dem wichtigen Weg, uns alle anderen Bereiche, die hier, in der Öffentlichkeit und in der Fachöffentlichkeit kritisch diskutiert werden, noch einmal anzuschauen.

Die kleine Wasserkraft ist angesprochen worden.

Ich kann für meine Fraktion sagen, dass es uns auch sehr wichtig ist, darauf zu schauen, dass das Geld, das wir hier für

den Ausbau der Erneuerbaren einsetzen, auch wirklich die volle Wirkung entfaltet, dass wir also sehr darauf gucken werden, welchen Grenznutzen der eingesetzte Euro hat, dass wir ihn ge-

rade da einsetzen, wo er den maximalen Nutzen erzielt, damit wir mit dem Ausbau der Erneuerbaren bestmöglich und schnellstmöglich vorankommen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Klaus Ernst, Die Linke:

Überlegen Sie bitte, ob das alles richtig ist, was Sie tun



Klaus Ernst (*1954)
Landesliste Bayern

Der beschleunigte Ausbau erneuerbarer Energien ist nicht nur ein Gebot der Stunde; denn das war er eigentlich auch schon vorher. Deshalb unterstützen wir natürlich voll die Richtung, in die es jetzt geht.

Mich freut es auch, dass jetzt auch die Union voll mitmacht. Herr Jung, das war ja nicht immer so. Im letzten Jahr habe ich den Eindruck gehabt: Sie standen da eher ein bisschen auf der Bremse; das hat auch Ihr damaliger Koalitionspartner oft bemängelt. Wenn wir jetzt eine neue Dynamik haben, dann ist es gut und richtig.

Die Ziele sind sehr ambitioniert: Windenergie in 8,5 Jahren verdoppeln, dreieinhalbmal so viele Photovoltaikanlagen, mehr als viermal so viel Windenergie auf See, wenn ich es richtig verstanden habe. Ich glaube, wir müssen auch darüber reden, was alles passiert, wenn wir das vielleicht nicht erreichen, und dann über die Schranken reden, die wir versuchen müssen zu beseitigen, dass wir dieses Ziel auch erreichen; denn bis jetzt steht es ja nur auf dem Papier. Bis jetzt ist noch nichts passiert. Das heißt: Bis jetzt haben wir noch genau dieselben Abhängigkeiten wie vorher, und die wollen wir ja ändern.

Ich sage Ihnen eins, was dem entgegensteht, was Sie vorhaben. Das ist die Frage „Wie entwickeln sich eigentlich die Preise?“, weil alles, was Sie vorschlagen, ein Höchstmaß an Investitionen erfordert, auch der Privaten. Und wenn ich dann den Privaten zuhöre – wir hatten am Montag eine Anhörung bei uns im Ausschuss für

Klimaschutz und Energie –, dann stelle ich fest, dass zum Beispiel die Glasindustrie sagt, dass allein durch die Preissteigerung bei Energie, die wir zurzeit haben, ein sinnvoller Betrieb von Glashütten in der Bundesrepublik kaum noch möglich ist. Wir hatten da einen, der hat sogar überlegt, seine künftigen Investitionen in den USA zu tätigen und nicht mehr bei uns.

Wir haben gleichzeitig hohe Preissteigerungen bei den Investitionen, die wir brauchen, um das, was wir mit erneuerbaren Energien erreichen wollen, auch umsetzen zu können. Da sage ich: Da müssen wir schon darüber nachdenken, ob das, was wir da momentan machen, auch hinsichtlich der Sanktionen, Herr Habeck, wirklich zielführend ist.

Wenn wir den Russen dauernd sagen – wir sind ja die, die das sa-

gen; denn bis jetzt liefern die Russen an uns jedenfalls zuverlässig, bis jetzt! -: „Wir nehmen euch euren Kram nicht mehr ab“, dann ist natürlich auch irgendwann zu überlegen: Was machen dann eigentlich die anderen? Also beim Schach habe ich gelernt: Wenn ich einen Zug mache, muss ich, bevor ich den mache, überlegen: Was macht der andere? Was kommt jetzt? Wie kann der reagieren?

Selbstverständlich hätten wir, wie wir jetzt wissen, ein Riesensproblem, wenn das eintritt, was Sie am Anfang Ihrer Rede dargestellt haben, also wenn wir tatsächlich aufgrund dessen, wie die Russen

jetzt reagieren, einen Energieversorgungsstopp bei Gas hätten. Also wäre es doch jetzt auch Ihre Aufgabe als Bundesregierung, zu gucken: „Wie können wir das verhindern?“, nicht nur zu fragen: „Wie können wir weiter unsererseits mit Sanktionen drohen?“, sondern auch: „Können wir das verhindern?“ Denn ich habe den Eindruck: Wenn wir so weitermachen, gefährden wir mit unserer Politik auf dieser Seite die Energiepolitik, die wir wollen, auf der anderen Seite, und dann haben wir mit Zitronen gehandelt. Dann haben wir nichts erreicht. Ich habe den Eindruck: Das ist noch nicht so richtig klar.

Nehmen wir die Raffinerie in Schwedt. Ich war dort, und Sie waren auch dort. Ich war vorher dort. – Es war halt so; ich konnte es nicht verhindern. Wenn ich mit den Leuten spreche, sagen sie: Ja, wir haben da ein Riesensproblem, weil die Logistik für Alternativen, damit wir die Ölversorgung weiter-

betreiben können, überhaupt noch nicht gegeben ist. Wenn ich dann die Vorschläge nachrechne, die es gibt, dann komme ich zu dem Ergebnis, dass es keineswegs so ist, dass die Raffinerie in irgendeiner Weise gesichert ist.

Also, ich bitte Sie einfach, darüber nachzudenken, dass, wenn man die Ziele umsetzen will, die Sie hier vortragen – und die sind ja gut und richtig; die unterstützen wir auch gerne –, wir dann auch alles dafür tun müssen, dass es auch klappt. Und klappen tut es nicht, wenn man durch die Maßnahmen, die wir sonst ergreifen, zu einer Preisentwicklung beitragen, die nicht nur die Bürger in einer unerträglichen Weise belastet, sondern auch die Unternehmen, weil sie die Investitionen, die sie für neue Energien brauchen, nicht haben. Und deshalb überlegen Sie bitte, ob das alles richtig ist, was Sie tun. Ansonsten sind Ihre ambitionierten Ziele, die wir nachdrücklich unterstützen, eigentlich für die Tonne.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Bis jetzt haben wir noch dieselben Abhängigkeiten wie vorher, die wollen wir ändern.

Dr. Julia Verlinden, Bündnis 90/Die Grünen:

Das ist ein wichtiger Schritt gegen das Fieber des Planeten



Julia Verlinden (*1979)
Landesliste Niedersachsen

Ich möchte kurz auf das angesprochene LNG-Gesetz eingehen, das wir jetzt im Parlament beraten werden. Dabei ist natürlich wichtig, dass wir uns mit den europäischen Partnern abstimmen und auch deren geplante Kapazitäten im Blick haben. Dazu gehört natürlich, dass wir bei den aufzubauenden Kapazitäten sorgfältig auf eine gute Balance zwi-

schen selbstverständlich notwendiger Notfallabsicherung für den Fall der Fälle in den nächsten Jahren und der Wirtschaftlichkeit dieser Kapazitäten achten. Selbstverständlich gehört dazu, dass die Laufzeit für die Nutzung fossilen Flüssiggases auch auf die Klimaziele abgestimmt wird und – last, but not least – dass es eine in dieser Krisensituation angemessene Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gibt. Denn klar ist doch, dass der Erdgasverbrauch bei uns in Europa in den nächsten Jahren deutlich sinken wird und zugleich die dringend notwendige Infrastruktur auch für Wasserstoff aufgebaut werden muss. Ich denke, wir werden sehr verantwortungsvoll und zügig diesen Gesetzentwurf beraten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine fundamentale Transformation unserer Gesellschaft steht an. Wir handeln gegen die stetig steigenden Temperaturen und, um

die eskalierende Klimakrise abzu-bremsen. Vorgestern teilte die Weltwetterorganisation mit, dass ein Überschreiten der 1,5-Grad-Grenze schon bis 2026 möglich sei. In Deutschland haben wir im Jahresdurchschnitt eine Erhitzung um 2 Grad schon fast erreicht, und hier in Berlin und Brandenburg geht es jetzt in das fünfte Jahr der Dürre.

Das Gesetzespaket ist ein wichtiger Schritt gegen das Fieber des Planeten und zugleich eine Krisenreaktion gegen hohe Energiepreise, gegen fossile Inflation und gegen fossile Abhängigkeiten. Was wir heute im Parlament einbringen, das hätte schon vor Jahren passieren müssen. Wir stellen als Erstes den Zielkorridor neu auf, mit Ausbaupfaden bei Windenergie und Solarenergie, die uns auf den Weg zu einem dekarbonisierten Stromsektor bringen. Es liegen noch einige Wochen Debatten vor uns, bis wir uns hier zum Be-

schluss dieser Gesetzesnovelle wiedersehen. Aber schon jetzt ist sicher: Wir werden uns dafür einsetzen, die besten Bedingungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien zu schaffen, die wir in den letzten 20 Jahren hatten. Damit ist das Startsignal für den Turboausbau jetzt da.

Im EEG stellen wir nun auch fest, was in diesen Tagen so offensichtlich ist wie nie: Die erneuerbaren Energien sind im öffentlichen Interesse. – Das stand übrigens bereits in einem Entwurf der EEG-Novelle in der letzten Legislatur. Aber Sie von der Union haben das dann schnell lieber wieder gestrichen. Es ist also ein schönes Beispiel für Ihre energiepolitische Kurzsichtigkeit.

Mein Appell an Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen: Machen Sie im Wahlkreis Werbung für die erneuerbaren Energien! Setzen Sie sich ein für die Freiheitsenergien vor Ort; denn die dezentrale, die erneuerbare Energieversorgung wird vor Ort gemacht. Das gilt für das Repowering von alten Windrädern genauso wie für die Flächenbereitstellung für neue Solarparks.

Wir schaffen hier im Parlament die Grundlagen, aber gebaut wird vor Ort. Also, rauf mit der Photo-

voltaik auf die Dächer, auch auf Turnhallen und auf Rathäuser! Liebe Kommunen, stellen Sie jetzt dringend die benötigten Flächen zur Verfügung! Ermöglichen Sie die dringend notwendigen Investitionen! Alle müs-

sen mithelfen, damit wir schneller sind als die Klimakrise.

Mit dem neuen EEG wird es außerdem auch endlich wieder Raum für die Bürgerenergie geben. Die Energiewende hat eine

große Unterstützung in der Bevölkerung, und Bürgerenergie ermöglicht, dass alle unbürokratisch selbst bei dieser Transformation mitmachen können, zum Beispiel ohne Ausschreibung loslegen können. Zudem

hat die Bundesregierung bereits Eckpunkte für ein separates Förderprogramm der Bürgerenergie nach dem Vorbild von Schleswig-Holstein vorgelegt. Ich bin dafür sehr dankbar.

Liebe Freundinnen und -

Liebe Kolleginnen und Kollegen, packen wir es an! Ich freue mich auf die Beratungen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Thomas Heilmann, CDU:

Wir Christdemokraten wollen einen Turbo für die Erneuerbaren



Thomas Heilmann (*1964)
Wahlkreis Berlin-Steglitz-Zehlendorf

Liebe Osterpaket-Gläubigen! Wir unterstützen grundsätzlich die Intention Ihres Osterpaketes, den Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland drastisch zu beschleunigen. Und ausdrücklich begrüßen und unterstützen wir auch die von Ihnen heute Morgen wieder genannte Begründung, warum wir das brauchen. Wir glauben allerdings nicht, dass Sie Ihre Ziele und den versprochenen Erfolg mit diesen Maßnahmen allein werden erreichen können. Auch die Folgeinitiativen, die Sie ja schon angekündigt haben und die natürlich grundsätzlich auch den richtigen Zielen folgen, werden diese Ziele nicht erreichen. Ostern ist zwar das Fest der Gläubigen. Aber wir sind noch keine Osterpaket-Jünger, und ich sage ausdrücklich: leider! Vielleicht kriegen wir es ja noch hin, wie auch die Ampelredner gesagt haben.

Warum werden Sie Ihre Ziele nicht erreichen?

Erstens. Sie setzen zu wenig auf den Markt und stattdessen auf kleinteilige Vorgaben. Der Staat kann nicht alles planen, sondern er sollte den Rahmen und die Richtung vorgeben und innerhalb dessen den Markt die beste Lösung finden lassen. Ich will Ihnen ein Beispiel geben: Sie geben ziemlich genau vor, welches Geschäftsmodell Sie unterstützen. Entweder man speist vollständig ein, oder man verbraucht den Strom selbst. Kombinationen etwa mit netzdienlichen Speichern stellen Sie schlechter. Sie wollen keine Biomasse – Andreas Jung hat es

erwähnt -, selbst dann nicht, wenn sie aus Strohresten oder anderen Abfällen stammt. Wasserkraft lehnen Sie praktisch auch ab. Und nein, Frau Verlinden, auch die Bürgerenergiegesellschaften sind nicht wirklich zufrieden, und ich werde Ihnen gleich ein Zitat von denen vorlesen. Ich will auch sagen, dass Sie die Innovationsausschreibungen jetzt zwar als Instrument fortsetzen, aber in zu geringem Umfang. Diese Gängelungen sind grundfalsch. Oder anders gesagt, gerade an die Adresse der FDP: Freiheitsenergien brauchen Freiheit.

Das zweite Grundproblem, das wir sehen, ist: Sie wollen nur den Bau von Windrädern und Photovoltaik auf Dächern beschleunigen, was richtig ist. Aber genauso entscheidend im ganzen System sind Übertragungsnetze, die Speicher, sind die Transistoren, sind die neuen digitalen Steuerungen, die Geothermie, Elektrolyseure. Alle neuen Elemente für unsere neue Wirtschaft müssen beschleunigt werden, nicht nur bestimmte Teile. Denn die gesamte sich transformierende Wirtschaft leidet unter Langsamkeit, unnötigen Vorschriften, Vielfachdokumentationen, widersprüchlichen Bescheiden und vielem mehr.

Wir müssen die Komplexität in unserem Staat insgesamt abbauen. Spezialgesetzliche Änderungen sind richtig und wichtig. Aber wenn das Grundproblem unserer blockierten Verwaltung nicht angegangen wird, dann wird Deutschland zu langsam, zu bürokratisch und zu starr bleiben. Das sagen wir übrigens nicht erst jetzt, sondern das sagen wir seit mehreren Jahren und sind ein bisschen enttäuscht, dass die neue Ampelregierung auch bei ihrer Digitalstrategie die wirklich entscheidenden Schritte offensichtlich nicht gehen möchte.

Jetzt werden Sie gleich sagen, diese Kritik sei das Nörgeln der Opposition. Bitte lesen Sie einmal die vielen Stellungnahmen zu Ihrem Osterpaket. Wie ein roter Faden zieht sich unsere Kritik durch die Analysen der Fachleute und Betroffenen, übrigens auch oft

vorgetragen von Institutionen, die sich seit Jahren für klimaneutrale Wirtschaft starkmachen:

Der Bundesverband WindEnergie sagt:

In ihrer aktuellen Version tragen die Vorschläge keinesfalls ausreichend zu einer Lösung der bestehenden Blockaden bei.

Von einem „Bürokratiekarussell über alle föderalen Ebenen“ stöhnt der für Schwertransporte zuständige Chef beim Güterverkehrsamt. Das Bündnis Bürgerenergie, Frau Verlinden, widmet dem Problem ein ganzes Kapitel zum Osterpaket unter der schönen Überschrift „Bürokratische Hürden bleiben – Lösungen werden vertagt“. Das Gesetz dürfe nicht – so wörtlich – „als Schönheitsreparatur in die Geschichte“ eingehen. Gebraucht würde „die längst überfällige administrative Entschlackung des EEG“. Der Solarenergie Förderverein schreibt in

Timon Gremmels, SPD:

Wir müssen diese Krise und den Konflikt zeitgleich lösen



Timon Gremmels (*1976)
Wahlkreis Kassel

Diese Vorbemerkung sei mir gestattet: Ich finde es immer spannend, wenn Redner der Union hier ans Redepult treten und dann erzählen, die Ampelkoalition würde ihre selbstgesteckten Ziele nicht erreichen. Also, wer hat denn 16 Jahre hier

seiner Analyse:

Der versprochene Bürokratieabbau ist nur in wenigen Punkten umgesetzt worden. In anderen Fällen wurde der Bürokratieaufwand sogar noch erhöht ...

Das „Handelsblatt“ resümiert: „Warum Habecks ‚Osterpaket‘ auf der Straße stecken bleibt“. Und schließlich formuliert der BDI zwar am zurückhaltendsten, aber am Ende doch sehr klar:

Wichtig für den raschen Zubau von erneuerbaren Energien ist eine Entschlackung und starke Beschleunigung der Genehmigungsprozesse. ... Von einer zügigen Neuregelung dieser Fragen wird der Erfolg der Energiewende ... entscheidend abhängen.

Dem kann man nur zustimmen.

Herr Bundesminister Habeck, Sie haben natürlich recht: Wir stehen gemeinsam vor einer enormen Herausforderung, und da stehen wir natürlich auch an Ihrer Seite. Wir müssen die dramatisch fortschreitende Erderwärmung stoppen, und dafür ist der Ausbau der erneuerbaren Energien natürlich richtig. So haben wir keine andere Wahl, als das jetzt gemeinsam als Nation anzugehen. Und auch im Parlament haben wir keine andere Wahl, als zu versuchen,

das Osterpaket so gut zu machen, wie es geht, ganz nach der Struck'schen Regel: Kein Gesetz geht aus dem Bundestag so heraus, wie es hineingekommen ist. – Ich freue mich, dass Sie sich mit unseren Verbesserungsvorschlägen auseinandersetzen werden.

Wir bieten Ihnen umfassende Mitwirkung an – kritisch, aber konstruktiv. Wir stehen natürlich längst im Austausch mit den betroffenen Unternehmen. Aber auch Sie, meine Damen und Herren, die Sie hier im Saal oder an den digitalen Endgeräten zuschauen, können sich an uns wenden, an die Mitglieder unserer Arbeitsgruppe Klima; es gibt auch einen Klimakreis der Fraktion, es gibt die KlimaUnion – alles Anknüpfungspunkte, bei denen Sie Ihre Verbesserungsvorschläge einbringen können.

Wir Christdemokraten wollen einen Turbo für die Erneuerbaren. Ostern ist für Christen das Fest der Hoffnung. Bleiben wir also auch mit Blick auf das Osterpaket optimistisch!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

regiert? Diese Frage sollte man Ihnen noch mal mitgeben. – Schön wär's, wenn die SPD 16 Jahre den Kanzler gestellt hätte. Das kommt erst noch. Aber Sie haben mit Frau Merkel die Kanzlerin gestellt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Herr Heilmann, die Zeit nehme ich mir jetzt. Wissen Sie, wie es damals war in der Großen Koalition? Peter Altmaier hat zu Beginn der Wahlperiode ein sogenanntes 100-Tage-Gesetz eingebracht, um möglichst schnell kleinste Reformen am EEG vorzunehmen. Und es war Ihre Fraktion, die das blockiert hat. Wir als Sozialdemokraten waren bereit. Die Kollegen

Pfeiffer, Nüßlein und Co aus Ihrer Fraktion haben blockiert. Es war am Ende so peinlich, dass Herr Altmaier das Gesetz in „Energiesammelgesetz“ umbenannt hat, weil es über 300 Tage gedauert hat, bis wir kleinste Änderungen

vorgenommen haben. Die Ampel macht es genau umgekehrt. Sie legt einen großen Entwurf, das Osterpaket, heute hier nach knapp 200 Tagen auf den Tisch. Das ist der Unterschied, meine sehr verehrten Damen und Herren, zwischen der Großen Koalition-

Herren, zwischen der Großen Koalition-

Es ist die größte EEG-Reform im 21. Jahr des Bestehens des Erneuerbare-Energien-Gesetzes.

Fortsetzung auf nächster Seite

on und der Ampel.

Es ist die größte EEG-Reform im 21. Jahr des Bestehens des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, die wir heute hier einbringen und diskutieren. Wir legen damit den nachhaltigen Turbo zum Ausbau der erneuerbaren Energien ein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Natürlich haben die Ampelparteien und -fraktionen einen ganz unterschiedlichen Zugang zu diesem Thema. Die Grünen kommen in erster Linie über die Schiene Klimaschutz. Die FDP hat ihren Weg zu den erneuerbaren Energien über den Begriff der Freiheitsenergie gefunden. Für die SPD steht bei den erneuerbaren Energien eine Demokratisierung der Energieerzeugung an erster Stelle. Für uns ist es wichtig, die Menschen mitzunehmen, ein Mitmachprojekt daraus zu machen, die Bürgerenergien voranzubringen, weil das Akzeptanz steigert, die Kommunen mitzunehmen, neue Einnahmequellen zu generieren, die Stadtwerke mitzunehmen, um auch unabhängiger von Gas zu werden, Mieterinnen und Mieter mitzunehmen, also auch Menschen mit kleinerem Geld-

beutel, die vom preiswerten Sonnenstrom auf dem Dach ihres Mietshauses profitieren. Das ist der sozialdemokratische Ansatz einer Energiepolitik, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Neben der Demokratisierung ist der Sozialdemokratie der wirtschaftspolitische Aspekt wichtig; denn Energiewende ist klassische Wirtschaftspolitik. Wir schaffen damit zukunftsfähige, gute Arbeitsplätze, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Voraussetzungen dafür schaffen wir, weil das Handwerk gestärkt wird, weil immer mehr Unternehmen aus der Solarbranche wieder zurückkommen und Module und Wechselrichter in Deutschland produzieren. Wir müssen gemeinsam zusehen, Herr Habeck, dass wir auch die Windenergieindustrie hier in Deutschland behalten und sie nicht abwandern lassen. Wir brauchen gute Standorte auch zur Fertigung von Rotoren und Getrieben von Windkraftanlagen, Turbi-

nen und Ähnlichem. Das ist ganz wichtig.

Ja, die Ziele, die wir uns als Koalition gesetzt haben, sind immens. Ich nehme nur das Beispiel der Photovoltaik. Wir sehen hier eine Vervierfachung des Zubaus vor: 22 Gigawatt pro Jahr wollen wir schaffen. Und da geht es nicht, dass wir Freiflächen- und Dachanlagen gegeneinander ausspielen. Wir brauchen beides, damit das gelingt. Natürlich müssen wir als Erstes die Dächer voll machen. Aber wir müssen auch gucken, dass wir Freiflächen sinnvoll nutzen, um dieses Ziel zu erreichen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ja, die Ziele, die wir uns als Koalition gesetzt haben, sind immens.

Wenn wir jetzt gesetzgeberisch die Weichen dafür stellen, dass der Zubau gelingt, dann müssen wir industriepolitisch auch gucken, dass wir den Fachkräftemangel, dass wir die Lieferkettenprobleme beseitigen.

Ich kenne auch aus meinem Wahlkreis Unternehmen, die gerade im Bereich der erneuerbaren Energien deutlich mehr ver-

kaufen würden, wenn dort der Fachkräftemangel bzw. das Lieferkettenproblem nicht gegeben wäre. Auch darum müssen wir uns kümmern; auch das muss moderne Industriepolitik tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Da wir heute nicht nur über das EEG reden, sondern auch über das LNG-Beschleunigungsgesetz, muss man deutlich betonen: Hier wird der Einsatz fossiler Energien beschleunigt. Das machen wir nicht ganz freiwillig, sondern weil es eine Notwendigkeit ist. Aber die Maßstäbe, die wir beim Ausbau von LNG-Ports anlegen, müssen – natürlich kann man nicht alles mit allem vergleichen – im Grundsatz auch für erneuerbare Energien gelten. Wir können nicht zulassen, dass wir hier Sonderwege für die fossilen Energieträger gehen, die einen Lock-in-Effekt verursachen, meine Damen und Herren.

Bei allem, was wir tun – ja, wir

haben mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine auch ein Energieversorgungsproblem –, dürfen wir nicht vergessen: Die Klimakrise und die Erderwärmung sind nicht von der Tagesordnung verschwunden. Wir müssen beides, diese Krise und den Konflikt, zeitgleich lösen. Dafür bieten die erneuerbaren Energien gute Voraussetzungen.

Ich sage Ihnen abschließend für die SPD-Fraktion zu: Wir haben hier von Herrn Minister Habeck und der Bundesregierung einen guten Gesetzentwurf bekommen. Es ist unsere Aufgabe als Koalitionsfraktionen – und wir laden die Opposition, also die demokratische Opposition, herzlich dazu ein –, einen guten Gesetzentwurf noch besser zu machen.

In diesem Sinne: Alles Gute und Glück auf!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Karsten Hilse, AfD:

Wenn du merkst, dass du ein totes Pferd reitest, steig ab



Karsten Hilse (*1964)
Wahlkreis Bautzen I

gern einmal mehr aufgezeigt habe. Nicht nur, dass Sie das Leid des ukrainischen Volkes durch den Krieg hier in unerträglicher Weise missbrauchen, um eine völlig nutzlose, nur Schaden verursachende Sanktionspolitik gegen russische Brennstoffe zu rechtfertigen. Sie behaupten auch noch wider besseres Wissen und damit bewusst lügend, weil hundertfach widerlegt, dass andere Länder unseres selbstmörderischen Vorbild folgen.

Ein Sprichwort der Dakota lautet: Wenn du merkst, dass du ein totes Pferd reitest, steig ab. – Statt nun aber von diesem toten Pferd „Energiewende“ abzusteigen, versuchen die grünen Kommunisten – Herr Gremmlin, ohne Restalkohol geht's besser –, es mittels eines gewaltigen –

Diese Gesetze wurden von Ideologen und Realitätsverweigerern vorangetrieben.

Es geht heute um drei Gesetzentwürfe der grünen Kommunisten; anders kann man die ganze Koalition nicht mehr nennen. Sie alle wollen planwirtschaftlich die Stromerzeugung aus sogenannten Erneuerbaren in kürzester Zeit drastisch erhöhen.

Als Begründung wird Alternativlosigkeit genannt und gesagt, dass der Krieg in der Ukraine die Notwendigkeit einer beschleunigten Abkehr von fossilen Energieträ-

Also, statt nun von diesem toten Pferd abzusteigen, versuchen die grünen

Kommunisten, es mittels eines gewaltigen neuen Schuldenberges namens Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“ wieder zum Laufen zu bringen. Da ist die Rede

von einem Ausbau der Windenergie im Land auf ein Niveau von 10 000 Megawatt jährlich, um 2030 die Fantasiemenge von 130 000 Megawatt installierter Leistung zu erhalten. Das wären ab sofort 2 000 Vogelkiller der 5-Megawatt-Klasse – das sind die richtig großen – pro Jahr. Dafür bräuchten wir pro Jahr 5 Millionen Tonnen Beton, 11 Millionen Tonnen Stahl – immerhin ein Viertel der deutschen Jahresproduktion –, 430 000 Tonnen Aluminium, 1 Million

Tonnen Kupfer und Zehntausende Tonnen von Rohstoffen, die wir importieren müssen.

Von gleicher hirnrissiger Qualität sind die Ausbauziele bezüglich der Photovoltaik, bloß noch absurder. Da soll es von rund 65 000 Megawatt installierter Leistung gar auf 215 000 Megawatt gehen – pro Tag! Dazu müssten 60 Megawatt täglich hinzugebaut werden. Grob gerechnet wären das 600 000 Quadratmeter Fläche oder 80 Fußballfelder – jeden einzelnen Tag. Die Stadt Dresden plant sogar, die Frauenkirche und die Semperoper mit dem chinesischen Müll zu verunstalten. Und wenn dann die Sonne nicht scheint oder der Wind nicht weht, ist der Ertrag trotzdem null. So wie 130 000 Megawatt mal null gleich null sind, sind auch 354 000 Megawatt

mal null gleich null.

Welch ein Irrsinn, welche Anmaßung spricht aus diesen Gesetzentwürfen in Anbetracht von 4 300 maroden Autobahnbrücken? Wer in der Regierung denkt sich diese hirnrissigen Zahlen aus? Diese Gesetze wurden von Ideologen und Realitätsverweigerern vorangetrieben.

Die schamlose Krönung ist, dass in diesem Gesetz steht, für die Bürger gebe es keinen Erfüllungsaufwand – außer natürlich den höchsten Energiekosten der Welt, dem massenhaften Verlust wertschöpfender Arbeitsplätze und der Verelendung weiter Teile des deutschen Volkes. Wer all das nicht will, wendet sich bei den zukünftigen Wahlen von den Altparteien ab und wählt die einzige Alternative.

Schönen Tag.



Viel zu erklären: Bundesminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) berichtete vergangene Woche im Europaausschuss über energiepolitische Herausforderungen.

© Deutscher Bundestag / Marc-Steffen Unger

(Beifall bei der AfD – Timon Gremmlis (SPD): Wir hoffen, dass Sie rausfliegen! – Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war eine sogenannte Nullrede!)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Konrad Stockmeier (FDP), Katrin Uhlig (Bündnis 90/Die Grünen), Andreas Lenz (CSU), Bengt Bergt (SPD), Stefan Seidler (fraktionslos) und Markus Hümpfer (SPD).

Debatte zur Bekämpfung der Preissteigerung / 34. Sitzung des 20. Deutschen Bundestages am 12. Mai 2022

Dr. Michael Meister, CDU:

Es sind klare Signale an den Markt und den Euroraum nötig



Michael Meister (*1961)
Wahlkreis Bergstraße

Heute steht auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion die Situation der Menschen in unserem Land hier auf der Tagesordnung. Die Preise schießen seit Monaten in den Himmel. Diese Entwicklung begann, lange bevor der Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine begonnen hat. Aber die Auswirkungen dieses Krieges beschleunigen die Entwicklung.

Die Menschen erleben tagtäglich an der Supermarktkasse, wie die Lebensmittelpreise nach oben gehen. Die Menschen erleben das an der Tankstelle bei den Energiepreisen. Ich will den Hinweis geben, dass viele für Strom und Gas Lieferverträge mit Festpreisen haben, die irgendwann enden werden. Das heißt, wir sehen aktuell noch nicht die volle Wirkung der Inflation; ein Teil der Wirkung wird für die Menschen erst in den kommenden Monaten spürbar werden. Es ist unabänderlich, dass das geschieht.

Viele Menschen in unserem Land haben für die Zukunft vorgesorgt, haben eine Altersversorgung außerhalb der gesetzlichen Rente aufgebaut und müssen jetzt erleben, dass durch die Inflation das, was sie an Vorsorge für das Alter aufgebaut haben, entwertet wird.

Wenn ich die Teuerungsraten sehe, aktuell 7,4 Prozent, dann muss ich sagen, dass das etwas ist, was über meinen Erfahrungshorizont – ich bin jetzt 28 Jahre Mitglied dieses Parlaments – hinausgeht. Seit 40 Jahren haben wir keine solche Entwicklung in Deutschland erlebt. Deshalb müssen wir dringend dagegenarbeiten, meine Damen und Herren.

Nun ist es richtig, dass die Verantwortung für die Geldpolitik zu-

nächst einmal bei der Zentralbank liegt. Die Unionsfraktion respektiert die Unabhängigkeit der Zentralbank. Die Zentralbank hat aber ein Mandat, und wir erwarten, dass die Zentralbank dieses Mandat in dieser außergewöhnlichen Situation entschlossen, kraftvoll und zeitnah wahrnimmt, meine Damen und Herren.

Es gibt jenseits der Geldpolitik der Zentralbank aber auch eine Verantwortung der Finanz- und Wirtschaftspolitik, und über die Finanz- und Wirtschaftspolitik in diesem Land müssen wir hier diskutieren. Die Bundesregierung steht in der Verantwortung, auf diesem Gebiet die notwendigen Entscheidungen zu treffen.

Das Thema der Finanz- und Wirtschaftspolitik hat zwei Dimensionen. Die eine Frage ist: Was können wir tun, um die Ursachen der Inflation zu bekämpfen? – Herr Brandner, Sie haben auch Gelegenheit, sich einzubringen. Bringen Sie sich sachkundig ein, dann brauchen Sie keine wilden Zwischenrufe zu machen. Neben

der Frage der Ursachen gibt es die andere Frage der Auswirkungen. Ich glaube, wir stehen in der Verantwortung, dass wir uns um beide Dimensionen des Themas kümmern. Wir müssen die Ursachen bekämpfen, damit die Inflation keine dauerhafte Wirkung ausübt, und wir müssen die Auswirkungen auf die Menschen bekämpfen.

Es hat mich gestern sehr gefreut, Herr Bundesfinanzminister Lindner, dass Sie ein Strategiepapier zur angebotsorientierten Politik vorgelegt haben. Ich glaube, dass solche Gedanken einen Beitrag leisten können, um gegen die Ursachen etwas zu tun. Ich erwarte allerdings, dass es nicht ein Papier des Bundesfinanzministers bleibt, sondern dass die Bundesregierung sich dieses Papier umgehend zu eigen macht und dann nicht nur ein Papier auf den Tisch legt, sondern

dass die Maßnahmen, die darin zur angebotsorientierten Politik genannt werden, auch zeitnah umgesetzt werden.

Da will ich mal ein Beispiel nennen. Wir hätten heute die Chance gehabt, Handelsschranken abzubauen, indem wir über CETA entscheiden. Sie haben das leider von der Tagesordnung genommen, und wir können nicht entscheiden. Das wäre ein Beitrag zur angebotsorientierten Politik – nicht in einigen Monaten, sondern heute, hier aus diesem Haus.

Wir stehen vor der Frage: Kommen wir aus einer temporären Inflation in eine dauerhafte Entwicklung hinein, nämlich in eine Lohn-Preis-Spirale? Bisher haben wir sie nicht. Und ich erwarte jetzt von der Bundesregierung, dass sie alles in ihrer Macht Stehende tut, um gegen eine solche Lohn-Preis-Spirale anzukämpfen; denn es kann nicht sein, dass wir uns dauerhaft in eine Inflationssituation hineinbegeben. Dort stehen Sie in der Verantwortung. Handeln Sie jetzt!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt eine Reihe von Themen. Ich will einmal das Thema Staatsschulden herausgreifen.

Die Bundesregierung beabsichtigt, im Laufe dieses Jahres Ermächtigungen für neue Kredite in Höhe von 300 Milliarden Euro einzuholen. Darüber werden wir an anderer Stelle diskutieren. Aber ich erwarte, dass wir die Schuldenbremse ab dem 1. Januar 2023 wieder einhalten. Das wäre ein Signal an den Markt, das wäre ein Signal an andere Länder in Europa, und das gäbe der Zentralbank den Spielraum, den sie dringend braucht, um eine vernünftige Geldpolitik zu machen.

Zum Abschluss, weil mir die Redezeit, Frau Präsidentin, etwas davonläuft – ich hätte noch viel zu sagen –: Auf europäischer Ebene haben wir den Stabilitäts- und Wachstumspakt außer Kraft gesetzt. Es wäre dringend notwendig, dass auch er am 1. Januar 2023 wieder in Kraft tritt. Ich erwarte, dass man sich als Bundesregierung nicht hinter der Formulierung „Wir warten die Prüfung der Kommission ab“ versteckt. Nein, hier sind klare Signale an den Markt und an die anderen Mitgliedstaaten im Euroraum notwendig. Wir werden die Diskussion an anderer Stelle weiterführen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Aber ich erwarte, dass wir die Schuldenbremse ab dem 1. Januar 2023 wieder einhalten.

Verena Hubertz, SPD:

Wir können abfedern, müssen aber an die Wurzel der Probleme



Verena Hubertz (*1987)
Wahlkreis Trier

Wo soll ich anfangen? Sie sprechen von Angst. Ihr Antrag atmet Angst. Wir leben in einer Zeit von Angst: Angst vor Krieg, Angst vor Inflation, Angst vor Wohlstandsverlust. Und Sie fragen, was wir tun können. Haben Sie nicht mitbekom-

men, was wir tun? Wir tun eine ganze Menge. Ich habe das extra einmal alles ausgedrückt und mitgebracht. Es ist schön, dass Sie das Thema hier aufgerufen haben, dann können wir das jetzt Stück für Stück durchgehen. – Ja, wir lernen alle noch etwas hier miteinander.

Eins, zwei, drei – zwei Entlastungspakete und ein Wirtschaftspaket – und vieles, was sozusagen gar nicht in Paketen gedacht wird. Wir haben wirklich jede Menge auf den Weg gebracht. Wir werden zum 1. Juli die EEG-Umlage abschaffen. Es gibt einen Heizkostenzuschuss, einen Sofortzuschuss. – Sie von der AfD, von Ihnen gibt es überhaupt keine produktiven Vorschläge. – Nein, da hören Sie bitte auch mal kurz zu!

Wir haben ein erstes Entlastungspaket auf den Weg gebracht.

Wir haben ein zweites Entlastungspaket auf den Weg gebracht mit Maßnahmen, die von der Tankstelle bis zum ÖPNV reichen; heute ist zum Beispiel auch die Lesung für das Verkehrsverbundübergreifende 9-Euro-Ticket. Wir gucken eben nicht auf die eine Sache, die gerade das Leben teurer macht, sondern Inflation entsteht ja aufgrund von Dingen in einem Warenkorb; da sind ja ein paar mehr Dinge drin. Da gibt es jetzt auch nicht die eine Lösung und das eine, was wir tun können.

In diesen Zeiten ist es vielleicht doch auch ganz angemessen, einen kühlen Kopf zu bewahren. Wir können natürlich immer ab-

dämpfen, Stöße abfedern, aber wir müssen auch an die Wurzel der Probleme. – Also, jetzt konzentrieren wir uns doch mal kurz auf die Debatte. Ich wusste gar nicht, dass Sie hier auch so aktiv sind. – Wir haben Entlastungspakete auf den Weg gebracht, wir wollen aber an die Wurzel des Problems. Wenn es um die Wurzel des Problems geht, bedeutet das natürlich, zu schauen, warum die Märkte Preise an der Tankstelle weitergeben, obwohl die Rohölpreise gar nicht steigen, und bedeutet das auch, dass wir schnell von den fossilen Energieträgern wegkommen müssen, die knapp sind.

Neben den Entlastungspaketen, die primär auf die Bürgerinnen und Bürger zielen, haben wir jetzt natürlich auch etwas für die Unternehmen auf den Weg gebracht. Zum einen ist das

Ihr Antrag aus der Union ist ein Gemischtwarenladen an Ich-wünsch-mir-Was.

Fortsetzung auf nächster Seite

Programm zu KfW-Krediten am Montag gestartet, die Bürgerschaftsprogramme letzte Woche. Wir haben neben den Möglichkeiten für Kredite aber auch die Möglichkeiten des Temporary Crisis Frameworks genutzt, also von Zuschüssen, weil viele Unternehmen eben nicht mehr in der Lage sind, noch mehr Kredite und noch mehr Kredite aufzunehmen.

Zur Langfristigkeit. Langfristig

agieren bedeutet aber auch – der Kollege Schrodi aus dem Finanzbereich wird darauf gleich eingehen –, dass es Steuerentlastungen geben wird, die rückwirkend ab dem 1. Januar greifen werden, indem wir Freibeträge erhöhen. Wir werden auch an das Bafög herangehen. Sie fragen in Ihrem Antrag auch: Was ist mit den Studierenden? Heute geht es in erster Lesung um die Novelle des

Bafög. Es ist nötig, dass auch da endlich mal wieder etwas vorangeht für die Studierenden in diesem Land.

Die Pakete sind Stoßdämpfer. Die Inflation hat verschiedene Facetten. Die Inflation kommt aufgrund der Preissteigerungen bei der Energie, aber auch aufgrund der Preise verschiedener anderer Warengruppen, die jetzt eben auch steigen.

Ich will hier zum Abschluss

sagen: Ihr Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Union, ist ein Gemischtwarenladen an Ich-wünsch-mir-Was. Dass Sie jetzt sagen, wir müssten mehr entlasten, wir müssten die Steuern noch mehr senken, müssten gleichzeitig aber doch bitte die Schuldenbremse einhalten, das ist doch widersprüchlich par excellence.

Liebe Ampel, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben

gute Dinge auf den Weg gebracht. Heute in dieser Sitzung wird in 15 Stunden viel beraten werden. Diesen Antrag aber werden wir gleich ablehnen. Ich freue mich noch über gewinnbringende Argumente in dieser doch sehr hitzigen Debatte.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Kay Gottschalk, AfD:

Hören Sie auf mit diesem links-sozialistischen Experimenten



Kay Gottschalk (*1965)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Frau Hubertz, Kreisverkehr ist wirklich wirksamer als die Ampel. Treten Sie zurück! Das wäre schon mal ein Generalrezept für dieses Land.

Liebe Kollegen von der CDU/CSU, leiden Sie eigentlich an kollektiver Amnesie? Die Pendlerpauschale haben Sie seit 2004 nicht angefasst. Da gab es sogar noch sozialdemokratische Beteiligung. Sie haben den Tarif auf Rädern angeboten – ein Sachargument. Die CO₂-Abgabe ist von Ihnen mitgetragen worden. Der Hals-über-Kopf-Ausstieg aus der Atomkraft von Ihrer Schuldenkönigin und Kanzlerin Merkel, die Eurorettung und Schuldenrettung und der Negativzins gehen auf Ihr Konto, verehrte Kollegen der CDU/CSU! Das schlägt dem Fass ja geradezu den Boden aus, was Sie hier treiben! Kollege Meister, ich schätze Sie, aber wie können Sie hier so eine Rede halten nach 16 Jahren Regierungskoalition?

Meine Damen und Herren, kommen wir zu den Sachargumenten: Im vorliegenden Antrag wird leider nicht einer Ihrer sieben Punkte begründet. Man hat hier wohl auf die Schnelle tatsächlich auf Populismus machen wollen, oder vielleicht waren Sie in der Kirche und wollen jetzt Buße tun. Die einzige Partei, die seit fünf Jahren hier im Hause etwas gegen Inflation, Eurorettung und

Negativzins bringt und erörtert, ist die AfD-Fraktion, meine Damen und Herren. Das gehört den Wählerinnen und Wählern in NRW gesagt: Sie sind die Lösung nicht!

Alles, was in diesem Antrag zu lesen ist, kritisieren wir seit Jahren. Ich darf mit Erlaubnis der Präsidentin aus der „Welt“ vom 30. August 2021 zitieren: „Das sozialpolitische Erbe der Kanzlerin sind vor allem Schulden“. Herr Meister, zu Ihrem Satz eben mit den 300 Milliarden Euro ist also zu sagen: Da sollten Sie in Sack und Asche gehen.

Noch interessanter wird es allerdings, wenn wir uns die gegenwärtige EZB-Politik einmal anschauen. Sie ist nicht nur nicht angemessen, sie ist aus unserer Sicht – und auch da prozessieren wir, Frau Kollegin – auch noch rechtswidrig und mit der Verfassung nicht vereinbar, meine Damen und Herren. Um den Gedanken einmal zu Ende zu bringen: Die aktuelle Geldpolitik der EZB ist nach wie vor das „Whatever it takes“ von Herrn Draghi. „Whatever it takes“ – der Satz heißt „Inflation“, den wir, die Sparerinnen und Sparer, die Rentner und die ärmeren und mittleren Einkommensbezieher in Deutschland jetzt bezahlen. Das ist gleichzeitig das Erbe von Herrn Draghi, meine Damen und Herren.

Zur kalten Progression. Wir haben hier wieder den Tarif auf Rädern beige stellt. Herr Lindner, auch da haben Sie Amnesie; denn Ihre Partei hat das noch im Wahlprogramm stehen. Wir haben es hier mehrmals eingebracht, das erste Mal am 13. Februar 2019. Als wir am 17. Februar 2022 hier im Hohen Hause über unseren Antrag zu dem Thema debattierten, wurde eines mehr als deutlich: Den eher linken Fraktionen hier im Hause gefällt es sogar, dass wir die kalte Progression haben. Sie würden lieber – das ist eben in Ihrer Rede klar geworden – neue

Umverteilungsmechanismen erfinden, um das Geld nach Ihrem Gutdünken – und das ist das Gefährliche – zu verteilen.

Wer dem Kollegen Schrodi in dieser Debatte aufmerksam zugehört hatte, wird bemerkt haben, dass er große Lust hat, gerade für höhere Einkommen der kalten Progression am besten gar nicht entgegenzuwirken.

Meine Damen und Herren, heimliche Steuererhöhung durch die kalte Progressionsküche, das ist ihr Rezept, aber es trifft alle Menschen in diesem Land. Aber gerade die kalte Progression – das ist wissenschaftlich

Das schlägt dem Fass ja geradezu den Boden aus, was Sie hier treiben!

belegt – trifft die ärmeren Menschen, meine Damen und Herren.

Genau wegen solch politischen Handelns oder vielmehr Nichthandelns gibt es Länder auf der Welt wie beispielsweise die Schweiz, die die automatische Beseitigung der kalten Progression in ihre Verfassung geschrieben haben. Meine Kollegen von der CDU/CSU, das wäre ein Argument, unserem Tarif auf Rädern doch endlich zuzustimmen. Wenn die Schweiz als Musterland der Demokratie dies – wahrscheinlich mit guten Gründen – in ihre Verfassung hineinschreibt und dies den, sagen wir mal, doch etwas ausgabenfreudigen Händen der Politik entzieht, dann ist das ein guter Grund.

Herr Kollege Gutting, die Schweiz ist das Land, das als Vorbild dient, und daher bitte ich Sie mit Blick auf die letzte Debatte: Kommen Sie

mit ins Boot und stimmen Sie unserem Antrag zum Tarif auf Rädern zu! Ich habe im Übrigen auch nicht vernommen, dass in der Schweiz debattiert wird, die Verfassung wieder zu ändern, weil dieser Automatismus so gefährlich wäre oder weil ja der Haushalt das Königsrecht des Parlaments ist.

Ein kurzes Argument noch in Richtung FDP – ich habe es eben schon erwähnt -: Es wäre Ihre Verantwortung gewesen, Herr Lindner, diese Krabbelgruppe und Experimentiergruppe bestehend aus Grünen und SPD wieder auf den finanzpolitisch richtigen Pfad zu bringen. Schauen Sie in Ihr Wahlprogramm! Dort steht der Tarif auf Rädern noch drin. Entlasten Sie die Menschen wirklich! Und hören Sie auf mit diesem linkssozialistischen Experimenten, meine Damen und Herren!

Liebe Wählerinnen und Wähler in NRW, wählen Sie die Partei, die für Sie da ist, und das ist die AfD und keine andere.

(Beifall bei der AfD)

Katharina Beck, Bündnis 90/Die Grünen:

Wir müssen mit aller Kraft das Energie-Angebot diversifizieren



Katharina Beck (*1982)
Landesliste Hamburg

Und bei diesem so wichtigen Thema für uns alle in diesem Land auch: Liebe Bürgerinnen und Bürger! – Immer. – Manchmal ist das hier einfach ein Debattenraum, um uns

über unsere Gesetzesvorhaben auszutauschen. Aber dieses Thema geht wirklich alle an. Danke auch an Sie von der CDU/CSU-Fraktion, dass Sie dieses Thema zu dieser prominenten Uhrzeit aufgesetzt haben.

7,4 Prozent – das ist eine relativ abstrakt wirkende Zahl. Diese Zahl materialisiert sich gerade bei uns allen im Alltag. Ich weiß nicht, ob Sie sich daran erinnern, wie Aline Abboud in den „Tages-themen“ anhand eines Pausenbrötchens gezeigt hat, dass die Preise für einzelne Produkte wie Gurken und Tomaten sogar um über 40 Prozent gestiegen waren, wodurch klar wurde, wie teuer alles geworden ist. Im Alltag der Menschen ist diese Inflation unfassbar real, unfassbar hoch. Ges-

tern habe ich mit einigen jungen Eltern gesprochen, die nach der Coronakrise endlich in den Urlaub fahren wollen und die sich das Ferienhäuschen oder sogar den Zeltplatz an der Ostsee gar nicht leisten können.

Wir haben schon super lange – und das ist auch ein essenzieller Teil des Punktes, den ich heute machen möchte – strukturelle Probleme. Das sieht man beispielsweise auch im Immobilien- und im Wohnbereich. Die Preise dort sind schon lange hoch. Im Energiebereich – das haben wir gerade eben besprochen – ist das Thema wirklich groß. Wir sehen es jetzt an den Zapfsäulen, und

Fortsetzung auf nächster Seite

wir sehen es spätestens im nächsten Jahr auch auf unseren Heizkostenabrechnungen. Wir haben wirklich akute Probleme, aber wir müssen auch strukturell an die Probleme rangehen. Da greift Ihre Problemanalyse der reinen Geldpolitik einfach zu kurz.

Ja, die Zentralbank sollte agieren. Sie hat aber richtigerweise eine rechtlich verbrieftete Unabhängigkeit. Die Zentralbank ist für Preisstabilität da. Aber – und ich wundere mich manchmal, weil Sie sich ja als Wirtschaftspartei darstellen – Preise entstehen doch durch Angebot und Nachfrage – das wissen wir.

Wir haben wirklich große Probleme, die jetzt auch noch als externe Schocks hinzukommen. Wir haben beispielsweise den Krieg in der Ukraine, den Sie überhaupt nicht erwähnen. Wir haben damit zusammenhängende Energie- und Ernährungsprobleme. Diese Energieprobleme sind doch strukturell. Ich weiß nicht, in welchem Wirtschaftsbereich Sie unterwegs sind, aber wir waren zu 55 Prozent abhängig von einem einzigen Lieferanten. Ich bin ja Finanzpolitikerin. Wenn ich einen Fonds gestalten

würde, wo ein Titel 55 Prozent ausmachen würde, dann würde der überhaupt nicht gekauft werden, weil das Risikoprofil so schlecht wäre. Das haben Sie uns aber leider vererbt, meine Damen und Herren.

Ich bin dieser Regierung in ihrer Gänze sehr dankbar, dass sie diese kluge Wirtschafts- und Energiepolitik mitträgt. Wir müssen jetzt mit aller Kraft das Angebot bei der Energie diversifizieren. Wir haben es schon geschafft, von 55 Prozent auf 35 Prozent bei der Abhängigkeit vom Gas runterzukommen – in einer Kraftanstrengung. Sie dagegen haben es in Ihren 16 Jahren hinbekommen, die

Abhängigkeit um ein Drittel zu erhöhen. Das ist doch keine kluge Wirtschaftspolitik. Wir aber legen hier in den ersten Monaten schon eine wirklich kluge Energie- und Wirtschaftspolitik vor, meine Damen und

Herren.

Das Thema Ernährung hängt sehr stark mit den Lieferketten, aber auch mit der Energie zusammen. Der größte Preistreiber sind nicht irgendwelche Flächenprozent, sondern der größte Treiber für die gestiegenen Preise bei Ge-

treide und Lebensmitteln sind gerade die Energiekosten, und deswegen ist dieses Thema so wichtig.

Wir müssen in der Wirtschaftspolitik endlich auch mal darüber sprechen, was Resilienz eigentlich zu bedeuten hat. Globale Strukturen sind wichtig, aber auch regionale und lokale Strukturen; das sehen wir doch jetzt so nachdrücklich.

Deswegen ist es gut, dass wir mit unserer Fortschrittskoalition genau diese Kreislaufwirtschaft global, lokal und regional – auch in Europa – denken und uns da zukunftsfähig aufstellen.

Gerade liegen vor den Küsten der Ukraine große Schiffe voll mit Getreide, die nicht losfahren dürfen. Wir haben ein riesiges Lieferkettenproblem, auch in Schanghai, einem der größten Umschlagplätze der Welt. Das heißt, es ist wichtig, hier klug auszubalancieren, wie wir „global“ und „regional“ zusammendenken.

Leider hinterlassen Sie uns in einigen Branchen auch dysfunktionale Märkte. Ich nehme noch einmal das Beispiel der Energie. Wir haben dort leider oligopolistische Marktstrukturen. Es ist

komplett unsicher, ob das alles, was wir dort gerade drehen, überhaupt an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben werden kann. Und auch hier: Wir

stärken das Kartellamt. Ich bin wirklich für Wettbewerb, aber für guten Wettbewerb mit guten Rahmenbedingungen. Das wird diese Ampelkoalition nach 16 Jahren endlich umsetzen, weil Sie es nicht geschafft haben und

uns dysfunktionale Märkte hinterlassen haben.

Wir haben – Frau Hubertz hatte es schon gesagt – die Entlastungspakete; denn wir haben ein großes Problem, dass sich Menschen gerade etwas nicht leisten können. Ich rede da vom Kindersozialzuschlag, dass man sich vielleicht auch einmal ein Kinoticket leisten kann. Dann rede ich auch von der Energiepreispauschale, auch vom 9-Euro-Ticket, damit man überhaupt an die Ostsee fahren kann. Das alles bringen wir auf den Weg. Wir machen Wirtschaftshilfen. Wir gehen aber auch die strukturellen Probleme an. Das ist unfassbar wichtig sowohl für die Wirtschaft unseres Landes als auch für die Zukunftsfähigkeit unseres Kontinents, der

mit guten Wertschöpfungsketten in eine klimaneutrale und soziale Zukunft gehen kann. Und wir wollen es trotzdem gemeinsam schaffen, die Angebots- und Nachfragestrukturen in funktionierenden Märkten hinzubekommen.

Somit liegt die Zukunft nicht nur darin, jetzt akut abzufedern und aufzupassen, dass wir nicht neue Inflationsspiralen – Sie hatten es angesprochen – ankurbeln, sondern dass wir tatsächlich die Rahmenbedingungen dieses einen Planeten, auf dem wir zusammen leben, berücksichtigen, dass wir gute Wertschöpfungskreisläufe entwickeln, dass wir gleichzeitig mitdenken und die Balance schaffen, die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen mit großen Wirtschafts- und Finanzhilfen zu unterstützen.

Ich bin sehr dankbar, dass diese innovative Dreierkoalition jeweils bei ihren Herzenthemen durchaus auch belastbar ist. Wir kaufen gerade Energie ein, auch da, wo wir es nicht unbedingt gewollt hätten, aber wir tun das zum Wohle dieses Volkes, dieser Gesellschaft und Europas. Auf diesen klugen Weg, auch mit der Inflation umzugehen, freue ich mich in den nächsten Jahren

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Im Alltag der Menschen ist diese Inflation unfassbar real, unfassbar hoch.

Dr. Sahra Wagenknecht, Die Linke:

Machen Sie Politik für die Menschen hier im Land



Sahra Wagenknecht (*1969)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Ja, die Preise steigen und steigen, und sie fressen den Menschen Einkommen und Wohlstand weg. Selbst Mittelschichtfamilien müssen sich einschränken, und wer vorher schon mit seinem Gehalt oder seiner kleinen Rente kaum über den Monat kam, der ist am Verzweifeln. Aber diese höchste Inflation seit über 40 Jahren ist nicht vom Himmel gefallen und ist auch nicht nur Ergebnis des Ukraine-

kriegs, sondern sie ist vor allem Ergebnis eines eklatanten Politikversagens hier in unserem Land.

Gibt es Ihnen nicht zu denken, dass der Preis für den Liter Diesel nirgendwo in der EU so stark gestiegen ist wie in Deutschland? Bei Strompreisen sind wir schon lange Spitzenreiter. Trotzdem sind Sie jetzt noch mal 20-mal so schnell gestiegen wie in Frankreich. Auch bei Lebensmitteln und bei Gas ist das Tempo der Preissteigerung woanders lange nicht so hoch wie hier. Und dem Wirtschaftsminister fällt dazu nur ein: Wir werden alle ärmer werden.

Nein, Herr Habeck, wenn Preise steigen, dann werden durchaus nicht alle ärmer, es werden auch einige sehr viel reicher, nämlich die, die die steigenden Preise am Ende kassie-

ren, und die gibt es. Allein im März haben die Ölkonzerne hier in Deutschland zusätzliche Gewinne in Höhe von 1,2 Milliarden Euro gemacht; 1,2 Milliarden Euro in einem Monat. Bei Gas sahen doch vor allem die Zwischenhändler ab; denn noch bekommen wir ja das billige russische Gas aus den Langfristverträgen. Das heißt, wir sehen hier: Einige machen schamlos Reibach mit dem Krieg, und die Regierung schaut zu. – Ich finde das empörend.

Einige machen schamlos Reibach mit dem Krieg, und die Regierung schaut zu.

Warum steigen die Lebensmittelpreise so rasant? Gleich zu Beginn des Krieges gab es einen heißen Tipp für reiche Leute, wie man jetzt schnell sein Geld vermehren kann: Agrarfonds. Das sind Fonds, die auf steigende Preise für Lebensmittel wetten und mit diesen Wetten die Preise erst so

richtig nach oben treiben. Seit Beginn des Krieges hat diese Zockerei regelrecht geboomt. Ich finde, das ist auch völlig unakzeptabel; denn die Rechnung dafür zahlt Otto Normalverbraucher an der Supermarktkasse.

Das muss man alles nicht laufen lassen. Andere europäische Regierungen lassen es auch nicht laufen. In Spanien und Portugal wurde Anfang Mai per Gesetz der Gaspreis fast halbiert, und auch der Strompreis wurde gesenkt. In vielen Ländern gibt es mittlerweile gesetzliche Preisdeckel für Energie. Nur der deutschen Regierung fehlt offenbar das Rückgrat dazu. Stattdessen wollen Sie jetzt offenbar durch ein Ölembargo die Preise noch weiter in die Höhe treiben. Die grüne Außenministerin will sogar unsere gesamten Energieimporte aus Russland auf null drücken – für immer, wie sie stolz verkündet hat. Und auch die Union unterstützt doch das Ölembargo und teilweise sogar noch weiter gehende Forderungen. Und dann inszenieren Sie sich hier als Vertreter des kleinen Mannes. Wie verlogen ist

Merken Sie nicht, dass die ganze Sanktionspolitik uns viel mehr als Putin schadet?

das denn?

Merken Sie nicht, dass die ganze Sanktionspolitik uns viel mehr als Putin schadet? Fällt Ihnen gar nicht auf, dass der Euro seit Februar immer mehr an Wert verliert, während der Rubel inzwischen sogar höher steht als zu Beginn des Krieges? Da muss

man doch mal drüber nachdenken, warum das so ist. Russland kann seine Energie auch woanders verkaufen; denn der größte Teil der Welt beteiligt sich eben nicht an Ihren Sanktionen. Aber bei uns gehen bei explodierenden Energiekosten wortwörtlich die Lichter aus. Deutschland wird wichtige Teile seiner Industrie verlieren, wenn sich der Kurs von Frau Baerbock durchsetzt.

Deswegen muss man ganz klar sagen, Herr Bundeskanzler: Stellen Sie Ihre Ampel bei der grünen Energiepreistreiber endlich auf Rot, und machen Sie Politik für die Menschen hier im Land.

(Beifall bei der LINKEN – Jens Spahn (CDU/CSU): Das letzte Aufbäumen der Linkspartei!)

Markus Herbrand, FDP:

Die Ursachen von Inflation kann nur die Geldpolitik bekämpfen



Markus Herbrand (*1971)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Die Inflation ist zurück in Deutschland. Im gesamten Euroraum ist die Inflation im Laufe des vergangenen Jahres vor allem als Folge der Coronakrise sprunghaft angestiegen, übrigens sehr viel stärker als auch von vielen Ökonomen erwartet. Das liegt nicht zuletzt daran, dass weltweit die Lieferketten gestört sind, daneben wirken sich steigende Transport- und auch Produktionskosten belastend aus, und jetzt kommt selbstverständlich auch noch der Krieg zusätzlich hinzu.

Keine Frage also: Es handelt sich

um ein wirklich wichtiges Thema. Die Antwort der antragstellenden Fraktion ist jedoch unseriös. Zum einen deshalb, weil Sie all das, was schon geschehen ist bzw. augenblicklich im parlamentarischen Verfahren ist, unterschlagen, und zum anderen deshalb, weil Sie uns natürlich auch verschweigen, wie Sie denn noch mehr Entlastungen eigentlich finanzieren wollen.

So weit zum Grundsätzlichen; gerne drei Punkte konkret:

Erstens. Der Antrag suggeriert, dass der Staat die Inflation quasi im Alleingang beheben kann. Sie gehen in Ihrem Antrag fahrlässig unsauber mit der Trennung zwischen Geld- und Fiskalpolitik um, einem Grundpfeiler unserer Wirtschaftsordnung. Das wissen Sie auch besser. Die Ursachen von Inflation kann nämlich nur die Geldpolitik, also die Zentralbank bekämpfen. Deswegen ist Geldwertstabilität im Aufgabenbuch der EZB auch das oberste Ziel. Deswegen ist es maximal populistisch, so zu tun, als könne die Fiskalpolitik, also der Staat, die Inflation voll beheben. Sie kann aber, wie der Finanzminister es immer

sagt, die Folgen abfedern.

Zweitens. Die Ampelkoalition hat innerhalb weniger Monate so massive Entlastungen auf den Weg gebracht wie vermutlich noch niemals zuvor in so kurzer Zeit. Es handelt sich sowohl um einmalige Maßnahmen als auch um dauerhaft wirkende Maßnahmen. Ich muss sie mal auflisten: Mit dem Vierten Corona-Steuerhilfegesetz schaffen wir 11 Milliarden Euro Entlastung. Mit einem Steuerentlastungsgesetz einschließlich Kinderbonus und Energiepreispause werden den Bürgerinnen und Bürgern auf die Dauer der gesamten Legislaturperiode 30 Milliarden Euro zurückgegeben. Mit der Abschaffung der EEG-Umlage werden Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger allein in diesem Jahr um 6,6 Milliarden Euro entlastet. Zudem satteln wir mit der temporären Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe noch

mal 3,15 Milliarden Euro oben drauf. Unterstellt, meine sehr geehrten Damen und Herren, die EEG-Umlage bliebe ansonsten konstant, setzt die Ampel damit für den Rest der Legislaturperiode rund 67 Milliarden Euro für nachhaltige soziale, zukunftsweisende Entlastungsmaßnahmen an, die natürlich die Inflation abfedern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Inflation wirkt ungerecht; denn Kosten für Energie und Lebensmittel belasten schwächere Haushalte mehr als die finanzstärkeren Teile unserer Gesellschaft. Deswegen adressieren wir unsere Maßnahmenpakete auch in erster Linie an diejenigen, die diese inflationären Wirkungen härter treffen: Familien, Bezieher von Transferleistungen, aber auch diejenigen, die eigenes Erwerbseinkommen erzielen und sich im unteren Bereich sowie in der Mitte der Einkommensskala befinden. Wir halten das für den richtigen Weg.

Dritter Punkt. Vor allem in Bezug auf die Punkte 6 und 7 Ihres Forderungskatalogs, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU, sind Zweifel angebracht, ob Anträge bei Ihnen eigentlich noch einmal gegengelesen werden. Unter Punkt 7 fordern Sie – ich zitiere –, „im Rahmen der zur Verfü-

gung stehenden Haushaltsmittel ... die grundgesetzliche Schuldenbremse ... wieder einzuhalten“. Das muss man erst mal wirken lassen. Der Tiefpunkt ist aber der Punkt 6. Hier fordern Sie allen Ernstes für alle EU-Vorhaben ein Moratorium von zwei Jahren. Das ist absurd. Das Ergebnis einer solchen Forderung macht meines Erachtens die EU gestaltungsunfähig; keine einheitlichen Sanktionen, keine einheitlichen Maßnahmen zur Energiesicherheit, keine weiteren Fortschritte in der Außen-, Sicherheits- und Finanzpolitik oder auf sonstigen Politikfeldern. Das wäre ein faktischer Stillstand für die gesamte Europäische Union. Es erscheint geradezu grotesk, dass ausgerechnet die CDU/CSU die eigene Kommissionspräsidentin entmachten und die EU blockieren und gestaltungsunfähig machen will. Offenbar sind Sie sich nicht zu schade, diese Forderungen gegen die EU einzubringen. Das zeigt, dass Sie im Plenum neben der AfD an der richtigen Stelle sitzen. Ich hoffe sehr, dass dieser Punkt ein Versehen war. Es zeigt aber auch: Das Beste an Ihrem Antrag ist die Überschrift.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie gehen fahrlässig unsauber mit der Trennung zwischen Geld- und Fiskalpolitik um.

Jens Spahn, CDU:

Wir schlagen einmal mehr vor, die Energiesteuern zu senken



Jens Spahn (*1980)
Steinfurt I – Borken I

Inflation ist stille Enteignung. Sie frisst Ersparnisse auf. Die Bürgerinnen und Bürger bekommen weniger für ihr Geld. Das spüren sie im Supermarkt, an der Tankstelle, in der Bäckerei. Inflation ist zutiefst unsozial. Sie trifft kleine und mittlere Einkommen, die hart arbeitende Mitte im Land besonders hart. Angesichts einer Rekordinflation hat US-Prä-

sident Biden Inflation zu dem Topthema der amerikanischen Innenpolitik gemacht – „top priority“. Von dieser Regierung, von diesem Bundeskanzler hören wir dazu nichts, weder hier im Deutschen Bundestag noch am Sonntagabend. Das Thema, das alle Bürgerinnen und Bürger beschäftigt, geht nicht davon weg, liebe Bundesregierung, liebe Koalition, dass Sie nicht darüber reden oder nicht darüber reden wollen. Und übrigens – weil Sie immer die 16 Jahre ansprechen -: Es gab in den 16 Jahren zuvor nicht einmal die hohe Inflation, die wir hier gerade haben. Handeln Sie endlich bei dem Thema, das die Bürgerinnen und Bürger am meisten beschäftigt, bei der Frage der Preissteigerung!

Wir haben einen Sieben-Punkte-Plan gegen Preissteigerungen vorgelegt und haben dabei drei Ansätze. Der eine ist – kurzfristig – die Entlastung vor allem beim

Preistreiber Energie. Steuerentlastung und Energiepreise sind schon angesprochen worden. Und ja, Sie tun etwas – ohne Zweifel, wir haben darüber auch letzte Sitzungswoche schon gesprochen -, es ist nur zu wenig, zu spät und zu bürokratisch; das ist das Problem. Deswegen schlagen wir einmal mehr vor, die Steuern auf die Energie zu senken. Das entlastet in der Breite und in der Tiefe die Bürgerinnen und Bürger, die es betrifft.

Wenn Sie dann schon die 300-Euro-Pauschale beschließen, wenn Sie an der Stelle richtigerweise entlasten, dann entlasten Sie bitte auch Rentnerinnen und Rentner, die Studenten, die Minijobber. Auch die leiden unter der hohen Inflation, und die bekommen von Ihrem Paket gar nichts ab. Auch das muss hier thematisiert werden.

Wenn es dann heißt, das müsse ja auch finanziert werden, Herr

Herbrand: Sie tun an dem Tag, an dem der Finanzminister bei der Steuerschätzung Rekordsteuereinnahmen verkünden wird, an dem Tag, an dem klar wird, dass 1 Prozent Inflation etwa 10 Milliarden Euro Mehreinnahmen für den Staat bedeutet, hier so, als wäre das Geld dafür nicht da. Es geht darum, den Bürgerinnen und Bürgern vor allem bei den Energiepreisen das zurückzugeben, was sie aufgrund der höheren Preise bei den Steuern gerade mehr zahlen. Darum geht es, und dafür ist das Geld ohne Zweifel auch da.

Der zweite Ansatz ist: Die Preise sind auch hoch, weil die Nachfrage höher ist als das Angebot. Deswegen geht es darum, das Angebot zu erweitern. Das ist übrigens eine Änderung in der Wirtschaftspolitik der letzten zehn Jahre – notwendig geworden eben durch die neue Lage -, bei der es jetzt darum geht, auch stärker wieder wachstums-, angebotsfördernde Reformen in den Blick zu nehmen, was Produktivität angeht. Bürokratieabbau, im Übrigen europäisch wie deutsch, gehört dazu.

Es ist gerade schon gesagt worden: Das Angebot wird aber auch erweitert durch freien Handel.

Wir haben das hier schon öfter angesprochen, aber ich will es noch mal tun, weil das Thema wirklich grundsätzlich und wichtig ist: Wenn wir mit einem Staat wie Kanada keinen Freihandel treiben können, mit wem denn dann? Wir können nicht nach Katar fliegen, um Gas zu kaufen, aber die Beziehung zu Kanada problematisieren. Und wissen Sie was? Der entscheidende Teil kommt noch: Das sagt nicht Jens Spahn, das sagt Winfried Kretschmann, der Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Wenn er das so sieht, liebe Grüne, sollten auch Sie es möglich machen, dass wir CETA hier im Deutschen Bundestag endlich ratifizieren können. Neben der kurzfristigen Entlastung und der Erweiterung des Angebotes geht es im siebten Punkt unseres Antrags auch darum, die Schuldenbremse ab dem nächsten Jahr wieder einzuhalten und beim Stabilitätspakt in der Europäischen Union zu den Grundzügen zurückzukehren, weil in einer Zeit wie dieser mit dieser Inflation – Frau Präsidentin, den Gedanken will ich noch zu Ende führen – Verschuldung, vor allem mit der EZB-Politik verbunden, eben auch zu höherer Inflation führt. Der Finanzminister hat ge-

sagt, er wolle sich in der Frage der Schuldenbremse – so das Zitat – am Haushalt 2023 messen lassen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann ich Ihnen zusagen: Wir werden ihn

daran messen, dass die Schuldenbremse im nächsten Jahr, wie zugesagt, wieder eingehalten wird.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Rekordinflation ist das Thema für die Bürgerinnen und Bürger. Es ist übrigens einmal mehr die Unionsfraktion, die die Themen, die die Bürgerinnen und Bürger beschäftigen, in

dieser Sitzungswoche anspricht. Wir erwarten, dass die Bundesregierung das Thema „Inflation und Preissteigerung“ zu ihrem Thema macht. Wir haben einen Sieben-Punkte-Plan dazu vorge-

legt. Handeln Sie endlich! Sie tun es nicht für uns, Sie tun es für die Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Michael Schrodi, SPD:

Wichtig sind jetzt im Moment schnelle gezielte Hilfen



Michael Schrodi (*1977)
Landesliste Bayern

Herr Spahn, wenn es eines Beweises bedurft hätte, dass Sie und Ihre Partei gerade in einer Parallelwelt leben, dann wären das Ihre Rede und Ihr Antrag gewesen. Sie hören nichts zum Thema Inflation von dieser Regierung? Ich gebe Ihnen nur einen Rat: Heute, 17.25 Uhr, zweite und dritte Lesung Steuerentlastungsgesetz 2022. 16 Milliarden Euro setzen wir ein, um die Auswirkungen abzumildern. Da können Sie dann zuhören. Sie hören nichts? Sie müssen nur die Ohren aufmachen, dann kriegen Sie es auch mit.

Stattdessen legen Sie uns hier einen Antrag vor, der eine Mischung aus alten Programmsätzen, wenig tauglichen Vorschlägen und vor allem Maßnahmen, die wir schon längst auf den Weg bringen, ist. Es braucht schon sehr viel autosuggestive Kraft, um diesen Antrag einen hilfreichen Beitrag zur Bekämpfung von Inflation oder Preissteigerung zu nennen.

Zunächst einmal sind die Ursachen für die Inflation zu uns importierte Ursachen: importierte Inflation durch Energiepreise, importierte Inflation durch Lieferkettenprobleme infolge der Pandemie. Deshalb wundere ich mich – gerade auch im Anschluss an Ihren Wortbeitrag, Herr Spahn – über die falschen und populistischen Vorwürfe gegenüber der EZB in Ihrem Antrag, die vollkommen deplatziert sind. Wichtig sind jetzt im Moment schnelle gezielte Hilfen und nicht bestenfalls mittelfristig wirksame Forderungen, wie Sie sie in Ihrem Antrag haben. Wir können gerne über neue Han-

delsabkommen sprechen. Wie die aber jetzt konkret den Menschen helfen sollen, das müssen Sie mir erklären. Das tun sie nämlich nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Die Ampelregierung handelt, und wir wünschen uns Unterstützung für die Maßnahmen, die Sie hier fordern. Die haben wir längst auf den Weg gebracht. Ich sage nur:

Sie wollen Anreize für Innovation und Investition. Wir verlängern die Möglichkeit der degressiven Abschreibung nach dem Corona-Steuerhilfegesetz. Ich freue mich über die Unterstützung der CDU/CSU-Fraktion.

Sie wollen befristete Energiesteuersenkungen, gerade für Benzin und Diesel. Das Energiesteuersenkungsgesetz wird nächste Woche auf den Weg gebracht. Ich

freue mich auf die Zustimmung der CDU/CSU-Fraktion.

Sie wollen der Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale entgegenwirken. Dann dürfen Sie aber nicht vor allen Dingen die Bezieher hoher Einkommen entlasten, was Sie laut Ihrem Antrag wollen, sondern dann müssen Sie gezielt diejenigen unterstützen, die unter den gestiegenen Preisen tatsächlich leiden, die Bezieher mittlerer und kleiner Einkommen. Deswegen bringen wir das Steuerentlastungspaket auf den Weg mit der Erhöhung des Grundfreibetrages, mit dem Kinderbonus und auch mit der Energiepreispauschale. An dieser Stelle

Einen Schutzschirm wollen Sie spannen. Ihr Antrag ist eher ein Fallschirm, nur ohne Schirm.

muss ich Ihnen übrigens sagen: 44 Millionen Erwerbstätige bekommen 300 Euro. Da sind übrigens auch die Minijobber mit dabei.

Und Sie reden davon, dass Sie nichts davon hören. Es sind insgesamt 30 Milliarden Euro, die wir angesetzt haben. Da sind auch Maßnahmen dabei, die gerade dazu beitragen, dass wir Bezieher mittlerer und kleiner Einkommen entlasten, die entsprechend betroffen sind.

Verräterisch ist ein Satz in Ihrem Antrag, der besagt: Ja, bei den kleinen und mittleren Einkommen tut ihr ja was; aber ihr macht es nicht in der Breite. – Was Sie damit meinen, ist, dass wir das nicht für die ganz oben machen. Das ist auch richtig so. Wir müssen ganz gezielt dort ansetzen, wo gerade die Probleme sind, und die liegen in der Breite, in der Mitte der Gesellschaft, und da machen wir was.

Dazu, dass Sie zu Beginn ihres Forderungsteils all Ihre Forderungen unter Finanzierungsvorbehalt

stellen, kann ich nur sagen: Geschenk! Als Oppositionspartei muss man die Finanzierungsfrage nicht klären. Dass am Ende Ihres Antrags aber steht, dass die Schuldenbremse eingehalten werden soll, ohne dass Sie sagen, wie Sie das alles finanzieren wollen, dazu muss ich sagen: Das geht so nicht. So geht seriöse Finanzpolitik nicht, Herr Spahn, und das wissen Sie auch ganz genau.

Ihr Antrag wirkt sehr bemüht. Aber Sie wissen ja, was es bedeutet, wenn in einem Zeugnis steht: Er hat sich bemüht. – Ich will jetzt keine Note für diesen Antrag vergeben; aber hilfreich ist er mit Blick auf das Ziel, das in der Überschrift steht, wahrlich nicht. Einen Schutzschirm wollen Sie spannen. Ihr Antrag ist eher ein Fallschirm, nur ohne Schirm. Deshalb lehnen wir den Antrag auch ab.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU): Wie lange haben Sie für die Pointe gebraucht?)

Bernd Hans Schattner, AfD:

Minister Habeck, Sie vergackeiern eine gesamte Nation



Bernd Hans Schattner (*1968)
Landesliste Rheinland-Pfalz

Wissen Sie, was Frank Steffel, von und zu Guttenberg, Annette Schavan sowie der Verfasser dieses Antrags gemeinsam haben? Sie sind in großen Teilen gut im Anfertigen von Plagiaten; denn nichts anderes ist Ihr Antrag: eine Kopie mehrerer unserer eigenen Anträge aus den letzten Wochen und Monaten.

Nehmen wir zum Beispiel die Abschaffung der EEG-Umlage, die Umsatzsteuerabsenkung auch für Kraftstoffe sowie den Verzicht auf die geplante 4-Prozent-Regelung bei den Stilllegungsflächen. All das habe ich bzw. hat meine Fraktion in den letzten Wochen und Monaten gefordert, und all dies wurde durch Ihre Fraktion konsequent abgelehnt. Heute schreien Sie hier laut herum und versuchen, damit zu kaschieren, dass Sie für die meisten Zustände hier selbst verantwortlich sind. Sie haben doch die letzten 16 Jahre regiert. Da kann ich nur eins sagen: Großes Kino à la CDU.

Aber zurück zum Antrag. Die Kombination aus hoher Inflation, einer einbrechenden Konjunktur und explodierenden Rohstoff- und Energiepreisen bei gleichzeitiger Störung der globalen Warenketten ist eine toxische Mischung. Neben den

Folgen der Coronamaßnahmen und den gewachsenen geldpolitischen Konflikten aufgrund einer seit knapp zehn Jahren andauernden katastrophalen Geldpolitik der EZB ist die Inflation bereits im April dieses Jahres auf 7,4 Prozent gestiegen. Trotzdem verzögert die EZB die Zinswende, weil die EU dieses Phänomen nicht überleben würde. Ein Anstieg der Zinsen würde in den südlichen Ländern Europas doch zum Zusammenbruch führen. Also opfern Sie lieber die Ersparnisse der deutschen Bevölkerung und schauen einer immer schneller werdenden Verarmung der Mittelschicht zu. Während sich eine Familie des gutbürgerlichen Mittelstandes früher noch ein Eigenheim bauen konnte, ist es heute für dieselbe Familie kaum noch möglich, die monatliche Miete zu bezahlen, das Auto zu betanken oder im Su-

permarkt den Einkaufswagen vollzubekommen.

Minister Habeck, wenn Sie den 3 000 Mitarbeitern der Ölraffinerie in Schwedt sagen, dass Sie sie nicht vergackeiern, dann stimmt das nicht mal ansatzweise. Sie vergackeiern nicht nur die Leute dort, sondern eine gesamte Nation. Haben Sie denn nicht im gleichen Zug angedeutet, dass es durchaus zu Engpässen bei der Kraftstoffversorgung in Mittel- und Ostdeutschland kommen kann?

Meine Damen und Herren, durch die von der links-grünen Regierung erzeugte grüne Inflation ist es wahrscheinlich, dass wir bald 3 Euro und mehr für den Liter Kraftstoff werden bezahlen müssen. Aber das ist ja auch Ihr erklärtes Ziel: Weg vom Auto, hin zum Lastenfahrzeug.

Liebe Kollegen der CDU, statt unsere Anträge abzuschreiben, stimmen Sie ihnen doch lieber gleich zu! Damit hätten wir die Bürger in unserem Land bereits vor Monaten spürbar entlasten können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Dieter Janecek, Bündnis 90/Die Grünen:

Am Ende brauchen wir die Kreativität unserer Volkswirtschaft



Dieter Janecek (*1976)
Landesliste Bayern

konkretes Beispiel. Ich war letzte Woche mit einer Wirtschaftsdelegation in Irland und habe dort ein neues Wort gelernt: das Wort „Windreserve“. Irland hat 5 Gigawatt Bedarf an Wind, aber 70 Gigawatt – offshore – an Kapazität. Das heißt, da ist Produktion, da ist Export zu stabilen Preisen möglich. Das ist heute noch nicht ausgeschöpft; das ist bei den baltischen Staaten auch so. Das heißt: Das Europa der erneuerbaren Energien ist die eine Antwort auf die Inflation. Da müssen wir investieren.

Aber natürlich wird das kurzfristig das Problem der hohen Preise nicht lösen; das will ich zugestehen. Deshalb hat Robert Habeck auch etwas getan, was ich mir noch vor einem Jahr nicht hätte

vorstellen können, nämlich den Energieeinkauf diversifiziert. Somit können wir davon ausgehen – sicher ist das aber nicht -, dass wir, wenn wir in wenigen Monaten – heute haben wir ja schon die ersten Ergebnisse – einen diversifizierten Gasmarkt haben, auch wieder sinkende Preise sehen können und 2023 wieder in einen Inflationsrahmen reinkommen, der erträglicher ist als heute. Davon können die Menschen dann auch wieder mehr profitieren.

Eine wirklich fatale Entwicklung – das muss man ehrlicherweise sagen – fand in den letzten Wochen aber auch – ich schaue jetzt mal in Ihre Richtung; das tue ich nicht sehr gern – in China statt. Die Zero-Covid-Strategie von Präsident Xi in China führt dazu, dass wir

massive Einbrüche der chinesischen Volkswirtschaft erleben, dass wir Einbrüche in den Lieferketten haben, die uns auch ganz konkret treffen. Auch das können wir nicht aus der Bundesrepublik Deutschland heraus beeinflussen. Das wird wahrscheinlich erst nach dem Volkskongress im Oktober geklärt, wenn China versteht, dass es falsch war, eine Politik zu machen, die dem eigenen Volk und der eigenen Wirtschaft schadet. Wir haben das besser gemacht, indem wir gesagt haben: Wir müssen irgendwann auch mal mit diesem Virus leben, auch mithilfe unserer Impfstoffe, die besser sind als die chinesischen.

Was können wir tun? Wir können zum einen konkret entlasten – das haben wir getan -; aber – es wurde von Herrn Schrodi, von Katharina Beck angesprochen – bitte nicht den SUV-Fahrer entlasten, sondern dort, wo es gebraucht wird.

Die Union hatte eine Energiepreissenkung in Höhe von 40 Milliarden Euro vorgeschlagen und schreibt in ihrem Antrag, dass sie

die Schuldenbremse einhalten will. Das ist – mit Verlaub – einfach nicht seriös. Das ist keine glaubwürdige Politik gegen die Inflation.

Am Ende brauchen wir die Kreativität unserer Volkswirtschaft. Natürlich haben hohe Preise gerade im Bereich Energie einen Lenkungseffekt. Wir sehen gerade Kreativität, zum Beispiel in den Betrieben, die sich darauf einstellen, mit diesen Lenkungseffekten umzugehen, die unsere Volkswirtschaft modernisieren – mit weniger Energie, mit erneuerbarer Energie -, die mit den Fähigkeiten, die sie haben, Modernität und Wettbewerbsfähigkeit schaffen. Darum geht es in den kommenden Wochen: Entlastung und Kreativität zusammenzubringen. Dann schaffen wir auch diese schwere Zeit.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Es ist gut, dass wir heute über das Thema Inflation sprechen, weil es wirklich viele Menschen draußen im Land bewegt und auch konkret trifft. Es ist aber auch wichtig, dass wir uns mit den Ursachen der Inflation auseinandersetzen und darüber reden, was wir als Bundesregierung, als Staat tun können. Wir müssen auch ehrlich sagen, wo wir was nicht tun können; denn wir in der Bundesrepublik Deutschland können einen globalen Angebotsschock nicht komplett allein kompensieren.

Die Europäische Zentralbank hat eine Zinswende angedeutet; sie wird wahrscheinlich im Herbst kommen. Es ist nicht die Aufgabe des Parlaments, darüber zu entscheiden, ob eine Zinswende geboten ist. Allerdings muss man auch sagen: Wir erleben nun mal einen externen Angebotsschock, sehr stark getrieben durch Öl und Gas, durch die Preise bei den Rohstoffen, bei Lebensmitteln. Da stellt sich die Frage, inwiefern Geldpolitik gegensteuern kann – ein Stück weit sicherlich; aber auf der anderen Seite müssen wir natürlich auch die Wirtschaft am Laufen halten. Ich wünsche dort also glückliche Entscheidungen.

Wir sehen, dass wir in großer Abhängigkeit sind. Constanze Stelzenmüller, Analystin, hat vor Kurzem einmal gesagt: Wir haben uns militärtechnisch von den USA abhängig gemacht, wohlstandstechnisch von China und energiepolitisch von Russland. – Ganz so klar würde ich es nicht benennen; aber wir sind abhängig. Wir sehen heute die Folgen, hören das Echo von Krisen vergangener Zeiten. Insbesondere beim Thema Energie sehen wir jetzt eine Explosion von Preisen, die wir auf Dauer nur abfedern können, indem wir entschlossen in erneuerbare Energien, in Energieeffizienz investieren.

Ich nenne Ihnen mal ein ganz

Maximilian Mordhorst, FDP:

Die oberste Priorität hat die Hilfe, die wir der Ukraine leisten



Maximilian Mordhorst (*1996)
Landesliste Schleswig-Holstein

Ich glaube, niemand hier vor Ort bezweifelt die Ernsthaftigkeit der Inflation, die Sie auch in Ihrem Antrag völlig zu Recht ansprechen. Ich will deswegen – der Kollege Herbrand hat das schon sehr gut gemacht – mal sagen, was wir so alles tun. Es wurde zwar schon im Einzelnen aufgezählt, aber ich möchte, dass man auch mal eine Gesamtsumme hat: Wir entlasten Menschen jetzt mit mehreren Paketen um 37 Milliarden Euro, ohne dass wir das so geplant hatten. Das ist eine Riesenhilfe für die Menschen in Deutschland, eine große Hilfe für die Menschen, die von den Energiepreisen und von der Inflation belastet sind. Ich glaube, das gerät hier gerade ein bisschen in den

Hintergrund; auch das ist ja immer wieder ein Punkt Ihrer Kritik. Ich kann verstehen, dass man als Opposition sagt: „Mehr geht immer“, und dann macht man mal so eine Liste, ohne dass man einen Gegenfinanzierungsvorschlag hat – fair enough, alles okay.

Aber Sie tragen in Ihrem Antrag auch schon wieder – ich will hier mal eine Mär auflösen – die Studenten und die Rentner vor sich her, als würden wir denen nicht helfen. Ich kann Ihnen dringend empfehlen, hier gleich einmal sitzen zu bleiben und den nächsten Tagesordnungspunkt noch mit anzuhören; denn dort werden wir das Bundesausbildungsförderungsgesetz verändern, was Sie verpennt haben in den letzten Jahren: eine Riesenhilfe für Studenten in diesem Land. Ich kann Ihnen empfehlen, auch morgen früh um 9 Uhr dabei zu sein – auch wieder wunderbar spannend -: Wir werden die größte Rentenerhöhung der letzten 30 Jahre in Deutschland beschließen. Diese Zeitspanne ist fast doppelt so lang wie die 16 Jahre, die Sie hier durchgehend in Deutschland

regiert haben. So zu tun, als würden wir nicht helfen, nur weil in diesem Paket nicht diese konkrete Pauschale steht, während das 9-Euro-Ticket, eine zusätzliche Pauschale für die Rentner und Studenten kommt: Ich glaube, das ist nicht ehrlich; da binden Sie den Leuten einen Bären auf, wenn Sie die Studenten und Rentner so vor sich hertragen. Wir machen jetzt Schulden. Gerade als Freie Demokraten – das muss ich ganz ernsthaft sagen – machen wir das nicht gerne; aber wir befinden uns in einer außergewöhnlichen Situation. Ich glaube, auch das gerät hier gerade ein bisschen in den Hintergrund; manche wollen das sogar relativieren. Die oberste Priorität hat die Hilfe, die wir der Ukraine leisten. Da kann ich mich über das ein oder andere wundern. Wir machen ein Öl-, ein Gas- und auch ein Kohleembargo nicht gerne und schnell. Aber wir machen es so seriös, dass wir den Menschen helfen, und wir machen es vorrangig, weil wir die Ukraine unterstützen und weil wir das, was Russland treibt, nicht mehr unterstützen wollen. Und ja, das wird

Wir entlasten Menschen jetzt mit mehreren Paketen um 37 Milliarden Euro.

Kosten haben. Wir werden dafür sorgen, dass die Kosten vernünftig verteilt werden und dass nicht die Menschen, die sehr wenig verdienen oder die in der Mitte der Gesellschaft stehen, besonders belastet werden. Auf der anderen Seite machen wir in Deutschland leider Schulden; das ist völlig richtig. Sie erzählen uns immer wieder etwas von Schulden und werfen es dem Finanzminister vor; Sie sagen: Der Schuldenminister! Und so weiter, und so fort. Aber was machen Sie denn mit Ihrem Antrag? Sie wollen das Geld mit vollen Händen aus dem offenen Fenster werfen und sagen den Menschen in Deutschland nichts darüber, wie das finanziert werden soll. Das ist nicht ehrlich. Das macht sich teilweise sogar lustig über die Menschen, die belastet werden. Lieber es seriös machen!

Mehr geht immer. Kann ich gut nachvollziehen. Aber wir müssen in Deutschland nun mal regieren. Ich glaube, Sie wussten mal, wie das geht. Wir machen es jetzt vernünftig und zeigen den Menschen in Deutschland, wo wir ihnen wirklich helfen, und nicht so, wie Sie das vorgeschlagen haben. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Sebastian Brehm (CSU), Parsa Marvi (SPD), Klaus Wiener (CDU) und Sebastian Roloff (SPD).

leicht
erklärt!

9-Euro-Ticket

Günstig Bus und Bahn fahren



Thema im Bundestag



Letzte Woche haben die Politiker vom Bundestag über eine Neuerung bei Bussen und Bahnen gesprochen.

Diese Neuerung hat den Namen:
9-Euro-Ticket.

Im folgenden Text gibt es mehr Infos dazu.

Folgende Fragen werden zum Beispiel beantwortet:

- Was ist das 9-Euro-Ticket?
- Wie funktioniert es?
- Welche Meinungen gibt es dazu?

Was ist das 9-Euro-Ticket?



Das 9-Euro-Ticket ist eine besondere Fahr-Karte für Busse und Bahnen.

Es kostet 9 Euro.
Daher der Name.

Das Ticket ist immer für einen Monat gültig.

Mit dem Ticket darf man dann alle Arten von Nah-Verkehr und Regional-Verkehr nutzen.

Was sind Nah-Verkehr und Regional-Verkehr?

Als Nah-Verkehr bezeichnet man öffentliche Fahr-Zeuge, mit denen man kürzere Strecken zurücklegt.

Also zum Beispiel innerhalb einer Stadt.

Oder auf dem Land zwischen Nachbar-Dörfern.



Zum Nah-Verkehr gehören zum Beispiel folgende Fahr-Zeuge:

- Busse
- Straßen-Bahnen
- Stadt-Bahnen
- S-Bahnen
- U-Bahnen

Für sie gilt das 9-Euro-Ticket.



Der Regional-Verkehr geht über eine etwa weitere Strecke.

Zum Beispiel verbindet er größere Nachbar-Städte miteinander.



Zum Regional-Verkehr gehören zum Beispiel:

- Regional-Bahnen
- Regional-Expresse

Für sie gilt das 9-Euro-Ticket.

Ticket nicht im Fern-Verkehr

Neben dem Nah-Verkehr und dem Regional-Verkehr gibt es noch den Fern-Verkehr.

Beim Fern-Verkehr geht es um größere Strecken.

Zum Beispiel vom einen Ende von Deutschland zum anderen.

Zum Fern-Verkehr gehören zum Beispiel folgende Fahr-Zeuge:



- ICE
- IC
- EC

Für sie gilt das 9-Euro-Ticket **nicht**.

Wo soll das Ticket gelten?



Das 9-Euro-Ticket soll in ganz Deutschland gelten.

Das bedeutet:

Man muss sich das Ticket nur einmal kaufen.

Dann kann man damit zum Beispiel den Nah-Verkehr in München, Köln, Hamburg und Berlin benutzen.

In welchem Zeit-Raum soll es das Ticket geben?



Das Ticket soll es 3 Monate lang geben.

Und zwar in den Monaten Juni, Juli und August.

Für jeden Monat muss man ein eigenes Ticket kaufen.

Warum soll es das Ticket geben?

Weniger Kosten für die Bürger

In den letzten Monaten sind viele Dinge teurer geworden.

Das gilt auch für Energie.

Also zum Beispiel:

- Heizen
- Tanken

Vielen Menschen machen diese höheren Kosten Probleme.

Denn: Sie haben nicht genug Geld, um die höheren Preise zu bezahlen.

Die Bundes-Regierung hat deswegen einen Plan gemacht.

Es sollen verschiedene Dinge getan werden, damit die Menschen weniger Geld ausgeben müssen.

So soll zum Beispiel Benzin an der Tank-Stelle für eine Weile etwas billiger werden.

Auch das 9-Euro-Ticket soll den Menschen helfen

Auch dadurch sollen sie Geld sparen können.

Und zwar, indem sie weniger Auto fahren und dafür mehr mit dem Bus oder der Bahn.



Mehr Menschen in Bussen und Bahnen

Ein Wunsch für das 9-Euro-Ticket ist auch:

Mehr Menschen sollen mit Bussen und Bahnen fahren.

Es sollen also mehr Leute ihr eigenes Auto auch mal stehen lassen.

Denn: Mit Bussen und Bahnen zu fahren ist besser für die Umwelt.

Der Wunsch ist: Durch das 9-Euro-Ticket gewinnen Bus und Bahn neue Kunden.

Und diese Kunden nutzen dann auch nach dem Ende vom 9-Euro-Ticket Busse und Bahnen weiter.



Was kostet das Ticket den Staat?

Das Ticket ist sehr günstig für die Kunden.

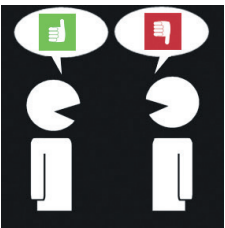
Die Firmen, die Busse und Bahnen anbieten, verdienen dadurch also weniger Geld.

Der Plan ist, dass der Staat die fehlenden Einnahmen bezahlt.

Das wird ungefähr 2,5 Milliarden Euro kosten.



Meinungen zum Ticket



Über das 9-Euro-Ticket wird schon seit ein paar Monaten sehr viel gesprochen.

Es gibt sehr viele unterschiedliche Meinungen dazu.

Im Folgenden einige Meinungen, die es zu diesem Ticket gibt.

Viele Menschen wollen das Ticket nutzen



Umfragen zeigen, dass viele Menschen das Ticket benutzen wollen.

In einer Umfrage haben etwas mehr als die Hälfte der Leute gesagt: Sie wollen das Ticket benutzen oder sie wollen das Ticket wahrscheinlich benutzen.

Ungefähr ein Drittel der Befragten will das Ticket nicht nutzen.

Kritik: Nur Nah-Verkehr und Regional-Verkehr

Auch viele Vereine, die sich mit dem Verkehr beschäftigen, finden das Ticket gut.

Der Verein Pro Bahn sagt zum Beispiel:
Das Ticket ist eine gute Idee.



Aber: Es sollte nicht nur für den Nah-Verkehr und den Regional-Verkehr gelten.

Es sollte auch für den Fern-Verkehr gelten.

Also zum Beispiel auch für Fahrten mit dem ICE.

Kritik: Angebot nur 3 Monate



Eine Meinung ist auch: Es bringt nichts, wenn es das 9-Euro-Ticket nur 3 Monate lang gibt.

Vielleicht nutzen dann in dieser Zeit einige Leute das Ticket.

Vielleicht verzichten sie dafür auch auf ihr Auto.

Aber: Wenn es das Ticket nicht mehr gibt, steigen die Leute dann vielleicht wieder auf das Auto um.

Für den Umwelt-Schutz hätte es dann kaum etwas gebracht.

Sorge: Zu volle Züge in den Ferien

Eine Sorge ist:

Einige Züge könnten im Sommer überfüllt sein.

Das könnte vor allem für Strecken gelten, auf denen viele Urlauber fahren.

Denn durch das Ticket werden ja vielleicht mehr Menschen mit der Bahn fahren.

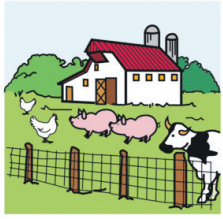
Dieselbe Sorge gilt auch für Pendler in den Städten.

Viele Pendler fahren mit dem Auto zur Arbeit.

Durch das 9-Euro-Ticket könnte ein großer Teil der Pendler auf den Nah-Verkehr umsteigen.

Dafür gibt es in Bussen und Bahnen oft aber gar nicht genug Platz.





Kritik: Kein Nutzen auf dem Land

Eine Kritik lautet: Das 9-Euro-Ticket bringt vor allem Menschen in der Stadt etwas.

Auf dem Land aber kaum.

Denn: An vielen Orten auf dem Land fahren kaum Busse und Bahnen.

Wenn es aber keine Busse und Bahnen gibt, dann bringt auch ein 9-Euro-Ticket nichts.

Vorschlag: Geld für bessere Busse und Bahnen ausgeben

Das 9-Euro-Ticket wird den Staat viel Geld kosten.

Viele Menschen finden: Dieses Geld ist verschwendet.

Das 9-Euro-Ticket wird nicht dafür sorgen, dass viele Menschen auch in Zukunft häufiger Busse oder Bahnen nutzen.

Das muss aber das Ziel sein.

Man sollte das Geld darum nutzen, um Busse und Bahnen zu verbessern.

Sie müssen öfter fahren.
Und sie müssen pünktlich sein.
Und sie müssen bequem sein.

Dann würden auch mehr Leute damit fahren.

Wie geht es jetzt weiter?

Um das 9-Euro-Ticket einzuführen, muss der Bundestag ein Gesetz machen.

Über dieses Gesetz haben die Politiker vom Bundestag letzte Woche zum ersten Mal gesprochen.

Sie haben aber noch nicht darüber abgestimmt.

Das 9-Euro-Ticket soll schon ab dem 1. Juni gelten.

Der Bundestag muss also schon bald darüber abstimmen.

Wenn die Politiker dem Gesetz zustimmen, kann das 9-Euro-Ticket kommen.

Kurz zusammengefasst

Letzte Woche hat der Bundestag über das 9-Euro-Ticket gesprochen.

Das ist ein besonderes Ticket.

Für 9 Euro kann man damit in ganz Deutschland mit dem Nah-Verkehr und Regional-Verkehr fahren.

Und zwar einen Monat lang.

Das Ticket soll es in den Monaten Juni, Juli und August geben.

Danach dann nicht mehr.

Das Ticket soll vor allem Leuten helfen, die die höheren Preise für Benzin nicht so leicht bezahlen können.

Und es soll mehr Leute dazu bringen, mit Bussen und Bahnen zu fahren.

Über das Ticket wird schon seit einigen Monaten gesprochen.

Es gibt sehr unterschiedliche Meinungen dazu.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Einen Ratgeber mit den Regeln der Leichten Sprache finden Sie auf der Internet-Seite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Titelbild: © picture alliance / Shotshop / K-H Spremberg. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 20/2022
Die nächste Ausgabe erscheint am 23. Mai 2022.